

Rechenschaftsberichte, Ergebnis des Alex-Müller-Verfahrens und Antragsbuch zum 87. Landeskongress

22.-23. März in Hannover



Tagesordnung

Samstag, 22. März 2025



Beginn des Kongresses um 10.30 Uhr

- TOP 1. Eröffnung des 87. Landeskongresses
- TOP 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- TOP 3. Wahl eines Tagungspräsidiums und dreier Protokollant:innen
- TOP 4. Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 5. Wahl einer Zählkommission
- TOP 6. Verlängerung auslaufender Beschlusslage
- TOP 7. Feststellung der Dringlichkeit von Dringlichkeitsanträgen und Information über die Antragsreihenfolge nach dem vorgezogenen Alex-Müller-Verfahren
- TOP 8. Beratung von Anträgen auf Änderung der Satzung, der Geschäftsordnung der Landeskongresse und Landesarbeitskreise sowie der Beitragsordnung
- TOP 9. Bericht des stv. Landesvorsitzenden für Finanzen
- TOP 10. Bericht der Kassenprüfer:innen
- TOP 11. Rede und Rechenschaftsbericht der Landesvorsitzenden der Jungen Liberalen Niedersachsen e.V., Nadin Zaya, mit Aussprache
- TOP 12. Entlastung des geschäftsführenden Landesvorstandes
- TOP 13. Wahlen zum geschäftsführenden Landesvorstand
 - 1. Wahl einer:ines Landesvorsitzenden
 - 2. Wahl einer:ines stv. Landesvorsitzenden für Organisation
 - 3. Wahl einer:ines stv. Landesvorsitzenden für Programmatik
 - 4. Wahl einer:ines stv. Landesvorsitzenden für Finanzen
 - 5. Wahl einer:ines stv. Landesvorsitzenden für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
 - 6. Wahl von bis zu sechs Beisitzer:innen
- TOP 14. Wahl zweier Kassenprüfer:innen und Stellvertreter:innen
- TOP 15. Antragsberatung
- TOP 16. Grußworte
- TOP 17. Verabschiedungen

Unterbrechung des Kongresses um 18:00 Uhr

Sonntag, 23. März 2025

Beginn des zweiten Kongresstages um 10.30 Uhr

- TOP 18. Fortsetzung der Antragsberatung
- TOP 19. Schlusswort der:des neugewählten Landesvorsitzenden

Ende des Kongresses gegen 14.30 Uhr



Tagungslocation und allgemeine Hinweise

Wir tagen am Samstag und Sonntag in der **Heinz von Heiden Arena** ([Robert-Enke-Straße 3, 30169 Hannover](#)). Rede-, antrags- und stimmberechtigt ist jedes ordentliche Mitglied der Jungen Liberalen Niedersachsen e.V. Sachanträge können bis **Freitag, den 28. Februar 2025 um 23:59 Uhr** über das Antragstool [OpenSlides](#) gestellt werden. Hinweise zum Einreichen von Anträgen findet ihr ebenfalls bei OpenSlides. Dringlichkeitsanträge können bis zum Kongressbeginn eingereicht werden. Das **Antragsbuch** wird spätestens zwei Wochen vor Kongressbeginn an alle Mitglieder digital versendet und steht auch online zum Download bereit.

Bei Fragen zur Antragseinreichung oder -beratung auf dem Landeskongress könnt ihr euch gern bei unserem **Programmatik-Team** [Felix](#) und [Wanja](#) melden. Bei Problemen mit OpenSlides wendet euch gern an [Lukas](#).

Jugendschutz



Minderjährige Teilnehmer:innen müssen eine Einverständniserklärung der Personensorgeberechtigten (**Muttizettel**) zur Teilnahme am Landeskongress an die [Landesgeschäftsstelle der Jungen Liberalen Niedersachsen](#) senden. Außerdem sind die Erziehungsaufgaben an eine vom Personensorgeberechtigten eingesetzte erziehungsbeauftragte Person zu übertragen. Beides ist mit dem vom Landesverband bereitgestellten Jugendschutzformular möglich. Dieses findet ihr auf unserer [Webseite](#).

Vertrauenspersonen



Egal, ob beim ersten Redebeitrag oder beim Rahmenprogramm: Jede:r soll sich bei uns wohlfühlen. Wenn ihr Probleme während des Kongresses habt, könnt ihr euch jederzeit an unsere **Vertrauenspersonen** [Lilly Bergemann](#) (Ombudsperson; 0162 9239874) wenden.

Der Landeskongress ist zu teuer?



Unser Verband besteht vor allem aus Schüler:innen, Auszubildenden, Studierenden und Berufseinsteiger:innen. Ein Landeskongress kann da schon einmal eine Lücke in die Haushaltskasse reißen. Wenn der Kongress für dich **zu teuer** ist, wende dich vertrauensvoll an [Lennart oder Mila](#) - gemeinsam finden wir eine Lösung, denn niemand soll aus finanziellen Gründen daheimbleiben müssen.

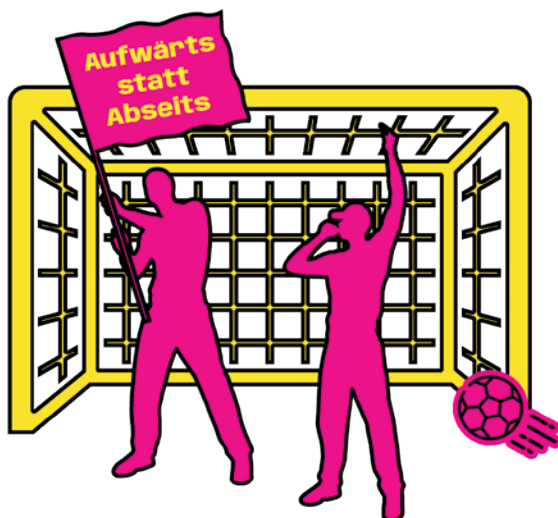
Ihr habt Lust, uns beim Landeskongress zu **unterstützen**? Dann schreibt gern eine E-Mail an [Jonas](#).

Anmeldung



[Ihr könnt euch bereits jetzt anmelden!](#)

Wir bitten um eine Anmeldung bis spätestens zum 17. März.



Junge Liberale Niedersachsen e.V.
Walter-Giesecking-Str. 22 / 30159 Hannover

Nadin Zaya
Landesvorsitzende

Fon: 0151 56236824
Mail: nadin.zaya@julis.de

Geschäftsstelle
Junge Liberale Niedersachsen
Heinrich-Jürgens-Haus
Walter-Giesecking-Str. 22
30159 Hannover

Fon: 0511 280 71 27
Fax: 0511 280 71 25
Mail: niedersachsen@julis.de
Web: www.julis-nds.de

Hannover, 6. März 2025

Rechenschaftsbericht

Liebe Junge Liberale,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Freunde und Freundinnen,

nachfolgend findet ihr meinen letzten Rechenschaftsbericht als Landesvorsitzende der Jungen Liberalen Niedersachsen.

Verbandsarbeit und Tagesgeschäft

Seit Juni 2021 habe ich mir stetig vorgenommen, die Verbandsarbeit und unser gemeinsames Arbeiten immer weiter zu modernisieren und zu digitalisieren. Sowohl die Vorstandsarbeit als auch die Kreisverbände haben sich in den letzten vier Jahren verändert. Das Ausscheiden aus dem Landesparlament 2022 stellte für uns eine Zäsur dar. Sowohl unsere Arbeit nach außen gegenüber der Presse als auch die Binnenmotivation erforderten neue Herangehensweisen. Eine Jugendorganisation in der außerparlamentarischen Opposition zu führen, erfordert neue Denkweisen. Dieses Umdenken erfolgte sowohl hinsichtlich unserer Pressearbeit als auch in Bezug auf unsere Veranstaltungsformate. Wir haben verstärkt auf bewegte Bilder gesetzt, aktiv Reels gepostet und das Tagesgeschehen kommentiert. Ein großes Dankeschön an das Pressteam für die Konzipierung, Aufnahme und das

Eingetragen beim AG Hannover
Registernummer 4773

Bankverbindung
Junge Liberale Niedersachsen e.V.
Hypovereinsbank
IBAN: DE27200300000037840306
BIC: HYVEDEMM300

Schneiden dieser Reels. Wir haben unsere Veranstaltungen verstärkt in Kooperation mit anderen Landesverbänden und Organisationen durchgeführt, darunter das Nord-PPW in Scharbeutz sowie zahlreiche Bundesseminare.

Unser Spendenbereich wurde professionalisiert, sodass wir es erstmals geschafft haben, einen Landesjugendkongress nahezu vollständig durch Spenden zu finanzieren. Dies war ein wichtiger Schritt hin zu mehr finanzieller Eigenständigkeit und Unabhängigkeit.

Traditionell zeigen die Niedersachsen ein besonderes Interesse an geopolitischen Ereignissen. Deshalb haben wir Demonstrationen für eine unabhängige Ukraine, für ein freies Israel und gegen Antisemitismus intensiv begleitet. Auch bei Protesten gegen Rechtsextremismus waren die Jungen Liberalen stets präsent. Unser Einsatz für Demokratie und Menschenrechte ist und bleibt ein zentraler Bestandteil unserer Arbeit.

In den vergangenen Jahren haben wir als Junge Liberale Niedersachsen aktiv Wahlkämpfe begleitet und mitgestaltet. Die Landtagswahl 2022 haben wir mit einer starken Kampagne begleitet, konnten aber den Wiedereinzug der FDP in den niedersächsischen Landtag nicht erreichen. Auch im Europawahlkampf 2024 haben wir für eine starke liberale Stimme in Europa geworben.

Der Bundestagswahlkampf 2024 war für uns von besonderer Bedeutung. Trotz eines engagierten Wahlkampfes und großer Anstrengungen auf allen Ebenen hat die FDP den Wiedereinzug in den Bundestag verpasst. Dies stellt eine enorme Herausforderung für die gesamte Partei dar und erfordert eine tiefgehende Aufarbeitung der Fehler und Versäumnisse. Auch wir als Junge Liberale haben uns bereits aktiv in diese Debatte eingebracht und fordern eine grundlegende programmatische und strategische Neuausrichtung der FDP. Die kommenden Jahre werden entscheidend sein, um das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler zurückzugewinnen und die liberale Stimme in Deutschland wieder zu stärken.

Junge Liberale Niedersachsen in der FDP

Als kooptiertes Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstandes der FDP habe ich an nahezu allen Sitzungen teilgenommen. Zahlreiche Junge Liberale sind im Landesvorstand vertreten. Bereits im vorletzten Amtsjahr haben wir federführend Reformen von der FDP gefordert. Auch nach der verlorenen Bundestagswahl sind es erneut die Jungen Liberalen, die eine kritische Aufarbeitung und eine inhaltliche Neuausrichtung fordern. Unser offener Brief an die FDP-Bundestagsfraktion zur Abschaffung der Strafbarkeit von Paragraf 218 StGB sorgte für hohe Medienpräsenz und setzte programmatische Schwerpunkte innerhalb der Partei. Auch haben wir es geschafft, etliche Forderungen aus dem unter Frederike Alt und Lilly Bergemann entstandene feministische Grundlagenprogramm Stück für Stück in die Beschlusslage einzuarbeiten.

Mir war und ist es wichtig, dass wir als Junge Liberale unbequem sein dürfen. Als Eure Landesvorsitzende habe ich immer versucht, die FDP dort zu kritisieren, wo es notwendig war. Für diese Möglichkeit und für die Unterstützung, die ich in dieser Zeit erfahren habe, bedanke ich mich ganz herzlich.

Mit einem Landesvorsitzenden Konstantin Kuhle wussten die Jungen Liberalen Niedersachsen immer einen fairen Gegner, aber auch Unterstützer an ihrer Seite. Herzlichen Dank, dass du immer Verständnis für die Rolle der Jungen Liberalen hattest und so den nie den Mut genommen hast, für unsere Prinzipien zu kämpfen.

Junge Liberale Niedersachsen im Bundesvorstand

Niedersachsen ist weiterhin mit zwei Personen im Bundesvorstand der Jungen Liberalen vertreten. Wir konnten unsere Delegiertenzahl erhöhen und sind sowohl programmatisch als auch strukturell stark im Bundesverband vertreten. Insbesondere die gute Zusammenarbeit mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Landesverbänden ermöglicht eine faire und nachhaltige Zusammenarbeit auf

Bundesebene. Als Delegierte für den Bundesparteitag habe ich in meiner Amtszeit an beiden Parteitagen teilgenommen und mich aktiv für die Anliegen unseres Landesverbandes eingesetzt. Ich bedanke mich insbesondere bei den ausgeschiedenen und aktuellen Landesvorsitzenden Finn Flebbe, Christopher Hubrich, Felix Meyer, Jorias Bach, Theresa Bardenhewer, Alexander Steffen und Cristina Turbatu.

Dank

Mein herzlicher Dank gilt allen Mitgliedern, meinen Kolleginnen und Kollegen im geschäftsführenden und erweiterten Landesvorstand sowie der Landesgeschäftsstelle. Ohne das großartige Team im geschäftsführenden Landesvorstand wäre es mir nicht möglich gewesen, dieses Amt in dieser Weise auszuüben. Euer Engagement und eure Unterstützung bedeuten mir viel – danke für euren unermüdlichen Einsatz! Ein Dank gebührt den ausscheidenden Mitgliedern des geschäftsführenden Landesvorstands für ihre wertvolle Arbeit und ihr Engagement.

Auf meinen Heimatkreisverband Hannover konnte ich mich stets verlassen – dafür bin ich dankbar. Stellvertretend für all die Kreisvorsitzenden, die ich in Hannover kennenlernen durfte, danke ich Yassin für seine Unterstützung.

Mein besonderer Dank gilt meinen langjährigen Wegbegleiterinnen und Wegbegleitern: Frederike Alt, Lars Alt, Joris Stietenroth, Franz Märtil, Carl Coste, und Franziska Brandmann. Ebenso danke ich Felix Kopp, Fynn Sodemann Paul Lanwer, Oliver Lahrmann, Julius Graack, Helge Gülzau, Nemir Ali, Jelger Tosch, Paavo Czwikla, Max Reiter, Paula Weber, Justus Nörthemann, Raphael Wedemeyer, Jonas Wimmer, Jamila Lüdtke, Kerry Hoppe, Lukas Kleene, Fabio Plogmann, Björn Janßen, Lutz Haunhorst, Sebastian Bergmeyer, Thomas Gissel, Vera von Kopylow und Lilly Bergemann.

Ein herzliches Dankeschön geht an Sascha Rühmann und Daniel Winter, die mich 2019 ermutigt haben, erstmals für das

Amt der stellvertretenden Landesvorsitzenden zu kandidieren – ohne euch hätte ich die vergangenen vier Jahre nicht in dieser Form erlebt.

Stellvertretend für meinen privaten Freundeskreis, der über Jahre hinweg mit meinen Absagen, meinem Stress und meinem Klagen geduldig umgegangen ist, möchte ich mich bei Charlotte von Dewitz bedanken. Ohne dich hätte ich dieses Amt und diese vier Jahre niemals so meistern können.

Abschließend danke ich all den stillen und lauten Unterstützern, die hier keine namentliche Erwähnung gefunden haben – ganz ohne böse Absicht. Euer Einsatz und eure Unterstützung haben meinen Weg entscheidend geprägt.

Rechenschaftsbericht Team Orga:

Liebe Mitglieder der Jungen Liberalen Niedersachsen,

wenn wir auf dieses Amtsjahr zurückblicken, dann sehen wir eine ereignisreiche Zeit voller Engagement, politischer Herausforderungen und großartiger gemeinsamer Erlebnisse. Gemeinsam als Orga-Team – Paula, Lukas, Ali und Jonas – haben wir eine Vielzahl an Projekten gestemmt, die unseren Verband gestärkt und zusammengeführt haben.

Europawahl: Ein starkes Ergebnis dank starker Breite im Verband

Die Europawahl war zweifellos ein Höhepunkt unseres Jahres. Wir haben diesen Wahlkampf mit vollem Einsatz organisiert – von der Planung über die Umsetzung bis zur Koordination der Wahlkampfmaßnahmen. Besonders hervorzuheben ist, dass viele Junge Liberale als Kandidaten angetreten sind und damit das liberale Profil in Niedersachsen stark geprägt haben. Mit zwei Bustouren durch Ost- und Westniedersachsen haben wir nicht nur Wahlkampf betrieben, sondern vor allem die liberale Botschaft in die Fläche getragen. Der Wahlerfolg zeigt, dass unser Engagement Wirkung gezeigt hat – ein klares Signal für eine starke liberale Stimme in Europa!

Sommer-PPW: Niedersachsen als stärkste Kraft

Ein weiteres Highlight war das Sommer-Politisch-Programmatische Wochenende (PPW), das wir gemeinsam mit den anderen Nordverbänden organisiert haben. Die Veranstaltung bot nicht nur eine Gelegenheit zur politischen Weiterbildung, sondern auch die Möglichkeit, sich zu vernetzen und neue Impulse für die politische Arbeit mitzunehmen. Besonders erfreulich: Niedersachsen stellte die meisten Teilnehmer:innen und war mit vollem Einsatz dabei!

Landeskongress in Lüneburg und Hannover voraus


Auch unsere Landeskongresse haben wir intensiv vorbereitet, um produktive Debatten und organisatorisch reibungslose Abläufe sicherzustellen. In Lüneburg konnten wir wichtige Weichen für die Zukunft unseres Verbandes stellen und haben mit klaren Beschlüssen unseren politischen Kurs geschärft. Der kommende Landeskongress in Hannover wird diesen erfolgreichen Austausch fortführen und bildet den Abschluss dieses Amtsjahres.

Bundestagswahl: Viele engagierte Kandidaten

Die Bundestagswahl war für uns als Organisatoren eine große Aufgabe. Mit drei gleichzeitig stattfindenden Bustouren haben wir als Landesverband gezielt die Kandidaten und Kreisverbände in der Fläche unterstützt. Es war unser Ziel, den Wahlkampf vor Ort zu stärken und den liberalen Gedanken landesweit sichtbar zu machen. Dabei konnten wir auf ein starkes Team aus motivierten, engagierten Kandidaten setzen, die mit voller Energie für die liberale Sache gekämpft haben.

Mehr als nur Wahlkampf: Gemeinsame Projekte und Zusammenarbeit

Unser Amtsjahr war nicht nur von Wahlkämpfen geprägt – auch abseits davon haben wir zahlreiche Projekte auf die Beine gestellt. Besonders die Zusammenarbeit mit den anderen Nordverbänden lag uns am Herzen. Gemeinsame Veranstaltungen wie das traditionelle Abendessen der Nordschiene auf den Bundeskongressen haben dazu beigetragen, den Zusammenhalt zu stärken und unsere Strukturen weiterzuentwickeln. Dabei war es uns wichtig, nicht nur politische Inhalte zu gestalten, sondern auch den Zusammenhalt zwischen den Landesverbänden zu fördern.



Ein herzliches Dankeschön an alle, die sich mit uns gemeinsam engagiert, organisiert und für unsere liberalen Werte gekämpft haben. Dieses Jahr war intensiv, aber es hat auch gezeigt, was wir zusammen erreichen können!

Euer Orga-Team
Paula, Lukas, Ali und Jonas

Kleiner Nachsatz

Liebe Mitglieder,

nach mehreren Jahren im Landesvorstand der Jungen Liberalen Niedersachsen trete ich nicht erneut zur Wahl an. Ich bin unendlich dankbar für das Vertrauen, das ihr mir über die Jahre entgegengebracht habt. Es war eine Ehre, mit so vielen motivierten, leidenschaftlichen und engagierten Menschen zusammenzuarbeiten und unseren Verband mitzugestalten.

Mein Dank gilt allen, die sich Tag für Tag für liberale Politik einsetzen, die mit anpacken, mitdiskutieren und unsere gemeinsame Sache vorantreiben. Ohne euch wäre all das nicht möglich gewesen. Meinen Nachfolgerinnen und Nachfolgern wünsche ich viel Erfolg, Durchhaltevermögen und die gleiche großartige Unterstützung, die ich erleben durfte.

Auf die Jungen Liberalen Niedersachsen – und auf eine liberale Zukunft!

Euer Jonas





Rechenschaftsbericht für das Amtsjahr 2024/25

Stellvertretender Landesvorsitzender für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Liebe JuLis,

im April vergangenen Jahres habt ihr mir erneut euer Vertrauen geschenkt, das Amt des Pressesprechers der Jungen Liberalen Niedersachsen weiterzuführen. Dafür und für die Möglichkeit, mich in dieser Funktion sowie als stellvertretender Landesvorsitzender einbringen zu dürfen, möchte ich euch von Herzen danken.

Die vergangenen Monate waren geprägt von großen politischen Herausforderungen – sowohl national als auch international. Neben der Europawahl und der vorgezogenen Bundestagswahl war es unsere Aufgabe, als Organisation geschlossen auf aktuelle Entwicklungen zu reagieren und unsere Positionen klar und entschlossen in der Öffentlichkeit zu vertreten. Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit spielte dabei eine zentrale Rolle, um unsere liberalen Ideen sichtbar zu machen und für die Zukunft einzutreten, an die wir glauben.

Als Team haben wir viel Zeit und Energie in diese Arbeit investiert, und an dieser Stelle möchte ich mich noch einmal bei allen Helferinnen und Helfern sowie den zahlreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmern unserer Aktionen für ihre Unterstützung und die hervorragende Zusammenarbeit bedanken. Gerade diese harte Arbeit – sei es die regelmäßige Betreuung unseres Instagram-Accounts oder die kontinuierliche Veröffentlichung unserer Presse-Statements – hat sich ausgezahlt.

Schwerpunkte der Pressearbeit

Europawahl 2024

Das Amtsjahr begann mit dem Europawahlkampf. Erstmals haben wir nicht nur einen Einzelkandidaten in den Mittelpunkt gestellt, sondern die gesamte Bandbreite unserer niedersächsischen JuLi-Kandidaten. Im Rahmen unserer Bustour erhielt jeder Kandidat die Möglichkeit, sich mit mindestens einer Aktion, einem Vorstellungsvideo und einem inhaltlichen Video zu präsentieren.

Der verstärkte Fokus auf Reels und die Darstellung von Personen anstelle statischer Kacheln führten zu einer Erhöhung der Reichweite um nahezu 1000 %. Begleitet wurde die Bustour von kreativen Banner-Aktionen, die nicht nur online, sondern auch vor Ort bei den Passanten auf durchweg positive Resonanz stießen.

Bundestagswahl 2025

Die Bundestagswahl stellte uns vor besondere Herausforderungen. Unser Fokus lag darauf, liberale Kernanliegen über digitale Kanäle und klassische Pressearbeit effektiv zu verbreiten.

Thematisch stand dabei stets das Aufstiegsversprechen im Mittelpunkt, basierend auf dem Leitantrag, den wir beim Landeskongress in Lüneburg verabschiedet haben.

Die Entscheidung gegen eine Spitzenkandidatur und für eine Teamlösung ermöglichte es Paul und mir, weitestgehend eigenständig, aber mit der Reichweite des Landesverbands und der beeindruckenden Unterstützung unserer Mitglieder, einen professionellen Wahlkampf für unterschiedliche Zielgruppen zu gestalten. In Vorbereitung darauf haben wir zudem unsere digitale Hardware spürbar professionalisiert, um noch effizienter arbeiten zu können.

Dass mit Ali Abo Hamoud, Paul Lanwer und mir drei von vier Amtsträgern aus dem Presseressort zeitlich stark in den eigenen Wahlkampf eingebunden waren, konnten wir dank des enormen Einsatzes von Lukas Kleene und der Einrichtung des Social-Media-Teams erfolgreich ausgleichen. Ein besonderer Dank gilt hier Laura Schmidt, Tyler Kaatz und Michel Baylor, die uns stets tatkräftig bei der Bewältigung der vielfältigen Aufgaben unterstützt haben.

Highlights des Amtsjahres

Das Amtsjahr begann mit unserem starken Auftakt zum abgebrochenen Politik-Abitur in Niedersachsen, bei dem unsere Stellungnahme bundesweit Beachtung fand und in die überregionale Berichterstattung aufgenommen wurde. Daran schloss sich unser Instagram-Content mit neuen, innovativen Formaten während des Europawahlkampfes an (s.o.).

Für das Amtsjahr haben wir uns das klare Ziel gesetzt, unser Netzwerk zu Verbänden und Unternehmen deutlich auszubauen und diese Zusammenarbeit auch stärker in der Instagram-Begleitung der Arbeit der Jungen Liberalen Niedersachsen sichtbar zu machen. Mit unserem Besuch beim Mariana Social Club im Sommer konnten wir ein nachhaltiges Netzwerk etablieren und begleiten seitdem aktiv die Umsetzung der (teilweisen) Cannabis-Legalisierung.

Die kritische Begleitung der Mutterpartei bleibt ein zentrales Anliegen der Jungen Liberalen. Dabei ist der schmale Grat zwischen konstruktiver Kritik und dem Risiko öffentlicher Beschädigung eine der größten Herausforderungen. Mit unserer deutlichen Kritik am sogenannten "Auto-Papier" und der thematischen Schwerpunktsetzung der FDP vor Beginn des Wahlkampfes haben wir bundesweite Aufmerksamkeit in allen relevanten Medien erzielt und den Druck auf die Parteispitze sowie den damaligen Generalsekretär Bijan Djir-Sarai sowohl innerhalb der Jungen Liberalen als auch in der FDP-Basis erheblich erhöht.

Gleichzeitig haben wir den Fokus gezielt auf Themen gelenkt, die in der öffentlichen Berichterstattung oft zu wenig Aufmerksamkeit erhalten. Der Landesverband setzt traditionell einen besonderen Schwerpunkt auf liberal-feministische Politik. Unsere Forderungen nach der Aufnahme des Mordmerkmals "Femizid" in das Strafgesetzbuch und der Abschaffung der Strafbarkeit von Schwangerschaftsabbrüchen konnten wir öffentlich mit Nachdruck vertreten. Besonders hervorzuheben ist hier unser offener Brief an die FDP-Bundestagsabgeordneten zur Streichung von § 218 StGB, der breite Resonanz fand.

Fazit und Ausblick

Unsere Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zeichnete sich durch eine klare inhaltliche Positionierung und die effektive Kommunikation unserer politischen Schwerpunkte aus. Die besondere Herausforderung, innerhalb kürzester Zeit eine schlagkräftige Strategie für den Bundestagswahlkampf zu entwickeln, haben wir erfolgreich gemeistert.

Die Ende 2024 begonnene Professionalisierung unserer digitalen Hardware bietet uns die Chance, diese Entwicklung im neuen Amtsjahr – ganz ohne den Druck eines Wahlkampfes –

konsequent fortzusetzen. Ich bin optimistisch, dass uns das gelingen wird und die Jungen Liberalen Niedersachsen mit pointierter, ernsthafter und kreativer Arbeit auch innerhalb des Bundesverbands weiterhin positiv auffallen werden.

Wir leben in einer politischen Realität, in der das Bedürfnis nach Unabhängigkeit und Selbstbestimmung an Popularität verliert. In einer Zeit, in der sich Menschen nach einem „starken Staat“ sehnen, der ihnen wichtige und lebensverändernde Entscheidungen abnehmen soll. Dieser Zeitgeist ist nicht das Ergebnis erfolgreicher „Law and Order“-Politik, sondern das Resultat einer immer ängstlicheren Gesellschaft, in der die Angst vor Verantwortung und Veränderung wächst. Dieser Zustand ist gefährlich und der Nährboden für alles Schlechte in der Politik und unserem Zusammenleben. Daran muss sich etwas ändern. Und ich möchte es verändern.

Wir brauchen wieder mutige Menschen in einem mutigen Land. Wir brauchen eine starke FDP, die den Liberalismus in seiner reinsten Form lebt. Freie Demokraten, die den Staat konsequent verschlanken wollen – sei es bei Eingriffen in Bürgerrechte, die vermeintlich Sicherheit schaffen sollen, oder bei der Freiheitseinschränkung einer ganzen Generation durch Schulden und wirtschaftlichen Abstieg. Freie Demokraten, die sich weigern in Milieus, Schubladen und Abgrenzungen zu denken. Freie Demokraten, die eine Maxime kennen: Mehr Freiheit, immer, überall.

Für mich war immer klar, und die letzten Monate haben es nochmals bestätigt: Die Politik ändert sich nicht von selbst, sie wird von den Jungen Liberalen verändert. Nach dem verpassten Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag befinden wir uns mitten in einem eigenen Veränderungsprozess. Hier werde ich meinen Beitrag leisten.

Nadin, du hast die Jungen Liberalen Niedersachsen nachhaltig geprägt und neue Maßstäbe für eine moderne Jugendorganisation gesetzt. Du hast bewiesen, dass Junge Liberale politische Entscheidungen hinterfragen und selbstbewusst gegenüber der Mutterpartei auftreten können. Die bundesweite Anerkennung unseres Landesverbands – weit über die FDP oder JuLi Bubble hinaus – ist insbesondere dein Verdienst. Auf dieses Selbstbewusstsein wird es im Erneuerungsprozess besonders ankommen. An deine erfolgreiche Arbeit als Landesvorsitzende möchte ich anschließen und die Zeit in der Außerparlamentarischen Opposition als Chance für notwendige Veränderungen begreifen.

Deshalb kandidiere ich beim 87. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen in Hannover für das Amt des Landesvorsitzenden und bitte um euer Vertrauen. Es wäre mir eine Ehre. Für Anregungen und Fragen stehe ich jederzeit zur Verfügung.

Wir sehen uns in Hannover!



euer Joris

Joris Stietenroth
Landespressesprecher
Stellvertretender Landesvorsitzender
Junge Liberale Niedersachsen e.V.
Mobil: 0171 2205595
Mail: stietenroth@julis.de

Rechenschaftsbericht 2024-2025

Team Programmatik: Felix & Wanja

Liebe JuLis,

nach einem in jeglicher Hinsicht turbulenten Jahr für den organisierten Liberalismus wollen wir mit diesem Bericht Rechenschaft über unser erstes und - für Felix gleichzeitig letztes (hierzu am Ende) - Amtsjahr als Team Programmatik ablegen.

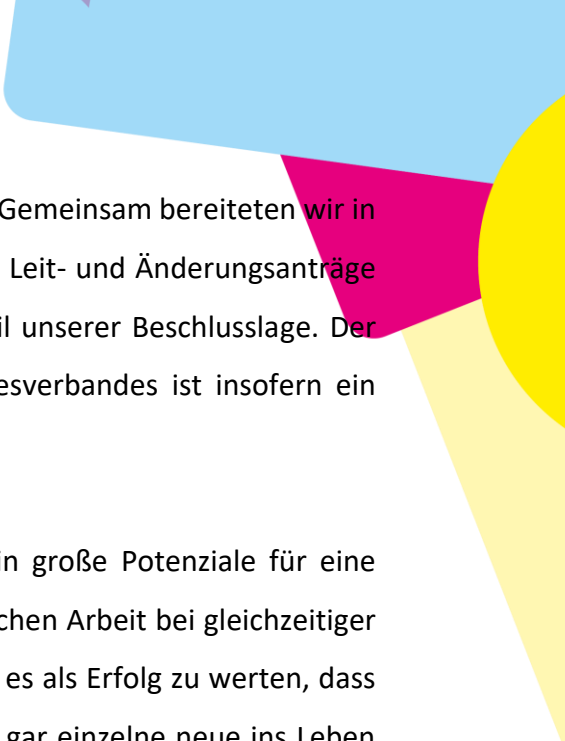
Hinter uns liegt ein ausgesprochen forderndes Jahr. Ein Jahr mit vielen Hochs und einem großen und letztlich entscheidenden Tief mit der Bundestagswahl. Erneut liegt vor uns also nun eine Zeit in der APO. In dieser Zeit gilt es, die von uns in diesem Jahr angestoßenen und fortgeführten Prozesse zu verstetigen und dazu beizutragen, die FDP im Jahr 2029 wieder mit einer starken Programmatik zurück in den Bundestag zu führen.

Übergabe durch Vera und Helge & Start in das Amtsjahr

Unser Amtsjahr startete, wie wir es uns als "Neulinge" kaum besser hätten wünschen können. Zeitnah nach unserer Wahl erfolgte ein Übergabe-Treffen in Präsenz in Hannover mit Vera und Helge, in dem uns beide in die Aufgaben und Arbeitsweisen einführten und viele wertvolle Einblicke und Tipps teilten. So war es für uns möglich, schnell und unkompliziert in die für uns neue Aufgabe hineinzuwachsen. Wir hoffen, dass ihr diese subjektive Erfahrung im Großen und Ganzen bestätigen könnt und euch keine größeren Unstimmigkeiten bei der Übergabe begegnet sind. Vor diesem Hintergrund möchten wir hier noch einmal einen gesonderten Dank an Vera und Helge für den nahtlosen Übergang und das stets offene Ohr für die ein oder andere Rückfrage aussprechen.

Programmatik-Runde & Landesarbeitskreise

Ausgangspunkt und Kern unserer programmatischen Arbeit seid Ihr. Ohne euch und eure Ideen würde die Programmatik im Landesverband nicht gelingen. Daher haben wir die mittlerweile bewährte Programmatik-Runde, bestehend aus allen Kreisprogrammatiker:innen




und LAK-Leitungen, von Vera und Helge geerbt und fortgeführt. Gemeinsam bereiteten wir in dieser Runde die Bundes- und Landeskongresse vor, arbeiteten Leit- und Änderungsanträge aus und sichteten in einem nie gesehenen Umfang ein Großteil unserer Beschlusslage. Der enge Austausch mit den Programmatisker:innen unseres Landesverbandes ist insofern ein zentraler Bestandteil unserer Arbeit.

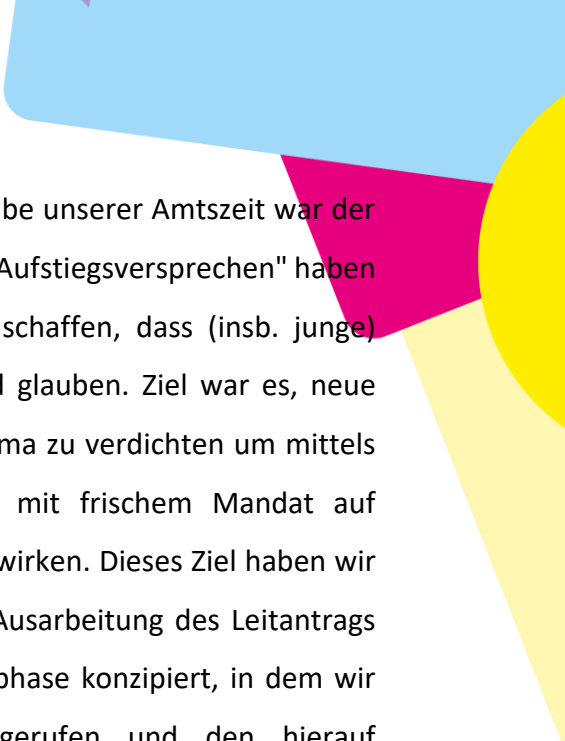
Hierbei sehen wir insbesondere im Bereich der LAKs weiterhin große Potenziale für eine stetige Modernisierung und Fortführung unserer programmatischen Arbeit bei gleichzeitiger partizipativer Mitgliedschaft bei den JuLis Niedersachsen. So ist es als Erfolg zu werten, dass wir einige zuletzt thematisch unbesetzte LAKs reaktivieren und gar einzelne neue ins Leben rufen konnten. Dies stärkt die Themenpluralität und bietet interessierten Mitgliedern neue Möglichkeiten der Teilnahme am aktiven Verbandsleben.

Für die Zukunft streben wir als strategisches Ziel eine weitere Mobilisierung von (Neu-) Mitgliedern an. Sie sollen noch besser und niedrigschwelliger angesprochen und für die Mitarbeit in einem LAK gewonnen werden. Als erster Ansatz dient hierbei u.a. die anlässlich des Bundestagswahlprogramms von uns initiierte Rundmail zur Teilnahme an LAKs. Ähnliche Ansätze, aber auch weitere Angebote wie ein "Antragservice" oder ein "How-to-Programmatik" gilt es auszuloten und iterativ zu testen und zu etablieren.

Landesprogrammatik

Im Mittelpunkt unserer Arbeit stand - selbstverständlich - zunächst die Landesprogrammatik. Hierfür initiierten wir zunächst ein Update unserer Beschlusslage. Auch dank einer auf dem vorletzten LaKo von uns eingebrachten Satzungsänderung liefen beim letzten LaKo 203 der damaligen 482 Beschlüsse aus. Erforderlich war daher eine großangelegte Inventur. Gemeinsam mit der Programmatik-Runde und den LAK-Leiter:innen sichteten wir alle auslaufenden Beschlüsse und konnten unsere Beschlusslage so updaten. Anträge, die noch aus einer Zeit stammen, in der der Großteil des Verbands nicht gelebt haben, sind nun durch geupdatete erneuert worden.






Die umfassendste und zentralste landesprogrammatische Aufgabe unserer Amtszeit war der Leitantrag für den letzten LaKo. Unter dem Leitthema "Liberales Aufstiegsversprechen" haben wir uns gemeinsam mit euch die Frage gestellt, wie wir es schaffen, dass (insb. junge) Menschen wieder an ein Aufstiegsversprechen in Deutschland glauben. Ziel war es, neue Ideen zu sammeln und die bisherige Beschlusslage zu dem Thema zu verdichten um mittels des gebündelten Leitantrags strategisch zielgerichteter und mit frischem Mandat auf Bundesebene im Prozess zum Bundestagswahlprogramm mitzuwirken. Dieses Ziel haben wir in nennenswerten Bereichen geschafft, hierzu gleich. Für die Ausarbeitung des Leitantrags haben wir eine mehrstufige landesverbandsweite Beteiligungsphase konzipiert, in dem wir zunächst eine mitgliederöffentliche "Ideensammlung" ausgerufen und den hierauf basierenden ersten Leitantragsentwurf anschließend im Rahmen einer "Ideen-Finalisierung" zur Diskussion gestellt haben. Dank euer aller Mitarbeit konnten wir so einen, unserer Ansicht nach, starken Leitantrag beschließen, der hoffentlich über unsere Amtszeit hinaus steter Leuchtturm für das "Liberales Aufstiegsversprechen" der JuLis Niedersachsen sein kann.

Unsere Programmatik im Bundesverband & der FDP

Besonders freut uns, dass wir als JuLis Niedersachsen starke programmatische Akzente auf Bundesebene setzen konnten. Neben der allgemein aktiven Beteiligung unserer Mitglieder in den Debatten auf den letzten Bundeskongressen, konnten wir gemeinsam mit euch einige starke programmatische Erfolge verbuchen. Nur exemplarisch konnten wir neben einigen kleineren Themen etwa eine Neupositionierung zum Thema Tik-Tok, mehr Schulautonomie oder auch die Notwendigkeit eines Rechts auf Schwangerschaftsabbrüche im GG in der Bundesbeschlusslage der JuLis verankern.

Völlig unverhofft wandelte sich unsere programmatische Arbeit im Spätherbst und Winter dahin, gemeinsam mit dem Bundesverband ein Bundestagswahlprogramm auszuarbeiten. Dank unserer frühzeitig angestoßenen Arbeit am oben erwähnten Leitantrag hatten wir das breite Mandat und diverse frische Ideen, um hier prägend tätig werden zu können. Im Rahmen diverser Beteiligungsschleifen des Bundesverbands wurden wir beide sowie alle Landesprogrammatischer mehrfach und tiefgreifend eingebunden. Um einen exemplarischen praktischen Einblick zu geben: Neben den vom Bundesverband bereit gestellten Excel-



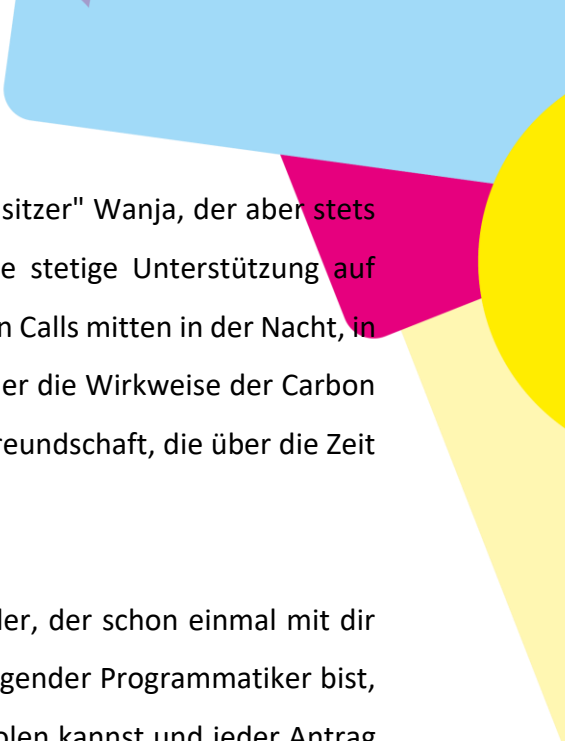
Tabellen haben wir parallel eigene Listen geführt, in denen wir die diversesten Änderungsanträge aller Landesverbände stets getrackt, die Positionen aller Landesverbände festgehalten und geupdatet und so die besonders knappen und "sensiblen" Anträge herausgefiltert haben. Eine mühsame und zeitaufwendige Arbeit, die gleichwohl Freude bereitet und sich gelohnt hat. Nur beispielhaft kann erwähnt werden, dass es z.B. die Forderung "digitaler Interessenklassen" (d.h. z.B. Alt-Griechisch-Klassen aus bayrischen Schulen können digital von niedersächsischen Schüler:innen besucht werden) von unserem Leitantrag über das Bundestagswahlprogramm der JuLis direkt auf die Bundesebene der FDP geschafft hat.

Nachdem wir als JuLis Niedersachsen bei den Landesparteitagen der FDP Niedersachsen in den vergangenen Jahren regelmäßig inhaltliche Impulse setzen konnten, haben wir uns für diesen JuLi Landeskongress im März 2025 dafür entschieden, der alten Debatte rund um den Reformprozess der FDP-Niedersachsen neuen Raum zu geben und gleichzeitig eine Debatte über die Neupositionierung der Bundes-FDP anzustoßen. Wir hoffen so, beim anstehenden Landesparteitag der FDP diese Debatte in unserem Sinne zu lenken und jedenfalls mit zu gestalten. Denn klar ist: Die FDP muss sich ändern. Die FDP kann sich ändern.

Abschied von Felix

Diesen Reformprozess und die weitere inhaltlich-programmatische Arbeit in der FDP und bei den JuLis werde ich, Felix, die kommenden Jahre nicht mehr von meinem Posten als euer Landesprogrammatiker begleiten. Eine Entscheidung, die mir nicht leicht gefallen ist, angesichts meiner sich dem Ende entgegen neigenden und daher alle meine Ressourcen fordernden Dissertation aber leider notwendig war. Macht euch aber darauf gefasst, dass ich euch nicht hinter mir lassen sondern die weitere Zukunft der JuLis sowie der FDP stets als motiviertes Basismitglied aus dem Hintergrund kommentieren und unterstützen werde ;-)

Ich - Felix - möchte gleichwohl die Gelegenheit nutzen, mich mit einigen persönlichen Worten von euch als Landesprogrammatiker zu verabschieden. Ich bedanke mich für euer aller Vertrauen, eure Ideen und euer Engagement während meiner Zeit im Landesvorstand. Ich bin sehr dankbar für all die Erfahrungen, die ich mit euch sammeln und für all die Menschen, die



ich kennenlernen durfte. Dies gilt insbesondere für meinen "Beisitzer" Wanja, der aber stets mehr als das war. Lieber Wanja, ich danke dir sehr für deine stetige Unterstützung auf Augenhöhe, deine immer wieder genialen Einfälle, die unzähligen Calls mitten in der Nacht, in denen plötzlich ein Bundestagswahlprogramm ausgearbeitet oder die Wirkweise der Carbon Central Bank verstanden werden soll, sowie vor allem: unsere Freundschaft, die über die Zeit im Landesvorstand bleiben wird.

Lieber Felix, ich – Wanja – kann das alles nur zurückgeben. Jeder, der schon einmal mit dir zusammenarbeiten durfte, weiß, dass du nicht nur ein herausragender Programmierer bist, zu jedem noch so nischigen Thema eine passende Studie rausholen kannst und jeder Antrag aus deiner Feder die Qualität einer halben Doktorarbeit hat. Sondern auch, dass du einfach ein toller und herzensguter Mensch bist, der auch über Programmierung hinaus immer ein offenes Ohr und guten Rat hat. Danke für unsere Zusammenarbeit und unsere Freundschaft.

Danke für eure Unterstützung!

Wir möchten diesen Rechenschaftsbericht mit einem doppelten Dankeschön enden lassen:

Danke an unsere Vorstandskolleginnen und -kollegen für die in jeder Lage äußerst kollegiale, erfolgreiche und - das darf nicht fehlen - sehr spaßige gemeinsame Zeit. Ohne euch alle hätten wir dieses in programmatischer Hinsicht anspruchsvolle Jahr nicht in dieser Art und Weise bestreiten können. Insbesondere du, lieber Lukas, hast uns mit deinen unzähligen kleinen und manchmal auch größeren technische Unterstützungsleistungen (selbst während deiner Examenszeit!) stets den Rücken freigehalten - ganz herzlichen Dank!

Und, zuletzt und am wichtigsten: Danke an euch alle im Verband für die Geduld mit uns in der Übergangsphase, viele spannende und hilfreiche Anmerkungen, wahnsinnig tolle programmatische Arbeit, intensive Debatten auf den LaKos und BuKos und vieles mehr.

Oder, auf den Punkt gebracht: Danke euch allen für eure umfassende Unterstützung!

Euer Team Programmierung

Felix & Wanja



0172 6688792 Lennart.rentz@julis.de

Junge Liberale Niedersachsen
Walter-Giesecking-Straße 22
30167 Hannover

Rechenschaftsbericht Lennart Rentz, stv. Landesvorsitzender für Finanzen

Liebe JuLis,

vor einem Jahr habt ihr mir in Lingen euer Vertrauen geschenkt und mich zum stellvertretenden Landesvorsitzenden für Finanzen gewählt. Seitdem liegt ein intensives Jahr hinter uns, das sowohl politisch als auch organisatorisch viele Herausforderungen mit sich brachte. In diesem Bericht möchte ich auf meine Arbeit im Finanzressort sowie auf die politischen Wegmarken dieser Zeit zurückblicken.

Besonders prägend war für mich neben meiner Funktion als stellvertretender Landesvorsitzender für Finanzen auch meine Rolle als Europakandidat. Ich hatte die große Ehre, unseren Landesverband auf unzähligen Wahlkampfveranstaltungen zu vertreten und insbesondere in zahlreichen Schulveranstaltungen mit jungen Menschen über die Zukunft der Europäischen Union zu diskutieren. Diese politische Vertretung hat mir nicht nur persönlich viel Freude bereitet, sondern war auch eine wertvolle Gelegenheit, um die europapolitischen Positionen der JuLis sichtbar zu machen und junge Menschen für die europäische Idee zu begeistern. Gemeinsam als Landesverband haben wir einen engagierten und professionellen Europawahlkampf geführt, der sich sehen lassen konnte.

Die Übergabe des Finanzressorts war eine besondere Herausforderung, da sie zahlreiche technische, rechtliche und administrative Prozesse umfasst. Von Bankberechtigungen über notarielle Angelegenheiten bis hin zu Abstimmungen mit Behörden wie dem Sozialamt mussten viele Prozesse koordiniert werden. Erschwert wurde dies durch mein Auslandssemester. Die Bankberechtigung konnte erst gegen Ende des Jahres final umgesetzt werden, wodurch unser neues Finanzteam zu Beginn leider oft handlungsunfähig war. Trotz dieser Schwierigkeiten ist es uns gelungen, alle wesentlichen Aufgaben - von der Beantragung von Fördermitteln über die Verwaltung von Spenden bis hin zur Abwicklung von Banktransaktionen - zeitnah und effizient zu bewältigen. Mein besonderer Dank gilt Jamila Lüdtke sowie den restlichen Landesvorstandsmitgliedern für ihre Geduld, ihr Vertrauen und ihre Unterstützung in dieser herausfordernden Phase. Dies zeigt, dass ehrenamtliches Engagement durchaus mit beruflichen und akademischen Verpflichtungen vereinbar ist, wenn man auf ein starkes Team zurückgreifen kann. Finanziell haben wir es geschafft, sowohl den Europawahlkampf als auch einen unerwarteten Bundestagswahlkampf solide zu finanzieren. Dank wertvoller Kontakte aus dem Kreisverband Hannover konnten wir zudem einen eindrucksvollen Landeskongress im Niedersachsenstadion organisieren und finanziell absichern.

Ich habe mich nach diesem intensiven Jahr entschlossen, nicht erneut für den Landesvorstand der jungen Liberalen zu kandidieren. Ich danke euch für euer Vertrauen und die großartige Zusammenarbeit. Selbstverständlich bleibe ich politisch aktiv und werde mich weiterhin für die Idee des Liberalismus einbringen.

Lennart Rentz

Rechenschaftsbericht als Beisitzer im Landesvorstand der Jungen Liberalen Niedersachsen

Liebe Julis,

dieses Amtsjahr war kein gewöhnliches. Die Stimme des politischen Liberalismus ist im Parlament verstummt – eine bittere Zäsur, die uns alle herausfordert. Umso wichtiger ist es, dass wir als JuLis weiterhin sichtbar sind, liberale Inhalte pointiert vertreten und eine klare Alternative zu staatsfixierter Politik aufzeigen. Gerade jetzt kommt es auf eine starke und wahrnehmbare Kommunikationsarbeit an.

Als Beisitzer im Pressebereich habe ich mich darauf konzentriert, unsere Social-Media-Arbeit weiterzuentwickeln – inhaltlich, strategisch und optisch. Wir haben kreative Video-Formate gestärkt, unser Corporate Design weiter implementiert und dafür gesorgt, dass unsere Inhalte einen klaren niedersächsischen Charakter haben. Dabei haben wir bewusst auf Vielfalt gesetzt: Unser Social-Media-Auftritt ist diverser geworden, mit vielen Gesichtern aus dem gesamten Landesverband, die unsere Inhalte transportieren. Gleichzeitig haben wir unsere Landesvorsitzende Nadin als landespolitisches Sprechrohr auf unserem Account gestärkt. Unsere Posts und Videos sind inzwischen nicht nur informativ, sondern auch hochwertig produziert und mit einem hohen Wiedererkennungswert versehen. Im Bundesvergleich zeichnet sich unsere Social-Media-Arbeit durch Qualität und Professionalität aus – ein Standard, auf dem wir weiter aufbauen müssen.

Besonders in den Wahlkämpfen haben wir diese Stärke genutzt, um unsere Kandidierenden bestmöglich zu unterstützen. Zur Europawahl haben wir mehrere Video-Formate umgesetzt, etwa mit Michel zur Chat-Kontrolle, mit Lennart zur europäischen Schuldenbremse, mit Mattis zum Systemwettbewerb mit China, mit Oliver zur Frage einer gemeinsamen europäischen Armee und mit Jordan zu unserer Forderung nach einem Erasmus-Programm für Schülerinnen und Schüler. Auch im Bundestagswahlkampf haben wir unsere Kandidierenden aktiv dabei unterstützt, ihre Social-Media-Präsenz zu stärken.

Ein wichtiger Hebel zur Reichweitensteigerung war auch die verstärkte Zusammenarbeit mit dem Bundesverband. Besonders zwei gemeinsame Cross-Postings bleiben im Gedächtnis: Zum einen unsere kritische Stellungnahme zur staatlichen Rettung der Meierwerft, bei der wir deutlich gemacht haben, dass der Staat nicht der bessere Unternehmer ist. Zum anderen unsere scharfe Kritik an der Russland-Connection der SPD Niedersachsen – eine Thematik, die wir gemeinsam mit dem Bundesverband und unserer Bundesvorsitzenden Franziska Brandmann in die Feeds getragen haben. Diese gemeinsamen Aufschläge von Franziska und Nadin haben gezeigt, wie wichtig es ist, dass wir als JuLis auch über Niedersachsen hinaus eine starke Stimme haben und landes- sowie bundespolitische Themen verknüpfen können.

Unsere Social-Media-Arbeit hat sich ausgezahlt: Interaktionen, Reichweite und Videoaufrufe auf Instagram konnten wir deutlich steigern. Das zeigt, dass unsere Strategie funktioniert. Jetzt geht es darum, diese Standards weiterzuentwickeln und die Wahrnehmbarkeit liberaler Inhalte zu sichern – denn wenn liberale Stimmen nicht mehr im Parlament zu hören sind, dann müssen sie umso sichtbarer in den Timelines sein.

Ein besonderer Dank gilt dem gesamten Presseteam, das mit großem Einsatz und viel Kreativität dafür gesorgt hat, dass wir unsere Inhalte modern, ansprechend und professionell kommunizieren konnten. Joris hat als

Landespressesprecher konzeptionell die strategische Linie gesetzt und unsere Themen gezielt positioniert. Lukas hat als flexibler Beisitzer mit seiner technischen Expertise im Videoschnitt und Grafikdesign dafür gesorgt, dass unsere Inhalte nicht nur stark formuliert, sondern auch hochwertig produziert wurden. Die Zusammenarbeit im Team hat gezeigt, wie viel wir gemeinsam bewegen können.

Zum Schluss bleibt mir noch, Danke zu sagen. Vor allem an Nadin, die als Landesvorsitzende unseren Verband über Jahre geprägt hat. Ich kenne keine JuLis ohne Nadin und schätze sie als langjährige Wegbegleiterin – umso mehr werde ich ihre Führung und unsere Zusammenarbeit vermissen. Mein Dank gilt ebenso Jonas, der als stellvertretender Landesvorsitzender für Organisation Maßstäbe gesetzt hat – sei es bei der Kongressorganisation oder in vielen anderen strukturellen Bereichen. Beide haben nicht nur den Verband vorangebracht, sondern sind auch echte Freunde.

Wir haben in diesem Jahr vieles angestoßen und weiterentwickelt – und auch wenn es für den politischen Liberalismus eine schwierige Zeit ist, bleibt klar: Unsere Stimme wird gebraucht. Und wir sorgen dafür, dass sie gehört wird.

Euer
Paul

Rechenschaftsbericht 2024

Jamila Lüdtkke, Beisitzerin für Finanzen



Liebe Julis,

ein spannendes und arbeitsintensives Jahr liegt hinter uns, in dem wir viele Herausforderungen gemeistert und neue Strukturen geschaffen haben. In diesem Bericht möchte ich euch einen Überblick über unsere finanzielle Arbeit geben.

Übergabe und Einstieg

Der Start in unser Amt gestaltete sich herausfordernder als erwartet. Die Übergabe der Finanzen und die vollständige Integration in alle relevanten Programme nahmen mehr Zeit in Anspruch als ursprünglich gedacht. Dies erschwerte unseren Einstieg und verzögerte unsere Arbeitsaufnahme. Erst im Herbst, nachdem wir endlich Zugriff auf das Julis-Konto erhalten hatten, konnten wir mit voller Kraft durchstarten und unsere Arbeit intensiv vorantreiben.

Neues Buchungssystem

Zu Beginn unserer Amtszeit haben wir ein neues, benutzerfreundliches System zur Belegs- und Rechnungsverwaltung eingeführt. Alle bestehenden Unterlagen und Daten unserer beiden Vorgänger wurden sorgfältig neu geordnet, sodass wir uns schnell einen umfassenden Überblick verschaffen konnten. Das System hat sich bis heute bewährt: Alle Vorstandsmitglieder haben Zugriff auf die Belegablage und können Rechnungen eigenständig hochladen. Dies erleichtert die Buchführung erheblich und gewährleistet eine strukturierte und transparente Finanzverwaltung.

Umlagerechnungen

Ein wiederkehrendes Problem stellte die Zahlungsmoral der Umlagerechnungen einiger Kreisverbände dar. Die Einholung der Umlagen erwies sich als aufwendig und zeitintensiv. Dennoch konnten wir den Großteil der ausstehenden Beträge erfolgreich einnehmen. Ein Teil der Umlagen wurde anschließend als Bundesumlage an die Bundes-Julis weitergeleitet. Trotz der Herausforderungen bleibt das Ziel, die Zahlungsprozesse in Zukunft weiter zu optimieren.

Laufender Betrieb

Der tägliche Kontobetrieb verlief insgesamt geordnet und übersichtlich. Während des Europawahlkampfes verzeichneten wir eine erhöhte Anzahl an Überweisungen und Ausgaben, ebenso rund um die Lakos. Dennoch bewegten sich alle Einnahmen und Ausgaben im erwarteten Rahmen, sodass die finanzielle Stabilität jederzeit gewährleistet war.

Rechenschaftsbericht 2024

Danksagung

Mein herzlicher Dank gilt dem gesamten Landesvorstand für die offene und freundliche Aufnahme ins Team sowie die konstruktive Zusammenarbeit. Die Arbeit an den Finanzen der Julis Niedersachsen hat mir große Freude bereitet. Besonders bedanken möchte ich mich bei Shaun Martin, der sich stets flexibel an meine „Arbeitszeiten“ angepasst hat und mir in arbeitsintensiven Phasen den Rücken gestärkt hat.

Ich freue mich auf einen erfolgreichen und produktiven LaKo in Hannover mit euch – wir sehen uns im Stadion!

Eure Mila



Junge Liberale Niedersachsen e.V. | Walter-Giesecking-Str. 22 | 30159 Hannover

An den Vorstand und alle Mitglieder der
Jungen Liberalen Niedersachsen e.V.
Walter-Giesecking-Straße 22
30159 Hannover

Rechenschaftsbericht

Datum: 08.03.2025

Liebe Julis,

Vor knapp einem Jahr habt ihr mir das Vertrauen ausgesprochen und in der Zeit hat sich sehr viel getan. Nicht nur politisch hat sich die Landschaft sehr verändert - auch unsere Organisation wurde vor Herausforderungen gestellt und hat diese, wie ich finde, gut gemeistert.

Als jemand, der flexibel zwischen den verschiedenen Resorts hin und her gesprungen ist, ist es durchaus schwierig hier jetzt anderen Resorts nicht vorzugreifen. Deshalb werde ich euch ein bisschen erzählen, wie sich die Technik der Julis Niedersachsen verändert hat.

Zunächst einmal sei der Wechsel von dem landeseigenen OpenSlides Server zu dem des Bundesverbandes anzumerken, weshalb ihr jetzt nicht mehr für den Landesverband einen anderen Account als für den Bundesverband braucht, sondern für beide Organisation den gleichen Zugang verwenden könnt. An dieser Stelle möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass auch Kreisverbände die Möglichkeit haben, für ihre Kreismitgliederversammlungen einen eigenen Zugang zu bekommen und dort auch die Versammlungen vor Ort per OpenSlides durchführen zu können.

Auch unsere neue Webseite erscheint in einem neuen Gewand. Hier hat sich ebenfalls einiges getan, was durchaus mit ein bisschen Arbeit verbunden war, sich aber dennoch rentiert hat. Wie bislang gehabt, bieten wir dort auch Bewerbungen für die Kreisvorsitzenden und die LAK-Leiter an. Das ist allerdings auch nur dann möglich, wenn wir auf Kreisebene von einem Vorstandwechsel erfahren und von den LAK-Leitern entsprechende Texte zur Verfügung gestellt bekommen. Falls das noch nicht geschehen, holt das gerne direkt nach.

Auch die Umstellung auf das Mitgliederverwaltungssystem ist in meiner Amtszeit erfolgt. Da dies von Seiten des Bundesverbandes geschehen ist, geht es hierbei vor allem um die Umsetzung auf Landesebene. An dieser Stelle möchte ich noch auf die

Lukas Kleene

Beisitzer im Landesvorstand der
Jungen Liberalen Niedersachsen e.V.

Adresse:
Junge Liberale Niedersachsen e.V.
Walter-Giesecking-Str. 22
30159 Hannover

Kontakt:
Mobil: +49 151 11001013
www.julis-niedersachsen.de
kleene@julis.de

Spendenkonto:
Junge Liberale Niedersachsen e.V.
Hypovereinsbank
IBAN: DE2720030000037840306
BIC: HYVEDEMM300



Möglichkeit aufmerksam machen, dass alle Kreisvorsitzenden die Möglichkeit haben, einen Zugang zu beantragen, um dort ihren eigenen Kreisverband zu verwalten. So können im Falle des Wechsels eines Vorstandes direkt von Seiten des jeweiligen Kreisvorstandes die Funktionsträger im Mitgliederverwaltungssystem gepflegt werden.

Ebenfalls darf ich euch bereits ankündigen, dass unsere Mailings künftig in einem neuen Design erscheinen werden. Dieses wird stark an das vom Bundesverband erinnern, was daran liegt, dass wir das dort einfach „geklaut“ haben. Das typische Symbolbild der JuLis Niedersachsen, also die Rakete, bleibt euch aber selbstverständlich erhalten.

Auch das Umfragesystem, mit dem wir das Alex-Müller-Verfahren durchführen, läuft nun auf einem eigenen Server, sodass die Kosten deutlich geringer sind und wir das Tool ganzjährig nutzen können.

In Planung ist weiterhin der Umstieg auf das Erstattungstool des Bundes, sodass auch in finanzieller Hinsicht bald mit mehr Digitalisierung zu rechnen ist.

Weiterhin sind wir gerade dabei alle Daten als Back-Up zu speichern und zu sortieren, sodass auch künftige Vorstände hier eine große Datenmasse als Ideenpool und als Archiv zur Verfügung steht. Hier verweise ich gerne auch nochmal auf das Angebot des Bundesverbandes, wo ihr kostenfrei eine Cloudlösung zur Verfügung gestellt bekommen könnt.

Alles in allem hat sich somit viel getan - wir sind allerdings längst noch nicht am Ende. Bei Fragen, Anregungen, Kritik oder Dessertwünschen könnt Ihr euch natürlich jederzeit bei mir melden!

Viele Grüße - wir sehen uns in Hannover!

Lukas

Ergebnis des Alex-Müller-Verfahrens zum 87. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen

Start des AMV: 05.03.2025 - Ende des AMV: 14.03.2025

Ergebnis:

Antrag	Stimmen	Prozent
Antrag 2 01: Weil wir die Freiheit verteidigen müssen - 3% Prozent für Verteidigungsausgaben (KV Peine (Kreisverband); Einzelantragssteller) (SQ001)	47	43,12%
Antrag 3 02: Erinnerung wach halten - KZ-Besuche für alle Schüler während ihrer Schulzeit (KV Ems-Vechte (Kreisverband); KV Ammerland-Oldenburg (Kreisverband); KV Diepholz (Kreisverband); Einzelantragssteller) UND Antrag 3 05: Nie wieder ist jetzt & Wir sind das Volk - Beide Diktaturen auf deutschem Boden sind prüfungsrelevant (KV Region Hannover (Kreisverband)) (SQ007)	45	41,28%
Antrag 7 01: Lösungen statt Symbolpolitik - Verhandlungen mit den Taliban für geordnete Rückführungen nach Afghanistan (KV Celle (Kreisverband)) (SQ018)	36	33,03%
Antrag 2 03: Briefwahl / Die digitale Wahl (LAK Wirtschaft & Digitales (Landesarbeitskreis); LAK Renew Democracy (Landesarbeitskreis); Einzelantragssteller) (SQ003)	32	29,36%
Antrag 6 04: Mehr Mobilität auf der Straße - Erhöhung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit für Leichtkraftfahrzeuge auf 50 km/h (KV Ems-Vechte (Kreisverband); KV Ammerland-Oldenburg (Kreisverband); Einzelantragssteller) (SQ017)	27	24,77%

Antrag 8 01: AI-Act Reloaded – Für eine smarte und liberale KI-Regulierung (KV Peine (Kreisverband)) (SQ023)	24	22,02%
Antrag 2 02: Abschaffung der Altersgrenze für „BF17-Begleiter“ – Alter ≠ Kompetenz (KV Celle (Kreisverband)) (SQ002)	21	19,27%
Antrag 4 02: Indirekte Verschuldung aufdecken – Doppische Buchführung (KV Region Hannover (Kreisverband)) (SQ012)	20	18,35%
Antrag 3 01: Vielfalt statt Einheitsweg: Ausbildungs-kollegs als Schlüssel zur Zukunft (LAK Bildung (Landesarbeitskreis); Einzelantragssteller) (SQ006)	18	16,51%
Antrag 6 01: Fahrsicherheit statt Formularchaos – Schluss mit der Aufstiegsprüfung für A1, A2 und A! (KV Ems-Vechte (Kreisverband); KV Diepholz (Kreisverband); Einzelantragssteller) (SQ014)	18	16,51%
Antrag 7 05: Zukunft sichern: Reform der Vereinten Nationen (Einzelantragssteller) (SQ022)	18	16,51%
Antrag 4 01: Auch das Finanzamt braucht eine Ombudsstelle (KV Region Hannover (Kreisverband)) (SQ011)	17	15,60%
Antrag 3 03: Monopol von Beck auf zugelassene Hilfsmittel brechen (KV Region Hannover (Kreisverband)) (SQ008)	16	14,68%
Antrag 5 01: „200 Euro Gratismentalität, für eine echte Integration!!!“ Die Einführung eines ChancenPass (LAK Soziales (Landesarbeitskreis); LAK Integration (Landesarbeitskreis); KV Göttingen (Kreisverband); KV Stade (Kreisverband); Einzelantragssteller) (SQ013)	16	14,68%

Antrag 7 02: Orbán die Grenzen aufzeigen (KV Region Hannover (Kreisverband)) (SQ019)	15	13,76%
Antrag 2 05: Schluss mit der Kolonialbeute: Artefakte zurück nach Hause (KV Region Hannover (Kreisverband)) (SQ005)	13	11,93%
Antrag 7 04: Kein Frieden, Kein Krieg – Hybrid (KV Region Hannover (Kreisverband)) (SQ021)	13	11,93%
Antrag 3 04: Talente lenken (KV Region Hannover (Kreisverband)) (SQ009)	12	11,01%
Antrag 8 02: (Un)Trusted Flagger abschaffen – Transparenz statt willkürlicher Zensur (KV Peine (Kreisverband); Einzelantragssteller) (SQ024)	12	11,01%
Antrag 2 04: Extremismusklausel (KV Region Hannover (Kreisverband)) (SQ004)	11	10,09%
Antrag 7 03: Maßnahmen: Anregen Schnellerer Zeitenwende (KV Region Hannover (Kreisverband)) (SQ020)	10	9,17%
Antrag 3 06: Gut gedacht – schlecht gemacht: Absage an den Bildungszentralismus (KV Region Hannover (Kreisverband)) (SQ010)	7	6,42%
Antrag 6 03: Free Willy – Ruf der Freiheit (Lennart Jörn (KV Northeim)) (SQ016)	6	5,50%
Antrag 6 02: CBAM Reform (KV Region Hannover (Kreisverband)) (SQ015)	3	2,75%

Anträge

Inhaltsverzeichnis

S - Satzungsänderungsantrag

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
S 01	Rederecht für alle Jungen Liberalen Jan Schwede (KV Goslar)	10

L - Leitantrag

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
L 01	FDP fit for 2030: Alles lässt sich ändern geschäftsführender Landesvorstand	11

2 - Innen, Recht & Sport

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
2 01	Weil wir die Freiheit verteidigen müssen - 3% Prozent für Verteidigungsausgaben KV Peine (Kreisverband), Tim Müller (KV Peine)	26
2 03	Briefwahl+ / Die digitale Wahl LAK Wirtschaft & Digitales (Landesarbeitskreis), LAK Renew Democracy (Landesarbeitskreis), Pascal Mormann (KV Osnabrück-Land)	33
2 02	Abschaffung der Altersgrenze für „BF17- Begleiter“ – Alter <input type="checkbox"/> Kompetenz KV Celle (Kreisverband)	39
2 05	Schluss mit der Kolonialbeute: Artefakte zurück nach Hause KV Region Hannover (Kreisverband)	57
2 04	Extremismusklausel KV Region Hannover (Kreisverband)	61

3 - Bildung, Wissenschaft & Forschung

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
3 02	Erinnerung wach halten – KZ-Besuche für alle Schüler während ihrer Schulzeit KV Ems-Vechte (Kreisverband), KV Ammerland-Oldenburg (Kreisverband), KV Diepholz (Kreisverband), Paul Kertscher (KV Ems-Vechte)	28
3 05	Nie wieder ist jetzt & Wir sind das Volk – Beide Diktaturen auf deutschem Boden sind prüfungsrelevant KV Region Hannover (Kreisverband)	30
3 01	Vielfalt statt Einheitsweg: Ausbildungs-Kollegs als Schlüssel zur Zukunft LAK Bildung (Landesarbeitskreis), Jordan Harbig (KV Region Hannover), Pascal Mormann (KV Osnabrück-Land)	42
3 03	Monopol von Beck auf zugelassene Hilfsmittel brechen KV Region Hannover (Kreisverband)	52
3 04	Talente lenken KV Region Hannover (Kreisverband)	59
3 06	Gut gedacht – schlecht gemacht: Absage an den Bildungszentralismus KV Region Hannover (Kreisverband)	65

4 - Wirtschaft, Finanzen & Arbeit

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
4 02	Indirekte Verschuldung aufdecken – Doppische Buchführung KV Region Hannover (Kreisverband)	40
4 01	Auch das Finanzamt braucht eine Ombudsstelle KV Region Hannover (Kreisverband)	51

5 - Gesundheit & Soziales

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
5 01	“200 Euro Gratismentalität, für eine echte Integration!!!” Die Einführung eines ChancenPass LAK Soziales (Landesarbeitskreis), LAK Integration (Landesarbeitskreis), KV Göttingen (Kreisverband), KV Stade (Kreisverband), Niclas Deeke (KV Göttingen), Laura Petra Blümel (KV Ammerland-Oldenburg)	53

6 - Umwelt, Landwirtschaft & Verkehr

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
6 04	Mehr Mobilität auf der Straße – Erhöhung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit für Leichtkraftfahrzeuge auf 50 km/h KV Ems-Vechte (Kreisverband), KV Ammerland-Oldenburg (Kreisverband), Paul Kertscher (KV Ems-Vechte)	36
6 01	Fahrsicherheit statt Formularchaos – Schluss mit der Aufstiegsprüfung für A1, A2 und A! KV Ems-Vechte (Kreisverband), KV Diepholz (Kreisverband), Paul Kertscher (KV Ems-Vechte), Justin Schnabl (KV Diepholz)	46
6 03	Free Willy – Ruf der Freiheit Lennart Jörn (KV Northeim)	67
6 02	CBAM Reform KV Region Hannover (Kreisverband)	69

7 - Europa & Internationales

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
7 01	Lösungen statt Symbolpolitik – Verhandlungen mit den Taliban für geordnete Rückführungen nach Afghanistan KV Celle (Kreisverband)	32
7 05	Zukunft sichern: Reform der Vereinten Nationen Niklas Schürmann (KV Wolfsburg), Mattes Bauer (KV Göttingen), Lukas Kamm (KV Braunschweig)	47
7 02	Orbán die Grenzen aufzeigen KV Region Hannover (Kreisverband)	56
7 04	Kein Frieden, Kein Krieg – Hybrid KV Region Hannover (Kreisverband)	58
7 03	Maßnahmen: Anregen Schnellerer Zeitenwende KV Region Hannover (Kreisverband)	63

8 - Digitales, Medien & Kultur

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
8 01	AI-Act Reloaded – Für eine smarte und liberale KI-Regulierung KV Peine (Kreisverband)	37
8 02	(Un)Trusted Flagger abschaffen – Transparenz statt willkürlicher Zensur KV Peine (Kreisverband), Leo Laufer (KV Peine)	60

Antrag S 01: Rederecht für alle Jungen Liberalen

Antragsteller*in:	Jan Schwede (KV Goslar)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	S - Satzungsänderungsantrag

Der 87. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- 1 Ersetze §5 (4)
- 2 "Teilnahmeberechtigt und redeberechtigt sind alle Mitglieder des
- 3 Landesverbandes Niedersachsen der Jungen Liberalen. Stimmberechtigt ist
- 4 jedes Mitglied, dessen Mitgliedschaft spätestens bis zum Zeitpunkt der
- 5 Eröffnung des Landeskongresses bestätigt wurde."
- 6 durch
- 7 "Teilnahmeberechtigt und redeberechtigt sind alle Mitglieder der Jungen
- 8 Liberalen. Stimmberechtigt ist jedes Mitglied des Landesverbandes
- 9 Niedersachsen, dessen Mitgliedschaft spätestens bis zum Zeitpunkt der
- 10 Eröffnung des Landeskongresses bestätigt wurde."

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag L 01: FDP fit for 2030: Alles lässt sich ändern

Antragsteller*in:	geschäftsführender Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der 87. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- 1 **Alles lässt sich ändern.** Diesem Anspruch, den wir an das Land und seine Politik
- 2 stellen, müssen auch wir als Partei auf Landes- und Bundesebene gerecht werden.
- 3 **Der organisierte Liberalismus in Deutschland befindet sich am Scheideweg.** 2017 als
- 4 moderne Partei der Aufbruchsstimmung neu gestartet, erfolgt jetzt die Bruchlandung.
- 5 2021 als Bürgerrechtspartei während der Corona-Pandemie mit einem ganzheitlich
- 6 liberalen Profil zur Regierungsbeteiligung beauftragt, folgt bei der Bundestagswahl
- 7 am 23. Februar 2025 mit 4,33 Prozent das schlechteste Ergebnis der Parteigeschichte
- 8 und ein klares Wählervotum gegen eine FDP, der in keinem relevanten Politikfeld
- 9 Kompetenz und Vertrauen zugestanden wird.
- 10 **Wie bereits 2013 bedarf es daher einer ausführlichen und ehrlichen Fehleranalyse**
- 11 sowie personeller, struktureller und kommunikativer Konsequenzen. Im Fokus stehen das
- 12 Regierungshandeln der FDP in der „Fortschrittskoalition“ und der Bundestagswahlkampf
- 13 2025. Doch die Krise reicht tiefer: Die katastrophalen Ergebnisse bei Landtagswahlen
- 14 – bei denen SPD/Grüne immerhin einzelne (Achtungs-)Erfolge feiern konnten und vor
- 15 allem die FDP stets heftige Pleiten erlebt hat – zeigen, dass der Liberalismus
- 16 insgesamt unter Druck steht. **Die Jahre 2024/25 sind nicht der Ursprung, sondern der**
- 17 **Höhepunkt einer jahrelangen Fehlerkette.** Einzelne Fehlentscheidungen, die im
- 18 politischen Tagesgeschäft oft unbemerkt blieben, haben sich zu einer Dynamik
- 19 entwickelt, die die FDP aus dem Bundestag gefegt hat.
- 20 **Doch anders als 2013 haben wir dieses Mal ein Grundgerüst zur Orientierung: unser**
- 21 **Leitbild.** Wir können und sollten auf dieses Leitbild aus der Zeit der ersten
- 22 außerparlamentarischen Opposition aufbauen. Die FDP muss zu diesem Leitbild und einem
- 23 überzeugend liberalen, seriösen und lösungsorientierten Auftreten zurückfinden. Nur
- 24 so können wir wieder als die Partei wahrgenommen werden, die wir unserem eigenen
- 25 Anspruch nach sein wollen: Eine Partei, die für Eigenverantwortung,
- 26 Zukunftsoptimismus und das Versprechen einer besseren Zukunft steht.
- 27 **Erforderlich ist hierfür eine kollektive Kraftanstrengung.** Gelingt uns diese nicht,
- 28 könnte im Jahr 2029 der vollständige Schiffbruch des organisierten Liberalismus in
- 29 Deutschland drohen. Ein Szenario, welches wir nicht hinnehmen wollen. Ein Szenario,
- 30 welches wir nicht hinnehmen dürfen. Aus Liebe für die Freiheit.
- 31 Die Zeit ist *jetzt* gekommen, um die FDP aus dem politischen Abseits zurück in die
- 32 Mitte aller deutschen Parlamente zu führen.

33

34 I. Zustandsbeschreibung des organisierten politischen 35 Liberalismus in Deutschland 2025

36 **Der Abend des 23. Februars 2025 markiert eine Zäsur** für den organisierten politischen

37 Liberalismus in Deutschland. Nach 2013 wird die FDP zum zweiten Mal innerhalb von 12
38 Jahren nicht Teil des deutschen Bundestags sein und in die Außerparlamentarische
39 Opposition abstürzen. An ihrer Stelle ziehen mit der AfD und der Linken die äußersten
40 politischen Pole mit riesigen Kursgewinnen erneut ins Parlament und errichten einen
41 noch nie dagewesenen Zustand einer fundamental oppositionellen Sperrminorität, der
42 zum größten Sicherheitsrisiko für Deutschland seit dem Ende des Kalten Kriegs werden
43 könnte. CDU/CSU und SPD sind zum Regieren verdammt, die Grünen die einzige
44 demokratische Oppositionspartei im Bundestag. Politische Visionen? Fehlanzeige.
45 Freiheitlich-Demokratische Korrektive? Nicht vorhanden. Die Zukunft? Auf Messers
46 Schneide.

47 Nach dem Wiedereinzug der FDP in den Bundestag 2017 mit zweistelligem Ergebnis und
48 bisweilen erfolgreichen Landtagswahlen bis zur Bundestagswahl 2021 konnte die **FDP im**
49 **Folgenden kein ausreichend großes Wählermilieu dauerhaft an sich binden**, sodass ab
50 dem Zeitpunkt der Regierungsbeteiligung in der Ampelkoalition auf Bundesebene alle
51 Landtagswahlen - nahezu (bis auf die Bremer Bürgerschaftswahl 2023 mit +0,3%) -
52 ausnahmslos mit substantiellen, im Falle vom Saarland, Niedersachsen, Berlin, Bayern,
53 Sachsen, Brandenburg und Thüringen vernichtenden Verlusten verbunden waren. Die FDP
54 ist nach der verlorenen Bundestagswahl 2025 noch in acht Landesparlamenten vertreten
55 und an zwei Landesregierungen beteiligt. 2026 werden in vier dieser acht
56 Bundesländern gewählt, darunter Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt, eben jene beiden
57 letzten Länder mit FDP-Landesregierungen. **Die FDP als relevante politische Kraft**
58 **steht vor dem Aus.**

59 Uns schmerzt besonders das **desaströse Wahlergebnis unter den Jung- und Erstwählern**
60 sowie die dramatische Verschlechterung bei der Junior- und U18-Bundestagswahl. Es
61 scheint, als ob es die Jugend aus verschiedensten Gründen - politische
62 Hoffnungslosigkeit, Abstiegsängste, TikTok-Erfolge einzelner Mitbewerber - nahezu
63 unaufhaltsam zu den Rändern zieht. Neben den seit Jahren schockierenden
64 Zustimmungswerten zum Rechtsextremismus fühlte sich bei dieser Wahl ein erheblicher
65 Anteil junger Menschen von linken Ideen angezogen. Wer fehlt: Junge Menschen, für die
66 die Freiheit das höchste Gut ist. Junge Menschen, die aus Überzeugung liberale Werte
67 teilen und für sie eintreten. Entsetzt müssen wir feststellen: **Der Liberalismus ist**
68 **unter jungen Menschen schlicht nicht mehr im Trend.**

69 Der Ernst der Lage gebietet es nun, alle freiheitsliebenden Menschen Deutschlands in
70 der Mitte der Gesellschaft zu versammeln, um gemeinsam eine starke liberale Stimme zu
71 formen, die sich wieder als Konstante im politischen Diskurs festigt.
72 Richtungsstreitigkeiten oder Profilierungsversuche in die eine oder andere Richtung
73 zur künftigen Positionierung einer liberalen Partei sind aus diesem Grund
74 unangebracht. **Als Grundpfeiler der Freien Demokraten war seit jeher der ganzheitliche**
75 **Liberalismus die oberste Maxime.** Ideologische Verzweigung ist keine Option.

76

77 **II. Erste Fehleranalyse des organisierten politischen** 78 **Liberalismus in den letzten Jahren**

79 Aus Sicht der JuLis Niedersachsen waren insbesondere – aber nicht ausschließlich –
80 folgende Entscheidungen entscheidend für die Fehlentwicklung der FDP in den letzten

81 Jahren:

82

83 **a) Zielgruppen-Verengung**

84 In den letzten Jahren verfestigte sich der Eindruck der FDP als Klientelpartei, die
85 ihre Ansprache nur an bestimmte Bevölkerungsgruppen richtet und gar nicht von einer
86 breiten Bevölkerungsschicht gewählt werden möchte. Insbesondere folgende
87 Personengruppen wurden zuletzt zu häufig außer Acht gelassen:

- 88 • **Frauen:** Die FDP schneidet bei Frauen schlechter ab, was inhaltlich und personell
89 begründet ist. Inhaltlich durch ambivalente Positionen zu Themen wie § 218 StGB,
90 Gleichberechtigung, insb. dem Selbstbestimmungsgesetz, Abgrenzung gegenüber der
91 AfD (für ein patriarchalisches Gesellschaftsbild steht). Personell, weil – bis
92 auf eine aus der Bundespolitik ausgeschiedene Strack-Zimmermann und die
93 ehemalige Ministerin unscheinbare Stark-Watzinger – kaum Frauen in
94 Spitzenpositionen vertreten sind. Dass die Partei sich hier nicht besser
95 positionieren konnte, ist ein Armutszeugnis für politisch liberale Menschen und
96 fatal für ihre Wahlergebnisse, nicht zuletzt, weil Frauen die Hälfte der
97 Wahlberechtigten stellen.
 - 98 • **Ostdeutsche:** Auch das wiederholt unterdurchschnittliche Ergebnis in den neuen
99 Ländern lässt auf grundlegende Defizite schließen. Diese haben ihren Ursprung
100 nicht nur, aber auch in geringer personeller Widerspiegelung der Zielgruppe und
101 inhaltlicher Vernachlässigung derselben.
 - 102 • **Junge Menschen:** Junge Menschen – eine Gruppe, die tendenziell eher liberal und
103 weltoffen ist – konnten wir, trotz des für deutsche Verhältnisse jungen
104 Personals, nicht von der FDP überzeugen. Die Entwicklung allein sozialen Medien
105 zuzuschreiben, greift zu kurz, auch wenn die FDP dort zielgruppenorientierter
106 auftreten sollte. Entscheidend ist, dass ihre Inhalte nicht die Lebensrealität
107 junger Menschen widerspiegeln. Viele erkennen die Risiken hoher Schulden, doch
108 ein starrer Fokus auf die Schuldenbremse überzeugt kaum, wenn Schulen und
109 Universitäten marode sind. Das diesbezügliche FDP-Kernthema des
110 “Aufstiegsversprechens” war im Zuge der letzten Bundestagswahl, anders als noch
111 2021, nahezu nicht präsent.
 - 112 • **Moderne, aufstiegsorientierte Bürger:innen:** Nicht zuletzt hat es die FDP
113 verpasst, die wachsende Gruppe der modernen, aufstiegsorientierten und
114 international orientierten Menschen, welche meistens in den urbanen Zentren
115 aufzufinden sind, anzusprechen. Stattdessen hat sich die FDP auf ein im
116 Verhältnis zur deutschen Bevölkerung altes, konservatives, gefestigt
117 besserverdienendes, staats- und – vermutlich noch schädlicher –
118 europaskeptisches Klientel eingestellt.
- 119 Seit 2017 hätte die Partei all diese Gruppen als Wähler gewinnen können. Doch statt
120 ein inhaltliches Minimum bei Gleichberechtigung, internationaler Zusammenarbeit,
121 Umweltbewusstsein, sozialem Frieden und europäischer Ausrichtung zu etablieren,
122 passte die FDP ihr inhaltliches Profil der Verengung der Zielgruppen an und trat
123 einem Überbietungswettbewerb bei, in dem die Beschlusslage kaum noch berücksichtigt
124 wurde.

126 b) Inhaltliche Verengung

127 Dass die FDP - selbst über die erwähnten "Krisen-Milieus" hinaus - zunehmend als
 128 konturlos und monothematisch ("Die FDP als Partei der Schuldenbremse") wahrgenommen
 129 wird, ist einer generellen inhaltlichen Verengung geschuldet. Diese liegt unter
 130 anderem, aber nicht nur, in folgenden Themen begründet:

- 131 • **Umwelt- und Klimaschutz:** Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist
 132 eine fundamentale Aufgabe unserer Zeit, und gleichzeitig eine, bei der die
 133 Liberalen historisch bereits unter dem ersten Umweltminister Hans-Dietrich
 134 Genscher eine entscheidende Rolle spielten. Insbesondere bei der Bekämpfung des
 135 Klimawandels bieten die Freien Demokraten mit einem strikten, umfassenden und
 136 möglichst globalen Emissionshandel eine überlegene und vielversprechende Lösung.
 137 Dessen Glaubwürdigkeit wird jedoch in Frage gestellt, wenn die FDP nicht mehr
 138 über ihn spricht, sondern nur noch über Abschwächungen bisheriger Umwelt- und
 139 Klimaschutzregulierung. Positionen wie eine Angleichung des deutschen Klimaziels
 140 2045 an das EU-Ziel 2050 oder die Abschaffung des Umweltbundesamtes sind zwar
 141 nachvollziehbar und folgen einer antibürokratischen Begründung. Gleichzeitig
 142 erwecken diese den Eindruck, für die FDP sei Klimaschutz lästig und sie wolle
 143 diesen nur abschwächen, wenn nicht im Gegenzug auch über unsere alternativen
 144 Lösungsvorschläge für einen effektiveren Klimaschutz gesprochen wird.
- 145 • **Wirtschaftspolitik:** Die politische Ausrichtung konzentrierte sich zunehmend auf
 146 gefestigte Besserverdienende, etwa durch das Dienstwagenprivileg, während junge,
 147 aufstiegsorientierte Menschen und zukunftssträchtige Sektoren wie die Tech
 148 Branche vernachlässigt wurden. Diese Priorisierung verstärkte die Ungleichheit
 149 und sendete widersprüchliche Signale an eine breite Wählerschaft.
- 150 • **Migrationspolitik:** Die Unterscheidung zwischen Asyl und Migration wurde
 151 zunehmend verwischt, was zu einer intellektuellen Verdünnung der politischen
 152 Debatte führte. Diese Entwicklung erinnerte an die Union, die ebenfalls
 153 Schwierigkeiten hatte, klare Positionen zu vertreten und dadurch ihre
 154 Glaubwürdigkeit in der Migrationspolitik gefährdete.
- 155 • **Sozialpolitik:** Das Stigma der sozialen Kälte konnte nicht abgelegt werden.
 156 Diesbezügliche Erfolge der FDP innerhalb der Ampel-Regierung wurden nach dem
 157 Scheitern dieser kaum mehr hervorgehoben, beispielsweise die Veränderung der
 158 Zuverdienstregelungen innerhalb des Bürgergeldes oder die Anhebung der
 159 Minijobgrenze, sondern gingen innerhalb der Abgrenzung von der Ampel unter.
- 160 • **Europapolitik:** Innerhalb der Bundesregierung nahmen die Freien Demokraten häufig
 161 eine Rolle ein, in der sie sich gegen Vorschläge der Europäischen Union und der
 162 weiteren Mitgliedsländer stellten - sei es beim Lieferkettengesetz, bei den
 163 Importzöllen auf chinesische Autos oder beim Verbrenner-Aus. Wenngleich auch
 164 hier die inhaltliche Position richtig und nachvollziehbar ist, entstand
 165 gleichsam der Eindruck, die FDP sei ein Bremsklotz der Europäischen Union, ohne
 166 dabei nennenswert eigene Vorschläge für die Zukunft der EU zu liefern. Genau
 167 diese hätte eine dezidiert proeuropäische Partei wie die FDP allerdings laut
 168 kommunizieren sollen, insbesondere in ihren eigenen Ministerien innerhalb der
 169 Ampel-Regierung.

- 170 • **Gesellschaftsliberale Themen:** Die Selbstbestimmung queerer Menschen spielte im
171 Wahlkampf kaum eine Rolle. Die Partei wirkte unsicher beim
172 Selbstbestimmungsgesetz, obwohl es auf ihrer eigenen Beschlusslage beruhte.
173 Diese inhaltliche Inkohärenz schwächte das gesellschaftsliberale Profil der FDP
174 und sorgte stattdessen für widersprüchliche Signale.
- 175 • **Digitalisierung:** Bei der Bundestagswahl 2017 spielte das Thema der
176 Digitalisierung eine hervorgehobene Rolle und festigte das Bild der Freien
177 Demokraten als Partei der Modernisierung. Weder innerhalb der Ampel-Regierung
178 noch im Anschluss spielte das Thema dann noch eine große Rolle, obwohl wir sogar
179 den fachlich zuständigen Digitalminister stellten.
- 180 • **Liberaler Drogenpolitik:** Während bei der Bundestagswahl 2021 viele junge Menschen
181 die FDP bei der Frage nach einer weitgehenden Cannabis-Legalisierung
182 unterstützen, spielte dieses Thema inklusive einer weitergehenden
183 Liberalisierung sowie eine liberale Drogenpolitik im Allgemeinen bei dieser
184 Bundestagswahl gar keine Rolle mehr.
- 185 • **Zweitstimmenkampagne / Anbieterwahlkampf an konservative Kräfte:** Ein
186 Wahlkampf, in dem man sich explizit an konservative Kräfte annähert, ist
187 kein Erfolgsrezept für eine liberale Partei, wie uns bereits die Wahlschlappe
188 2013 gezeigt hat. Stattdessen müssen wir uns auf das Erfolgsrezept von 2017 und
189 2021 zurückbesinnen: Liberale Werte und Inhalte.

190

191 c) Personelle Verengung

192 Ein wesentlicher Grund für das schlechte Abschneiden der FDP war die starke
193 Fokussierung auf eine Einzelperson. Selbst bei großzügiger Betrachtung der
194 erweiterten Führungsspitze fällt die geringe Diversität auf, insbesondere in Bezug
195 auf Frauen und Ostdeutsche. Im Einzelnen:

- 196 • **Zentralisierung auf eine Person:** Eine unpopuläre Spitzenfigur kann das
197 Gesamterscheinungsbild der Partei negativ prägen. Durch die starke Konzentration
198 an innerparteilicher Macht und der öffentlichen Berichterstattung auf eine
199 Person können deren (schlechte) Persönlichkeitswerte nicht mehr durch die
200 Leistungen anderer Parteimitglieder oder der Gesamtpartei zumindest
201 teilkompensiert werden. Ein weiteres Problem stellt hierbei dar, dass, in Folge
202 dieser Entwicklung, Partei und Führungsperson, meist der/die Parteivorsitzende,
203 als Synonyme verstanden werden: **Der/die Parteivorsitzende ist die Partei, die
204 Partei ist der/die Parteivorsitzende.** Daraus ergibt sich ein Folgeproblem: Die
205 Sichtbarkeit anderer Parteimitglieder in der öffentlichen Wahrnehmung nimmt ab
206 und deren häufig gute Arbeit wird kaum wahrgenommen und gewürdigt.
- 207 • **Eklatante Lücke von Frauen in Führungspositionen:** Abgesehen von Frau Strack-
208 Zimmermann und Frau Stark-Watzinger gibt bzw. gab es kaum weibliche
209 Spitzenpolitikerinnen in der FDP. Das ist für eine liberale Partei ein
210 Armutszeugnis. Es zeichnet nicht nur ein Bild einer Partei mit patriarchalischen
211 Strukturen und schreckt so grundsätzlich interessierte Frauen ab, es gilt leider
212 auch oftmals: Dort, wo Frauen keine Politik machen, kommt Frauenpolitik zu kurz.
213 In der Folge sind feministische, progressive Themen deutlich weniger im

214 Vordergrund, als es sich für eine liberale Partei gehört, und Frauen weniger
215 motiviert, sich in der Partei zu engagieren oder sie zu wählen.

216 • **Mangelnde ostdeutsche Repräsentation:** Die FDP als Partei hat es bislang kaum
217 geschafft, ostdeutsche Politiker:innen in Spitzenpositionen zu bringen. Diese
218 Lücke in der Repräsentation verstärkt den Eindruck, dass die FDP nicht
219 ausreichend die Interessen Ostdeutschlands widerspiegelt. Dadurch fehlt es der
220 Partei an der Fähigkeit, die unterschiedlichen Perspektiven und Bedürfnisse der
221 Region in ihre politische Arbeit zu integrieren.

222

223 **III. Erste Reformvorschläge für einen schlagkräftigen** 224 **organisierten politischen Liberalismus der Zukunft**

225 **1. Reformvorschläge für die Bundes-FDP**

226 Start- und Fixpunkt aller Reformbemühungen der FDP ist zwangsläufig die Bundes-FDP.
227 Sie ist das Gesicht des Liberalismus für die breite Öffentlichkeit. Einzelne
228 Landesverbände kommen kaum gegen eine negative Grundstimmung der Bundes-FDP an.
229 Gleichzeitig braucht die Bundes-FDP jedoch erfolgreiche Wahlergebnisse einzelner
230 Landesverbände für das notwendige Momentum bei der kommenden Bundestagswahl. Es muss
231 schon deshalb das Anliegen aller freiheitsliebenden Menschen in Deutschland - ganz
232 gleich, aus welchem Landesverband sie auch kommen mögen - sein, für eine starke
233 Bundes-FDP zu sorgen.

234 Die FDP hat in jüngster Vergangenheit zentrale Zielgruppen – insbesondere Frauen,
235 Ostdeutsche, junge Menschen sowie moderne, urbane und international orientierte
236 Milieus – personell und inhaltlich vernachlässigt. Ursachen dafür sind eine
237 ambivalente Positionierung bei gesellschaftspolitischen Kernthemen, eine
238 unzureichende Repräsentation dieser Gruppen in Führungspositionen sowie ein Profil,
239 das kaum mit deren Lebensrealitäten übereinstimmt. Um breitere Wählerschichten
240 anzusprechen, muss sich die FDP inhaltlich öffnen und personell vielfältiger
241 aufstellen.

242 **a) Strukturelle/personelle Reformvorschläge**

243 **Reformbedarf:** Die Gründe für die verheerende Wahlniederlage mögen vielfältig sein,
244 als einer der Gründe kann allerdings die starke Fokussierung auf eine Einzelperson
245 ausgemacht werden. Sollte im Rahmen einer (sehr großzügigen) Betrachtung eine
246 Fokussierung auf die erweiterte Führungsspitze diagnostiziert werden, fällt auf, dass
247 selbst diese Analyse nicht darum umher käme, dem erweiterten Führungspersonal eine
248 arg geringe Diversität zu diagnostizieren. So liegt ein zentraler Grund für
249 unterdurchschnittlichen Ergebnisse der FDP bei Wählerinnen generell sowie Wählerinnen
250 und Wählern in Ostdeutschland auch in der fehlenden personellen Repräsentanz dieser
251 Gruppen in der FDP und, damit einhergehend, fehlender Präsenz in der Außenwahrnehmung
252 der FDP begründet. (*zur ausführlichen Analyse, s. Kap. II*)

253 **Lösung:** Die Julis Niedersachsen sind der Meinung, dass folgende Maßnahmen geeignet
254 sind, um mehr Parteimitglieder in der Öffentlichkeit zu platzieren und so eine
255 möglichst große (programmatische) Vielfalt der Partei abzubilden und eine breite

256 Bevölkerungsschicht zu repräsentieren. Unser Ziel muss sein: **Mehr Breite in der**
257 **Spitze.**

- 258 • **Trennung von Partei- und Regierungsamt:** Sofern künftige Bundesvorsitzende oder
259 Generalsekretäre als Minister/Ministerin Mitglied der Bundesregierung werden, so
260 müssen sie spätestens zum nächsten ordentlichen Bundesparteitag der FDP
261 zurücktreten und die entsprechenden Posten neu gewählt werden.
- 262 • **Trennung von Parteivorsitz und Fraktionsämtern in der Bundestagsfraktion:**
263 Parteivorsitz und Fraktionsämter (Fraktionsvorsitz, stellvertretender
264 Fraktionsvorsitz, parlamentarische Geschäftsführung) sollen getrennt werden –
265 unabhängig davon, ob die FDP in der Regierung oder Opposition ist.
- 266 • **Einführung einer fakultativen Doppelspitze:** Sowohl der Parteivorsitz als auch
267 der Fraktionsvorsitz können künftig als Doppelspitze besetzt werden. Bewerbungen
268 sollen in einem solchen Fall als Zweier-Teams erfolgen, um Abstimmungsprobleme
269 zu vermeiden. Die Doppelspitze sollte idealerweise geschlechterparitätisch sein,
270 dies ist keine Pflicht. Voraussetzung ist jedoch, dass die Co-Vorsitzenden aus
271 unterschiedlichen Landesverbänden stammen. Einzelkandidaturen bleiben möglich.
- 272 • **Geschlechterparität ohne Quote:** Die JuLis Niedersachsen lehnen starre Quoten ab,
273 befürworten aber eine langfristig paritätische Besetzung des FDP-Bundesvorstands
274 und Präsidiums. Auf eine entsprechende Besetzung mit weiblichem Führungspersonal
275 soll in Zukunft besonders geachtet werden.
- 276 • **Vergüteter Parteivorsitz:** Ein erfolgreicher Vorsitz in der APO-Zeit kann nicht
277 ehrenamtlich ausgeführt werden. Um die FDP strategisch aufzustellen und
278 konkurrenzfähig zu halten, sollte dieses Amt, sofern es nicht von hauptamtlichen
279 Mandatsträgern besetzt wird, angemessen vergütet werden. Nur so kann
280 sichergestellt werden, dass der Vorsitzende über die nötigen Ressourcen verfügt,
281 um die Partei nachhaltig zu führen und für den Bundestag konkurrenzfähig zu
282 machen.
- 283 • **Fit-and-Proper-Ansatz:** Führungskräfte der FDP sollen regelmäßig auf Kompetenz,
284 Integrität und strategische Vision geprüft werden. Ein entsprechend
285 standardisierter Fragebogen stellt sicher, dass Parteivorsitzende und andere
286 Spitzenfunktionäre nicht nur über die nötigen fachlichen Qualifikationen und
287 ethischen Standards verfügen, sondern auch kontinuierlich ihre Eignung und
288 Leistung unter Beweis stellen. So kann gewährleistet werden, dass der Vorstand
289 stets mit zukunftsfähigen, innovativen Persönlichkeiten besetzt wird, die die
290 Partei langfristig in die Lage versetzen, ihre politischen Ziele erfolgreich zu
291 verfolgen und das Vertrauen der Wähler zu bewahren.
- 292 • **Mitgliedschaft ab 14 Jahren:** Viele Mitglieder der Jungen Liberalen engagieren
293 sich bereits ab dem Alter von 14 Jahren für die FDP und sind insbesondere im
294 Wahlkampf und in der programmatischen Gestaltung eine Bereicherung. Daher soll
295 eine Mitgliedschaft in der FDP bereits ab 14 Jahren möglich sein.
- 296 • **Externe Stimmen berücksichtigen:** Die FDP sollte nicht nur interne Strukturen,
297 sondern auch Wählerperspektiven stärker einbeziehen. Ein Mechanismus zur
298 Evaluierung externer Stimmen könnte helfen, die Parteiführung strategisch besser
299 auszurichten. Auf diese Weise könnte sichergestellt werden, dass die Partei
300 nicht nur intern repräsentiert ist, sondern auch extern auf die breite

301 Wählerschaft ausgerichtet bleibt.

302 • **Politische Influencer:** Die „öffentliche Meinung“ wird zunehmend von Influencern
303 geprägt. Menschen, die außerhalb von Parteiämtern und Mandaten in den sozialen
304 Medien für liberale Themen werben, haben sich zu einem wahlentscheidenden Faktor
305 entwickelt – insbesondere die Linkspartei hat hiervon stark profitiert. Um auch
306 in der APO sichtbar und relevant zu bleiben, muss ein zukünftiger Bundesvorstand
307 proaktiv den Kontakt zu reichweitenstarken Influencern suchen und sie gezielt in
308 exklusive Formate einbinden. Denkbar wären hier etwa Content-Collabs, Creator-
309 Stipendien, „Liberal Voices“-Events oder die Co-Creation von Kampagnen.

310

311 **b) Inhaltliche Reformvorschläge**

312 **Reformbedarf:** Die FDP hat zuletzt durch eine starke thematische Verengung und
313 widersprüchliche Positionierungen erheblich an Kontur verloren. Statt überzeugende
314 liberale Alternativen beim Klimaschutz, in der Europapolitik, Migration oder
315 gesellschaftspolitischen Fragen klar zu kommunizieren, dominierte die Wahrnehmung der
316 Partei als monothematischer „Bremsklotz“ mit konservativer Ausrichtung. Dabei wurden
317 gerade zukunftsweisende Themen wie Digitalisierung, soziale Gerechtigkeit, eine
318 liberale Drogenpolitik oder Selbstbestimmung queerer Menschen vernachlässigt, wodurch
319 die FDP letztlich in einer Positionierung gefangen blieb, die zwischen Union und AfD
320 liegt und durch ein entgegenstehendes Leitbild langfristig kein Potenzial für
321 nachhaltige liberale Politik bietet. *(zur ausführlichen Analyse, s. Kap. II)*

322 **Lösung:** Im Ausgangspunkt ist es unerlässlich, dass getroffene Beschlüsse unumstößlich
323 vom zukünftigen Bundesvorstand berücksichtigt werden müssen. Dies gilt für den
324 Kommunikationsstil, vor allem aber auch die programmatische Beschlusslage. Ziel für
325 unsere Beschlusslage ist die Abkehr von der zuletzt wahrgenommenen inhaltlichen
326 Verengung. In anderen Worten: **Mehr programmatische Breite – ein ganzheitlicher**
327 **Liberalismus.**

328 • **Niemals Mehrheiten mit der AfD:** Die FDP steht für Freiheit und Weltoffenheit –
329 Werte, die die in relevanten Teilen rechtsextreme AfD konsequent verachtet. Die
330 AfD möchte abschaffen, wofür Liberale stehen. Es muss daher eine klare Haltung
331 der Freien Demokraten sein, dass es zu keinem Zeitpunkt eine Königsmacherrolle
332 der AfD geben darf, mit der diese Partei in unserem Land realpolitische
333 Veränderungen bewirken oder Entschließungsanträge verabschieden kann. Die
334 Erfahrungen aus Thüringen 2020 und dem Bundestagswahlkampf 2025 zeigen, dass
335 jede Unklarheit in dieser Frage strategisch schädlich ist. Nachdem im Jahr 2020
336 Thomas Kemmerich mit einer Königsmacherrolle der AfD zum Ministerpräsidenten
337 gewählt wurde, sackte die FDP in den Wahlumfragen um mehrere Prozentpunkte ab
338 und verpasste u.a. deshalb den Einzug in die Hamburger Bürgerschaft. Im
339 Bundestagswahlkampf 2025 zerstritt sich die Partei über den Umgang mit der
340 Zustimmung der AfD und sorgte damit für eine unklare und unglaubwürdige Haltung
341 in dieser Frage, die viele Wählerinnen und Wähler verschreckte, die eine klare
342 Positionierung der Freien Demokraten erwarteten. Neben unserer klaren
343 Grundhaltung der Abgrenzung von extremistischen Kräften ist es also bereits
344 strategisch Erfolgsrezept, politische Fragen unter Inkaufnahme einer AfD-
345 Unterstützung lösen zu wollen. Die Haltung der Bundespartei darf in Zukunft

- 346 keine situationsabhängige Wackelfrage sein, sondern muss ähnlich konsequent und
347 entschieden sein wie jene nach der Landtagswahl 2020 in Thüringen.
- 348 • **“Einigkeitsthemen” im Wahlkampf in den Vordergrund stellen:** Die Bundestagswahlen
349 2017 und 2021 zeigen, dass Themen wie Bildung, Digitalisierung, Aktienrente und
350 Steuerentlastung das gesamte liberale Spektrum vereinen. Diese sollten im
351 Wahlkampf im Mittelpunkt stehen, um Geschlossenheit zu demonstrieren. Die
352 Bundestagswahl 2025 dient insoweit als Negativbeispiel dafür, dass sich die FDP
353 bei entscheidenden Wahlkampfthemen zunächst innerparteilich einig werden sollte,
354 bevor man mit innerparteilich-kontroversen Themen zerstritten an die
355 Öffentlichkeit geht.
- 356 • **“Modernisierungsthemen” wie Bildung und Digitalisierung wieder priorisieren:**
357 Die Bundestagswahl 2017 zeigt, dass die FDP auch deshalb gewählt wird, wenn sie
358 glaubwürdig für eine Modernisierung unseres Landes einsteht, beispielsweise in
359 den Bereichen Digitalisierung und Bildung. Es ist sinnvoll, dass die FDP beim
360 Eintritt in eine Regierung dann auch die entsprechenden Schwerpunktsressorts
361 besetzt. Gleichzeitig dürfen diese Themen dann weder inhaltlich noch
362 kommunikativ untergehen, sondern müssen prioritär bespielt und dabei auf die
363 eigenen Erfolge verwiesen werden.
- 364 • **Keine inhaltlichen Schnellschüsse entgegen unserer Grundüberzeugungen:**
365 Inhaltliche Schnellschlüsse, mit denen kurzfristig verzweifelt auf spezielle
366 Wählergruppen geschickt wird, langfristig jedoch der Glaubwürdigkeit schaden
367 oder den liberalen Prinzipien widersprechen, sind zu vermeiden. Dazu zählen etwa
368 Flatrate-Parken (widerspricht Subventionsabbau), Grenzkontrollen in der EU
369 (widerspricht Schengen und einer liberalen europäischen Ausrichtung) oder
370 Kryptowährungen in der Währungsreserve (widerspricht dem Sachverstand auch uns
371 wohlgesonnener Ökonomen).
- 372 • **Flexibilität statt rigider Standpunkte:** Als Lehre aus der gescheiterten
373 Regierungsbeteiligung muss eine liberale Partei künftig kompromissfähig bleiben,
374 um mit demokratischen Mitbewerbern zusammenzuarbeiten. Rote Linien führen zu
375 kommunikativen Sackgassen und sollten - unter Wahrung eigener Kernanliegen - im
376 Regelfall vermieden werden.
- 377 • **Programmatische Innovation in der Breite:** Eine zentrale Lehre aus dem
378 Bundestagswahlkampf und den migrationspolitischen Forderungen der FDP ist der
379 erkennbare Mangel an innovativen und einzigartigen Ideen, die als klares
380 Alleinstellungsmerkmal der Freien Demokraten dienen. Um in Zukunft stärker und
381 profilierter aufzutreten, brauchen wir eine Beschlusslage, die in der gesamten
382 Breite politischer Themen – von Entwicklungs- bis Kulturpolitik – mutige und
383 originelle Konzepte bietet. Diese Ideen müssen von einer zukünftigen
384 Parteispitze entschlossen nach außen getragen und im Wahlkampf sichtbar gemacht
385 werden.
- 386 • **Denkanstoß über eine fundamentale Neugestaltung einer liberalen Partei:** Ohne
387 Denkverbote muss sich die Frage gestellt werden, welche Vorteile das weitere
388 Auftreten als Freie Demokratische Partei, kurz FDP, mit sich bringt. Eine
389 künftige Parteispitze soll deshalb unter Einbeziehung externer Empirie die
390 Möglichkeit eines “Rebrandings” als Katalysator künftiger Erfolge prüfen, um
391 etwaige negative Konnotationen und Klischees behaftete Vorurteile zu negieren und

392 eine klare Grundausrichtung bereits durch den Namen kommunizieren zu können. Die
393 Erfahrungen von 2015 sollen hierin einfließen, aber nicht die Grenze möglicher
394 Veränderungen darstellen. Daneben können die österreichischen „NEOS“ und die
395 französische „Renaissance“ als Untersuchungsgegenstand dienen.

396

397 2. Reformvorschläge für die FDP Niedersachsen

398 Reformbedarf:Die FDP Niedersachsen muss der Motor des Erneuerungsprozesses im Bund
399 **sein**. Für diese Aufgabe muss sich die FDP Niedersachsen jedoch entsprechend
400 aufstellen und **zunächst die eigenen “Hausaufgaben” erledigen**. Der notwendige
401 Gestaltungsanspruch auf Bundesebene fängt mit zwingenden Veränderungen des eigenen
402 Verbands an.

403 Lösung: Die Jungen Liberalen Niedersachsen weisen insofern auf ihre bereits im Herbst
404 2022 beim 82. Landeskongress in Hannover (im Rahmen eines Leitantrags) beschlossenen
405 Forderungen hin: **“Neues Kapitel: Modernisierungsagenda für eine neue FDP”**. Die Jungen
406 Liberalen Niedersachsen halten diese Forderungen weiterhin aufrecht und
407 unterstreichen ausdrücklich deren nach wie vor gegebene Aktualität und Notwendigkeit.
408 Zur Lösung der aufgezeigten Problembeschreibung fordern die Jungen Liberalen
409 Niedersachsen als **Ergänzung bzw. notwendiges Update** folgende konkrete Maßnahmen:

- 410 • **Trennung von Partei- und Regierungsamt:** Sollte in Zukunft der/die
411 Landesvorsitzende der FDP oder der/die Generalsekretär*in ein Landesministerium
412 übernehmen und damit Mitglied der Landesregierung werden, muss zum nächsten
413 Landesparteitag der FDP ein Rücktritt vom Amt des Parteivorsitzes sowie vom Amt
414 des Generalsekretärs/der Generalsekretärin erfolgen.
- 415 • **Trennung von Parteivorsitz und Fraktionsämtern in der Landtagsfraktion:**
416 Parteivorsitz der Landespartei und Ämter innerhalb der Landtagsfraktion sind
417 zukünftig voneinander zu trennen. Das betrifft die Ämter des Fraktionsvorsitzes,
418 des stellvertretenden Fraktionsvorsitzes und der parlamentarischen
419 Geschäftsführung. Dies soll sowohl für den Fall gelten, dass die FDP Teil der
420 Landesregierung ist, als auch für den Fall, dass die FDP Oppositionspartei ist.
- 421 • **Fakultative Doppelspitze auf Landesebene:** Auch auf Landesebene soll - analog zu
422 unserer Forderung auf Bundesebene - die Möglichkeit einer Doppelspitze für
423 Parteivorsitz und Fraktionsvorsitz bestehen.
- 424 • **Parität statt Quote:** Analog zur Bundesebene gilt auch hier: Die JuLis
425 Niedersachsen lehnen feste Quoten ab, streben aber langfristig eine paritätische
426 Besetzung des Landesvorstands der FDP Niedersachsen an. Die FDP Niedersachsen
427 soll bei künftigen Wahlen daher besonders auf eine Hinarbeitung zur Parität
428 achten.
- 429 • **Mehr Mitbestimmung bei Bezirkslisten:** Um die basisdemokratische Legitimation bei
430 der Aufstellung der Bezirksliste zu erhöhen, wollen wir Bezirksparteitage
431 zukünftig unter Einbeziehung aller Mitglieder abhalten. Dazu gehört es zu
432 prüfen, inwiefern ein Delegiertensystem in einzelnen Bezirken abgeschafft werden
433 kann, ohne einem Orts- oder Kreisverband die Allmacht bei der Listenaufstellung
434 zu geben. Die Landesvertreterversammlung kann so dennoch die Entscheidung eines
435 Bezirksparteitags relativieren und mit den gewählten Delegierten zu anderen

436 Entschlüssen kommen.

- 437 • **Familienfreundliche Parteiarbeit:** Mehr digitale Formate, klare und verlässliche
438 Sitzungszeiten und flexible Beteiligungsmöglichkeiten sollen die Vereinbarkeit
439 mit dem Familienleben verbessern und so allen Mitgliedern eine Partizipation
440 ermöglichen.
- 441 • **Mentoring & Netzwerke:** Jede:r profitiert von einem starken Netzwerk. Man braucht
442 Menschen, die in die Parteiarbeit einführen, Abläufe erklären und implizites
443 Wissen weitergeben. Aus diesem Gedanken heraus könnte ein Mentoringprogramm auf
444 Landesebene aufgebaut werden. Teil davon könnten auch gezielte
445 Netzwerkveranstaltungen für Frauen sein.
- 446 • **Schnuppermitgliedschaft:** Nicht jede:r möchte sich durch eine feste
447 Mitgliedschaft gleich langfristig an eine Partei binden. Eine
448 Schnuppermitgliedschaft kann Interessent:innen erste Einblicke in die Arbeit der
449 FDP Niedersachsen und ihre Beteiligungsmöglichkeiten bieten. Zur Absenkung der
450 Hemmschwelle soll sie grundsätzlich befristet und von Mitgliedsbeiträgen
451 befreit sein. Es könnte auch darüber nachgedacht werden, diese neue Art der
452 Mitgliedschaft für 14- bis 16-jährige Interessent:innen kostenfrei zu öffnen.
- 453 • **Flexible Mitgliedschaften:** Viele Menschen möchten sich nur in bestimmten Teilen
454 oder hinsichtlich unterschiedlicher Aspekte in einer Partei engagieren. Dies
455 könnte ihnen zukünftig in der FDP Niedersachsen durch eine flexible
456 Mitgliedschaft ermöglicht werden. Durch eine **Fördermitgliedschaft** können
457 ansonsten passive Mitglieder die Partei finanziell unterstützen. In einer
458 Mitgliedschaft **auf Zeit** oder **projektbezogenen** Mitgliedschaft können
459 Interessent:innen sich gezielt für einzelne Projekte oder zeitlich begrenzte
460 Prozesse innerhalb der Partei engagieren. **Expert:innen**mitgliedschaften könnten
461 der FDP Niedersachsen ermöglichen, gezielt externes Wissen und ideelle
462 Unterstützung für die Partei zu gewinnen.
- 463 • **Direkte & virtuelle Landesmitgliedschaft:** Durch eine gesteigerte Mobilität und
464 flexiblere Lebensmodelle sind viele Menschen weniger ortsgebunden als früher und
465 brauchen auch in ihrem parteipolitischen Engagement mehr Freiräume. Die FDP
466 Niedersachsen könnte diesen Menschen zukünftig vereinfacht eine **direkte**
467 Mitgliedschaft beim Landesverband ermöglichen, ohne dass sie die Umwege über
468 Orts-, Kreis- und Bezirksverbände nehmen müssen. Neben einer **virtuellen**
469 Mitgliedschaft kann dies insbesondere in strukturschwachen Regionen
470 Niedersachsens, in denen zum Teil keine oder nur schwach aufgestellte
471 Untergliederungen existieren, Engagement ermöglichen und attraktiv machen.

472

473 **3. Reformvorschläge für die Bundes-JuLis**

474 Reformbedarf: Der Bundesverband der Jungen Liberalen hat seine Kernaufgabe als
475 konstruktiv-kritischer Begleiter und Treiber der FDP zunehmend vernachlässigt. Die
476 abnehmende kritische Hinterfragung zeigt sich insbesondere seit Mai 2024. Nach der
477 Bundestagswahl muss man nüchtern feststellen, dass andere Jugendverbände die Aufgaben
478 eines kritischen Begleiters deutlich besser gemeistert haben.

479 Lösung: Die JuLis Niedersachsen streben eine weiterhin enge und vertrauensvolle

480 Zusammenarbeit mit dem Bundesverband der JuLis an. Gleichwohl setzen wir uns für
481 einige grundlegende Reformen ein, die unserer Ansicht nach die JuLis und ihre
482 Wahrnehmung in Gänze nachhaltig stärken werden. Hierzu zählen:

- 483 • **Klare Kritik bei Abweichung von der FDP-Bundesbeschlusslage:** Sofern das Handeln
484 der FDP von ihrer eigenen Bundesbeschlusslage oder jener der Jungen Liberalen
485 abweicht, erwarten wir vom Bundesverband, dass er im Rahmen seiner Presse- und
486 Öffentlichkeitsarbeit etwa durch Pressemitteilungen und in den sozialen Medien
487 dezidierte Kritik übt und zu den jeweiligen Themen stets klare Stellung bezieht.
488 Dies gilt auch in Wahlkampfzeiten; das Mantra der Geschlossenheit darf nicht
489 dazu führen, dass die Jungen Liberalen ihrer kritischen Beobachtungsfunktion
490 nicht nachkommen und stillschweigend akzeptieren, wenn Funktionsträger der
491 Partei von denjenigen Inhalten abweichen, für die wir als Liberale eintreten.
492 Wenn berechtigte Kritik an der Wahlkampagne erst ex post im Rahmen der
493 Wahlanalyse geübt wird, obwohl bereits zuvor teils großer Unmut innerhalb der
494 Mitgliedschaft besteht, gefährdet das ein erfolgreiches Abschneiden der Partei
495 stärker als die klare Artikulation unserer Position gegenüber der Partei.
- 496 • **Rücktritt vom Bundesvorstand nach Parlamentseinzug:** Zieht ein Mitglied des
497 Bundesvorstandes in ein Landesparlament, den Bundestag oder das EU-Parlament
498 ein, sollte der gewählte Vorstandsposten im Bundesvorstand zum nächstmöglichen
499 Zeitpunkt zur Verfügung gestellt werden, um eine Unabhängigkeit des
500 Bundesvorstandes von der Fraktionsarbeit zu bewahren und die Funktion als
501 konstruktive und gleichzeitig kritische Begleitung der Partei nicht zu
502 gefährden. Weiterhin werden Bundesvorsitzende bereits im Wahlkampf dazu
503 angehalten, die unabhängige Ausübung ihres Vorstandsamtes selbstkritisch zu
504 prüfen, sofern sie gleichzeitig auf einem aussichtsreichen Listenplatz für ein
505 solches Mandat kandidieren oder diese Absicht verfolgen.
- 506 • **Soziale Medien voll ausschöpfen (inkl. TikTok):** Spätestens dieser Wahlkampf hat
507 gezeigt, dass wir unseren Social-Media-Auftritt grundlegend erneuern müssen -
508 bzgl. des Mediums, der Aufmachung sowie des Inhalts.
 - 509 • **Medium:** Bezüglich des Mediums haben wir uns bewusst weitestgehend von **TikTok**
510 ferngehalten - ein deutlicher Fehler, wie das Abschneiden von Linke und AfD bei
511 den Jung- und Erstwählern zeigt (selbstredend ist TikTok hier nicht monokausal,
512 die Bedeutung darf nicht über-, aber eben auch nicht unterschätzt werden). Wir
513 müssen lernen, gewisse liberale Themen auch effektiv an große Mengen von Wählern
514 zu kommunizieren. Hierfür ist allerdings eine gewisse Grundpräsenz auf diesen
515 Plattformen nötig. Dies beinhaltet auch liberale Vorfeldorganisationen.
 - 516 • **Aufmachung:** Bezüglich der Aufmachung haben wir erste Entwicklungen hin zu einem
517 modernen Auftreten unternommen, positiv ist etwa das "Kabinen-Video". Gleichwohl
518 stellt sich die Frage, inwieweit wir uns von Content emanzipieren müssen, der
519 primär mit den Gesichtern von Jungen Liberalen bespielt wird. Ein solcher
520 Content ist primär "Content nach Innen", in die eigene JuLi-Bubble hinein. Junge
521 Menschen interessieren sich auch, aber nicht nur für die Gesichter unseres
522 Verbands - Gesicht, die sie im Zweifelsfall nicht einmal kennen. Was es bedarf,
523 ist ein ganzheitlich modernes Auftreten, welches auch vor **innovativen Konzepten**
524 nicht zurückschreckt. Wir fordern eine gründliche Evaluation der digitalen
525 Präsenz. Dies beinhaltet z.B. auch, die Art des Contents der Linken sowie des

- 526 linken Vorfelds zu studieren.
- 527 • **Inhalt:** Auch bezüglich des Inhalts haben wir Steigerungspotenzial. Wir müssen es
528 schaffen, starke Narrative zu erzeugen und in wenigen Worten zu kommunizieren.
529 Linke Buzzwords wie “Enteignen, Enteignen, Enteignen” müssen wir mit kreativen,
530 neuen Impulsen begegnen, die unsere Adressaten emotionaler adressieren. Welches
531 “Gefühl” wollen wir JuLis über Social Media präsentieren? Diese Frage bedarf
532 einer dringenden Antwort. “Schuldenbremse, Schuldenbremse, Schuldenbremse” (so
533 richtig sie programmatisch auch sein mag) kann diese emotionale Leerstelle
534 leider nicht füllen. Ein erfolgreicher Social Media Auftritt braucht
535 essentieller Weise ein **“liberales Grundgefühl”**, welches wir bedienen wollen. Ein
536 solches “liberales Grundgefühl” kann das von uns 2017 und 2021 vermittelte
537 Gefühl **“Wir glauben an dich!” / “Wir ermöglichen deine Möglichkeiten!” /**
538 **“Konsequent Europa - Jetzt erst Recht!”** sein. Dieses “liberale Grundgefühl” muss
539 das klare Leitbild unseres Social-Media-Auftritts sein.
- 540 • **Eigenes Agenda-Setting betreiben:** Dass die FDP einseitig das Thema
541 Schuldenbremse bespielt hat, ist das eine. Dass dies auch eine politische
542 Jugendorganisation tut, ist diskussionswürdig. Ob dieses Thema junge Menschen,
543 die einer Lebensumwelt mit renovierungsbedürftigen Schulen etc. ausgesetzt
544 sehen, über die eigene (enge) Kernklientel hinaus begeistert und mobilisiert,
545 ist diskussionswürdig. Die Jungen Liberalen sollten nicht bloß die Kampagne der
546 Mutterpartei spiegeln, sondern eigene Akzente setzen. Das Thema
547 “Aktienrentner*in” ist hier lobend zu erwähnen. Derartige Impulse sollten
548 vermehrt im Vordergrund stehen. Zu erwähnen sind bspw. spezifische JuLi-
549 Forderungen zum Thema Bildung oder Aufstiegsversprechen.
- 550 • **“Liberal Voices of Europe” - Pan-europäischer Content:** Junge Menschen, die
551 aktuell an eine europäische Partei denken, denken an Volt. Wir haben uns Europa
552 als Thema wegnehmen lassen. Wir wollen daher verstärkt auf pan-europäischen
553 Content setzen. “Konsequent Europa - Jetzt erst Recht!” lebt mit einer
554 europäischen Identität. Hierfür wollen wir mit **liberalen Gesichtern aus ganz**
555 **Europa zusammenarbeiten (“Liberal Voices of Europe”)**. Die EU ist die Lösung für
556 die Ukraine - sagen ukrainische Liberale. Die EU ist die Lösung gegen Populismus
557 - sagen ungarische Liberale. Die EU ist die Lösung gegen den Klimawandel - sagen
558 griechische Liberale in Waldbrandregionen. Formate wie solche können eine
559 europäische Identität stärken und helfen uns, wieder als zentrale europäisch
560 denkende Partei wahrgenommen zu werden.
- 561 • **Abschaffung eines Mindestalters bei den Jungen Liberalen:** Als Jugendorganisation
562 ist es unsere Aufgabe, alle jungen Menschen innerhalb der liberalen Familie zu
563 vertreten. Weiterhin ist es unsere Aufgabe, junge Menschen in einem
564 niedrigschwelligen Rahmen an das politische Engagement heranzuführen und ihnen
565 die Chance zu bieten, die politische Arbeit auszuprobieren, ohne dabei dem
566 starren, direkten und bindenden Rahmen der Partei ausgesetzt zu sein. Daher
567 fordern wir die Abschaffung des bisherigen Mindestbeitrittsalters von 14 Jahren
568 bei den Jungen Liberalen. Um die Arbeitsfähigkeit der gewählten Vorstandsebenen
569 zu gewährleisten, muss für Ämter jedoch die Eingrenzung eines Mindestalters
570 erfolgen, sofern ein solches zur Sicherstellung einer rechtskonformen
571 Geschäftsfähigkeit notwendig ist.

573 **4. Wir gehen voran: Reformen der JuLis Niedersachsen**

574 Wer Veränderungen einfordert, beginnt bei sich selbst. Wir wollen im Rahmen des
575 umfassenden Reformprozesses eine Vorbildfunktion einnehmen und selbst kritisch
576 hinterfragen. Auch wenn uns als Landesverband in der Tendenz weniger Aufmerksamkeit
577 und Gewicht zukommt, haben wir dennoch vielfältige Möglichkeiten, um proaktiv den
578 Wandel anzustoßen, den wir uns für die gesamte Partei wünschen. In Zukunft streben
579 wir bei uns selbst daher folgendes an:

- 580 • **Kritik bei Abweichung von Beschlusslage und Stillschweigen des BuVo:** Weicht die
581 Bundespartei von ihrer eigenen Bundesbeschlusslage oder jener der Jungen
582 Liberalen ab, ist die Kritik daran zuvorderst eine Aufgabe, welche dem
583 Bundesverband im Rahmen seines diesbezüglichen Mandats obliegt (siehe Kapitel
584 zur Rolle der Bundes-JuLis). Sollte der Bundesverband dieser Aufgabe jedoch aus
585 unserer Sicht nicht hinreichend nachkommen, wollen wir proaktiver auf den
586 Bundesverband hinwirken, dass dieser seiner kritischen Beobachterrolle
587 vollumfänglich nachkommt, und hierzu konstruktive Vorschläge unterbreiten.
- 588 • **Inklusive Verbandskultur (“Liberale Verbandskultur 2030”):** Das Einfordern einer
589 Partei der inhaltlichen und personellen Vielfalt beginnt unten an der Basis.
590 Insbesondere unsere strukturelle Schwäche bei Frauen stellt ein ernsthaftes
591 Problem dar. Vor diesem Hintergrund muss die Verbandskultur wesentlich
592 inklusiver werden. Dies beinhaltet u.a. ein Reflexionsprozess über die Art und
593 Weise von Veranstaltungsformaten. Mit Unterstützung des geschäftsführenden
594 Landesvorstands wollen wir alle Kreisverbände ermutigen, sich in einem
595 geeigneten Forum zusammenzuschließen und über best-practice Beispiele
596 auszutauschen (“Liberale Verbandskultur 2030”). Wo möglich soll diesen Foren
597 eine vorgelagerte Einbindung aller Basismitglieder auf Kreisebene vorangehen.
- 598 • **Konvent der Jungen Liberalen Frauen:** Wir wollen im Verlaufe des kommenden
599 Amtsjahrs einen (digitalen) Konvent für Frauen einberufen, in dem sie über
600 strukturelle Reformen beraten können. Das Ergebnis wird dem geschäftsführenden
601 Landesvorstand zur Kenntnis vorgelegt; er hat hierzu beim darauf folgenden
602 Landeskongress Rechenschaft abzulegen.
- 603 • **Klare Kritik bei Abweichung von Landesbeschlusslage:** Analog zu der
604 Erwartungshaltung, die wir bei einer Abweichung der Bundespartei von der
605 Bundesbeschlusslage an den Bundesverband der Jungen Liberalen stellen, sehen wir
606 uns selbst in dieser Pflicht und Verantwortung, sofern der Landesverband der FDP
607 von seiner eigenen oder unserer Landesbeschlusslage abweicht. In diesem Fall
608 sind wir bereit, intern wie auch öffentlich im Rahmen unserer Presse- und
609 Öffentlichkeitsarbeit dezidierte Kritik zu üben und klare Stellung zum
610 vorliegenden Sachverhalt zu beziehen. Auch hier muss dies ebenso in
611 Wahlkampfzeiten gelten.
- 612 • **Programmatische Mitarbeit für alle:** Im Rahmen des Bundestagswahlkampfes und damit
613 einhergehenden umfassenden Arbeitsprozessen ist im letzten Amtsjahr die
614 programmatische Mitarbeit für alle leider nur teilweise gelungen. Wir wollen in
615 Zukunft etwaige Formate wie den breiten Beteiligungsprozess vor dem Leit Antrag
616 zum “Liberalen Aufstiegsversprechen” verstetigen; aus den Erfahrungen dieses

617 Prozesses wollen wir gleichzeitig lernen und die Beteiligungsphasen z.B. mit
618 mehr begleitenden Angeboten - auch seitens des geschäftsführenden
619 Landesvorstands - ausbauen. Darüber hinaus streben wir in Zukunft (wieder)
620 vermehrte programmatische Veranstaltungen an, z.B. "LAK-Börsen" etc. Wir
621 erarbeiten hierfür ein umfassendes Konzept, über welches wir am Ende der
622 Amtsperiode Rechnung ablegen wollen.

623 • **Niedrigschwellige programmatische Mitarbeit:** Spiegelbildlich wollen wir die
624 Hürden für eine programmatische Mitarbeit senken, z.B. indem wir ein Starter-
625 Paket für Neumitglieder erstellen, welches u.a. ein "How-to-Mitarbeit" und eine
626 "JuLi-Vokabelliste" enthält.

627 • **Soziale Medien voll ausschöpfen - auch auf Landesebene:** Analog zu den
628 Forderungen auf Bundesebene wollen auch wir das "Liberale Grundgefühl" "Wir
629 glauben an dich!" / "Wir ermöglichen deine Möglichkeiten!" / "Konsequent Europa
630 - Jetzt erst Recht!" mit Leben füllen. Hierfür öffnen wir uns für TikTok und
631 erarbeiten eine umfassende Social-Media-Strategie. Über diese Strategie wollen
632 wir am Ende des kommenden Amtsjahres Rechnung ablegen.

633 • **KV.net wieder aufleben lassen:** Eine liberale Jugendorganisation erkennt auch
634 individuelle Lebenssituationen an. Auch wer örtlich ungebunden sein möchte,
635 wechselnde Wohnsitze hat oder außerhalb Niedersachsens oder gar Deutschlands
636 wohnt, soll bei uns seinen Platz finden können. Deshalb wollen wir den KV.net
637 als rein digitalen Kreisverband wieder aufleben lassen, der eine ortsungebundene
638 Partizipation und rein digitale Kreisverbandsarbeit in unserem Verband
639 ermöglicht.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag 2 01: Weil wir die Freiheit verteidigen müssen - 3% Prozent für Verteidigungsausgaben

Antragsteller*in:	KV Peine (Kreisverband), Tim Müller (KV Peine)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	2 - Innen, Recht & Sport

Der 87. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

1 Die geopolitische Lage hat sich in den letzten Jahren drastisch verändert. Besonders
2 durch die verstärkte Präsenz autoritärer Regime und die fortschreitende
3 Militarisierung in vielen Regionen der Welt sehen wir uns als Nation mit neuen,
4 realen Bedrohungen konfrontiert. Angesichts der sich zuspitzenden internationalen
5 Sicherheitslage und der Herausforderungen, die durch den Krieg in der Ukraine und
6 andere regionale Konflikte entstehen, ist es unerlässlich, dass Deutschland seine
7 Verteidigungsbereitschaft deutlich erhöht.

8 Die derzeitigen Ausgaben des Bundes für Verteidigung sind nicht ausreichend, um eine
9 glaubwürdige Abschreckung und eine effektive Landesverteidigung zu gewährleisten.
10 Unsere Bundeswehr muss in die Lage versetzt werden, nicht nur nationalen, sondern
11 auch internationalen Sicherheitsverpflichtungen nachzukommen.

12 Ziele:

13 1. **Erhöhung der Verteidigungsausgaben:** Wir fordern die Bundesregierung auf, den
14 Anteil der Verteidigungsausgaben auf mindestens 3% des BIP zu erhöhen, um die
15 Leistungsfähigkeit der Bundeswehr zu sichern.

16 2. **Modernisierung der Bundeswehr:** Die zusätzlichen Mittel sollen vor allem in die
17 Modernisierung von Ausrüstung, Technologie und Infrastruktur der Bundeswehr
18 investiert werden. Dies umfasst sowohl die Beschaffung von modernem Gerät als
19 auch die Verbesserung der Ausbildung und der sozialen Unterstützung für unsere
20 Soldatinnen und Soldaten.

21 3. **Sicherstellung der NATO-Verpflichtungen:** Mit dieser Erhöhung tragen wir dazu
22 bei, dass Deutschland seine NATO-Verpflichtungen einhält und somit eine stabile
23 und starke Allianz aufrechterhalten kann.

24 Forderungen:

- 25 • Die Bundesregierung soll unverzüglich einen Plan zur schrittweisen Erhöhung der
26 Verteidigungsausgaben auf 3% des BIP vorlegen.
- 27 • Es ist ein langfristiger Finanzplan erforderlich, der sicherstellt, dass diese
28 Mittel nachhaltig und effizient eingesetzt werden, um die Verteidigungsfähigkeit
29 Deutschlands und seiner Partner zu sichern.
- 30 • Dabei soll besonderes Augenmerk auf die Beschaffung von hochmoderner Ausrüstung,
31 wie etwa Luft- und Raketenabwehrsysteme sowie cybertechnische Abwehrkapazitäten,
32 gelegt werden.

33 Sunset-Klausel: 5 Jahre

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag 3 02: Erinnerung wach halten – KZ-Besuche für alle Schüler während ihrer Schulzeit

Antragsteller*in:	KV Ems-Vechte (Kreisverband), KV Ammerland-Oldenburg (Kreisverband), KV Diepholz (Kreisverband), Paul Kertscher (KV Ems-Vechte)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	3 - Bildung, Wissenschaft & Forschung

Der 87. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- 1 **Zusammenfassung:** Dieser Antrag fordert die verpflichtende Teilnahme von Schülerinnen
2 und Schülern an einem Besuch eines ehemaligen Konzentrationslagers (KZ), um das
3 historische Wissen über den Holocaust zu vertiefen und das Bewusstsein für die
4 Schwere der Verbrechen des Nationalsozialismus zu schärfen.
- 5 Die Jungen Liberalen sind zutiefst besorgt über die Ergebnisse einer kürzlich
6 durchgeführten Umfrage, die zeigen, dass etwa 10% der Jugendlichen in Deutschland
7 nicht wissen, was der Holocaust ist. Diese erschreckende Zahl verdeutlicht eine
8 zunehmende Lücke im historischen Wissen junger Menschen, die es dringend zu schließen
9 gilt, um das Andenken an die Opfer des Nationalsozialismus zu wahren und einer
10 Wiederholung der Geschichte vorzubeugen.
- 11 Um diesem alarmierenden Trend entgegenzuwirken, fordern die Jungen Liberalen, dass
12 alle Schülerinnen und Schüler während ihrer Schulzeit einen verpflichtenden Besuch
13 eines ehemaligen Konzentrationslagers (KZ) absolvieren. Ein solcher Besuch soll nicht
14 nur das historische Wissen erweitern, sondern auch ein tieferes Verständnis für die
15 Gräueltaten des Nationalsozialismus und die Bedeutung der Erinnerungskultur
16 vermitteln.
- 17 **Die JuLis fordern daher:**
- 18 Einen verpflichtenden Besuch eines ehemaligen Konzentrationslagers für alle
19 Schülerinnen und Schüler im Rahmen des schulischen Unterrichts.
- 20 Der Besuch soll Teil der Lehrpläne in Geschichte oder Sozialkunde sein und in enger
21 Zusammenarbeit mit den Gedenkstätten organisiert werden, um eine nachhaltige und
22 respektvolle Auseinandersetzung mit der Geschichte zu gewährleisten.
- 23 Eine Ergänzung der schulischen Bildung durch vorbereitende und nachbereitende
24 Unterrichtseinheiten, um den Besuch eines KZs didaktisch sinnvoll einzubetten.
- 25 **Sunset-Klausel:**
- 26 5 Jahre

Begründung

Die zunehmende Verbreitung rechter Ideologien und die Gleichgültigkeit gegenüber der Geschichte des Nationalsozialismus stellen eine ernsthafte Bedrohung für die demokratische Grundordnung dar. Es ist jedoch ein Trugschluss, zu glauben, dass diese Ideologien durch politische oder gesellschaftliche Gegenreaktionen allein effektiv bekämpft werden können. Um langfristig gegen extremistische Ansichten vorzugehen, bedarf es vor allem einer fundierten Bildung und Aufklärung.

Die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Holocausts und das Bewusstsein für die Schrecken des Nationalsozialismus können junge Menschen am besten vor gefährlichen Ideologien schützen. Ein verpflichtender KZ-Besuch während der Schulzeit ist eine notwendige Maßnahme, um die Erinnerung an die Opfer des Holocausts wach zu halten und den Schülerinnen und Schülern die Dimensionen des Unrechts erlebbar zu machen. Nur durch Bildung und historische Aufklärung kann verhindert werden, dass sich solche Verbrechen jemals wiederholen.

Antrag 3 05: Nie wieder ist jetzt & Wir sind das Volk – Beide Diktaturen auf deutschem Boden sind prüfungsrelevant

Antragsteller*in:	KV Region Hannover (Kreisverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	3 - Bildung, Wissenschaft & Forschung

Der 87. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- 1 **Zusammenfassung:** *Verpflichtender Besuch einer KZ-Gedenkstätte, sowie verpflichtende*
2 *prüfungsrelevanz von NS-Diktatur und DDR-Geschichte.*
- 3 Erinnerungskultur ist für die Jungen Liberalen nicht bloß ein Feigenblatt. Sie steht
4 unter Beschuss durch die extremen Rechte, die über Tiktok und Co. das Märchen einer
5 „Schuldkultur“ bis in die Köpfe von Jugendlichen und jungen Erwachsenen verbreitet.
6 Wer heute in Deutschland geboren wird trägt keine Schuld für die Verbrechen der NS-
7 Diktatur, wohl aber die Verantwortung, dass die Verbrechen des Nationalsozialismus
8 „nie wieder“ geschehen dürfen. Dies ist gesamtgesellschaftliche Aufgabe aller
9 Demokratinnen und Demokraten.
- 10 Für die Jungen Liberalen ist völlig selbstverständlich, dass der Geschichtsunterricht
11 für den Fortbestand der Erinnerungskultur eine unverzichtbare Rolle spielt.
12 Gleichwohl ist uns wichtig, dass die jungen Generationen, die nie eine Diktatur
13 erlebt haben, die bestmögliche Bildung zu beiden Diktaturen auf deutschem Boden
14 erhalten. Dass 40% der befragten Deutschen von 18-29 (Jewish Claims Conference, 2025)
15 nicht wussten, dass 6 Millionen Jüdinnen und Juden durch die Nationalsozialisten
16 ermordet wurden ist ein nicht hinnehmbarer Tiefstand der historischen Bildung unseres
17 Landes. Dazu kommt, dass beinahe zwei Drittel der west- und mehr als zwei Drittel der
18 ostdeutschen Schülerinnen und Schülern bis zum Abitur kein einziges Mal mit den
19 Verbrechen des SED-Unrechtsregimes schulisch konfrontiert wurden.
- 20 Im Ergebnis ist es schwer verwunderlich, wenn jüngste Erhebungen bei der
21 Wahlpräferenz zur Bundestagswahl die Parteien der extremen Rechten und extremen
22 Linken ganz vorne sehen – nachvollziehbarer Frust gegenüber etablierten Parteien
23 stößt auf mangelnde politisch-historische Urteilsfähigkeit.
- 24 Konkret fordern wir:
- 25 • Hinsichtlich einer nahenden Zukunft ohne Zeitzeugen der NS-Verbrechen sind der
26 **verpflichtende Besuch einer KZ-Gedenkstätte** sowie die verbindliche Integration
27 **projekt- und schülerorientierter Konzepte**, die die Gräueltaten der **Nazi-Diktatur**
28 **emotional begreifbar** machen für uns Minimalstandards historischer Bildung, die
29 landesweit und schulformübergreifend gelten sollen. Die Prüfungsrelevanz der NS-
30 Diktatur muss verbindlich im Kerncurriculum Geschichte verankert bleiben.
 - 31 • Angesichts der seit Jahrzehnten nachweisbaren Defizite beim Wissen über die SED-
32 Diktatur und den sogenannten „Realsozialismus“ in der DDR fordern wir die
33 **prüfungsrelevante Verankerung der DDR-Geschichte** im Kerncurriculum Geschichte
- 34 Sunset-Klausel: 5 Jahre

Begründung

mündlich

Antrag 7 01: Lösungen statt Symbolpolitik – Verhandlungen mit den Taliban für geordnete Rückführungen nach Afghanistan

Antragsteller*in:	KV Celle (Kreisverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	7 - Europa & Internationales

Der 87. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

1 Mit der Machtübernahme der Taliban am 15. August 2021 sind die deutsch-afghanischen
2 Beziehungen auf einem Tiefpunkt angelangt. Deutschland erkennt richtigerweise das
3 brutale Taliban-Regime nicht an und hat die bisherige Entwicklungszusammenarbeit
4 ausgesetzt. Gleichwohl setzen aber Rückführungen von abgelehnten Asylbewerbern
5 Verhandlungen mit dem Herkunftsland voraus. Seit der Machtübernahme der Taliban wurde
6 lediglich ein Abschiebeflug mit 28 Männern nach Kabul unternommen. Darunter befanden
7 sich auch Gefährder, denen die Sicherheitsbehörden schwere Straftaten zutrauen. Um
8 die Bevölkerung vor Schwerstkriminellen und Gefährdern zu schützen und zugleich eine
9 geordnete Migration zu ermöglichen, sind aber regelmäßige Abschiebeflüge nach
10 Afghanistan unabdingbar.

11 Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern daher:

12 Die Bundesregierung soll unverbindliche Sondierungsgespräche mit den Taliban
13 aufnehmen, um regelmäßige und geordnete Rückführungen, insbesondere von Straftätern,
14 wieder nach Afghanistan zu ermöglichen. Eine offizielle Anerkennung des Taliban-
15 Regimes ist aber zu unterbleiben. Dabei soll sich Deutschland eng mit seinen
16 europäischen Partnern abstimmen und zugleich andere Staaten wie Katar als Vermittler
17 nutzen. Sofern Abschiebungen möglich werden, soll besonders intensiv geprüft werden,
18 ob der Asylbewerber einer politischen Verfolgung in Afghanistan ausgesetzt wäre.

19 **Sunset-Klausel:**

20 1 Jahr

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag 2 03: Briefwahl+ / Die digitale Wahl

Antragsteller*in:	LAK Wirtschaft & Digitales (Landesarbeitskreis), LAK Renew Democracy (Landesarbeitskreis), Pascal Mormann (KV Osnabrück-Land)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	2 - Innen, Recht & Sport

Der 87. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

1 Präambel

Die Digitalisierung bietet enorme Chancen, demokratische Prozesse effizienter, barrierefreier und bürgerfreundlicher zu gestalten. Während viele Lebensbereiche längst digitalisiert sind, bleibt unser Wahlsystem weitgehend analog. Die Briefwahl stellt eine wichtige Möglichkeit dar, die Wahlbeteiligung zu erhöhen – doch sie ist anfällig für Verzögerungen, hohe Kosten und logistische Herausforderungen.

Wir Junge Liberale Niedersachsen setzen uns dafür ein, dass Deutschland die digitalen Möglichkeiten nutzt, um eine sichere, moderne und zugängliche Briefwahloption einzuführen. Inspiriert vom estnischen Modell des i-Votings schlagen wir vor, dass Bürgerinnen und Bürger zusätzlich zur klassischen Briefwahl eine digitale Briefwahl über ein sicheres Online-Portal nutzen können.

1. Einführung der digitalen Briefwahl als Alternative zur klassischen Briefwahl

Wir fordern die schrittweise Einführung einer digitalen Briefwahl, die ausschließlich als Ergänzung zur bestehenden Briefwahl dient. Dieses System soll genutzt werden für:

- **Bundestagswahlen:** Sicherstellung einer digitalen Stimmabgabe für Briefwähler.
- **Landtagswahlen:** Ergänzung der Briefwahl durch eine digitale Alternative.
- **Kommunalwahlen:** Erprobung der digitalen Briefwahl auf lokaler Ebene.

Das herkömmliche Wählen im Wahllokal bleibt unangetastet, und die digitale Stimmabgabe ersetzt nicht die persönliche Wahl, sondern bietet eine alternative Form der Briefwahl.

2. Sicherheit, Transparenz und Datenschutz als oberste Priorität

Ein digitales Wahlsystem muss höchsten Sicherheits- und Transparenzstandards entsprechen:

- Zugang über eine sichere digitale Identität (z. B. den Online-Ausweis oder die eID).
- Ende-zu-Ende-Verschlüsselung zur Wahrung der Anonymität.
- Blockchain-Backup zur sicheren Nachvollziehbarkeit und Manipulationsprävention.
- Öffentliche Überprüfbarkeit, ohne das Wahlgeheimnis zu gefährden.

3. Zuständigkeit des Bundesamts für Sicherheit in der

31 **Informationstechnik (BSI)**

32 Die Sicherheit und Wartung des digitalen Briefwahlsystems liegt in der Verantwortung
33 des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). Das BSI übernimmt:

- 34 • Die technische Verwaltung und Wartung des Wahlsystems.
- 35 • Die Weiterentwicklung der Sicherheitsarchitektur in Zusammenarbeit mit
36 unabhängigen IT-Experten.
- 37 • Regelmäßige Audits und Penetrationstests, um Manipulationsversuche frühzeitig zu
38 erkennen.
- 39 • Kooperation mit Forschungseinrichtungen zur kontinuierlichen Verbesserung der
40 Wahlsicherheit.

41 **4. Pilotprojekte zur schrittweisen Einführung**

42 Zur sicheren Einführung der digitalen Briefwahl fordern wir:

- 43 • Erste Tests auf kommunaler Ebene, um technische Herausforderungen frühzeitig zu
44 identifizieren.
- 45 • Schrittweise Ausweitung auf Landtags- und Bundestagswahlen, wenn die Sicherheit
46 gewährleistet ist.
- 47 • Wissenschaftliche Begleitung, um Manipulationsversuche zu minimieren.
- 48 • Regelmäßige Evaluation nach jeder Wahl, um das System kontinuierlich zu
49 verbessern

50 **Kostengegenüberstellung: Briefwahl vs. digitale Briefwahl (i-Voting)**

51 Die digitale Briefwahl kann langfristig Kosten senken, indem sie Druck-, Versand- und
52 Bearbeitungskosten reduziert. Während die klassische Briefwahl pro Wahlgang ca. **60–70**
53 **Mio. Euro** kostet, entstehen bei der digitalen Briefwahl einmalige Entwicklungskosten
54 von **10–20 Mio. Euro** sowie geringen laufenden Kosten.

55 Einsparungen ergeben sich durch:

- 56 • Entfall von Druck-, Kuvertierungs- und Portokosten.
- 57 • Reduzierung des Personalaufwands für Bearbeitung und Auszählung.
- 58 • Automatisierte, effiziente und sichere Stimmabgabe.

59 Langfristig führt die digitale Briefwahl zu einer effizienteren und kostengünstigeren
60 Wahlorganisation.

61

62 Sunset Klausel: 5 Jahre

Begründung

Begründung schriftlich (kurz) + mündlich

Mit der digitalen Briefwahl nach estnischem Vorbild ermöglichen wir eine moderne und sichere Stimmabgabe, die besonders für Vielreisende, im Ausland lebende Deutsche und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen eine erhebliche Erleichterung bietet.

Durch die Zuständigkeit des BSI gewährleisten wir eine nachhaltige, staatlich überwachte und technisch abgesicherte Umsetzung. Die Einführung erfolgt schrittweise und sicher, ohne fundamentale demokratische Prinzipien zu gefährden.

Zudem ergeben sich Einsparungen durch:

- Entfall von Druck-, Kuvertierungs- und Portokosten.
- Reduzierung des Personalaufwands für Bearbeitung und Auszählung.
- Automatisierte, effiziente und sichere Stimmabgabe.

Antrag 6 04: Mehr Mobilität auf der Straße – Erhöhung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit für Leichtkraftfahrzeuge auf 50 km/h

Antragsteller*in:	KV Ems-Vechte (Kreisverband), KV Ammerland-Oldenburg (Kreisverband), Paul Kertscher (KV Ems-Vechte)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	6 - Umwelt, Landwirtschaft & Verkehr

Der 87. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- 1 **Zusammenfassung:** *Antrag zur Erhöhung der Höchstgeschwindigkeit für*
- 2 *Leichtkraftfahrzeuge auf 50 km/h, um die Fahrsicherheit zu erhöhen, die Mobilität zu*
- 3 *fördern und eine bessere Integration in den Straßenverkehr zu ermöglichen.*
- 4 Die Jungen Liberalen fordern die Erhöhung der Höchstgeschwindigkeit für
- 5 Leichtkraftfahrzeuge von 45 km/h auf 50 km/h und eine Anpassung der
- 6 Zulassungsvoraussetzungen, um die Fahrzeuge sicher an die neue Geschwindigkeit
- 7 anzupassen.
- 8 **Sunset-Klausel:**
- 9 5 Jahre

Begründung

Die aktuelle Begrenzung auf 45 km/h ist nicht mehr zeitgemäß. Moderne Leichtkraftfahrzeuge können sicher 50 km/h erreichen und würden mit der Erhöhung besser in den Straßenverkehr integriert. Dies verringert gefährliche Überholmanöver und fördert die Mobilität der Fahrer. Gleichzeitig wird die technische Entwicklung der Fahrzeuge gestärkt.

Antrag 8 01: AI-Act Reloaded – Für eine smarte und liberale KI-Regulierung

Antragsteller*in:	KV Peine (Kreisverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	8 - Digitales, Medien & Kultur

Der 87. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

1 Die JuLis Niedersachsen stehen der Einführung der EU-Verordnung über künstliche
2 Intelligenz („AI-Act“) kritisch gegenüber. Es werden Definitionen und Regulierungen
3 für KI-Systeme getroffen, die teilweise noch gar nicht existieren. Während der AI-Act
4 grundsätzlich sinnvolle Regulierungen zur Vermeidung von Missbrauch und
5 Diskriminierung vorsieht, gehen einige seiner Maßnahmen über das Ziel hinaus und
6 gefährden zentrale liberale Werte.

7 Konkret fordern wir daher eine Anpassung des AI-Acts in folgenden Punkten:

8 **Keine Überregulierung von KI-Innovationen**

9 Strenge Regulierungen erschweren es Start-ups und kleineren Unternehmen,
10 konkurrenzfähig zu bleiben. Dies führt dazu, dass nur große Unternehmen mit
11 Ressourcen für Compliance mithalten können, was zu einer Marktkonzentration führt.

12 Die Einstufung von KI-Systemen als „Hochrisiko“ darf deshalb nicht dazu führen, dass
13 Innovation durch übermäßige Bürokratie ausgebremst wird. Die Definition von
14 Hochrisiko-KI muss klarer gefasst werden, um nur tatsächlich sicherheitskritische
15 Anwendungen zu erfassen. Start-ups und KMUs müssen von einem erleichterten
16 Prüfverfahren profitieren, um sicherzustellen, dass nicht nur große Konzerne am Markt
17 bestehen können.

18 **Keine Einschränkung von Open-Source-KI**

19 Open-Source-Entwicklung muss von strikten Haftungsregelungen ausgenommen werden, um
20 Innovation und Transparenz zu fördern. Die Verpflichtung zur Offenlegung von
21 Trainingsdaten und Algorithmen sollte nicht in einer Weise erfolgen, die die Rechte
22 von Entwicklern verletzt oder Geschäftsgeheimnisse gefährdet.

23 **Kein Türöffner für Massenüberwachung**

24 Wir lehnen die im AI-Act vorgesehene Möglichkeit des Einsatzes biometrischer
25 Echtzeit-Überwachung im öffentlichen Raum strikt ab. Dies widerspricht der liberalen
26 Idee einer offenen Gesellschaft ohne Generalverdacht. Auch wenn diese Überwachung auf
27 schwere Straftaten beschränkt ist, sehen wir das Missbrauchspotential durch
28 staatliche Stellen als zu hoch an.

29 **Mehr Rechtssicherheit für Unternehmen und Bürger**

30 Unklare Begriffe und unpräzise Definitionen im AI-Act führen zu rechtlicher
31 Unsicherheit. Wir fordern eine Präzisierung der Bestimmungen, insbesondere bei den
32 Begriffen „Hochrisiko-KI“, „und „vertrauenswürdige KI“. Unternehmen und Entwickler
33 brauchen klare, unbürokratische Regeln, um die Einhaltung der Vorschriften
34 sicherzustellen, ohne dass Innovationen gehemmt werden

35 Sunset Klausel: 5 Jahre

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag 2 02: Abschaffung der Altersgrenze für „BF17- Begleiter“ – Alter Kompetenz

Antragsteller*in:	KV Celle (Kreisverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	2 - Innen, Recht & Sport

Der 87. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

1 Derzeit müssen beim „begleiteten Fahren ab 17“ Begleitpersonen mindestens 30 Jahre
2 alt sein und mindestens fünf Jahre eine Fahrerlaubnis der Klasse B besitzen.
3 Hierdurch wird der Kreis möglicher Begleitpersonen erheblich reduziert und einigen
4 jungen Menschen sogar die Möglichkeit des begleiteten Fahrens komplett genommen. Ohne
5 eine geeignete Begleitperson besteht die Gefahr, dass Fahranfänger ihre erlernten
6 Fähigkeiten nicht weiter festigen und durch mangelnde Praxis wieder verlernen, was
7 nicht im Sinne der Verkehrssicherheit sein kann.

8 Die bisherige Altersgrenze und die Mindestbesitzdauer der Fahrerlaubnis für „BF17-
9 Begleiter“ sind willkürlich und stellen keine verlässlichen Indizien für
10 Fahrkompetenz oder Verantwortungsbewusstsein dar. Durch die Probezeit können auch
11 jüngere Fahrer, die weniger als fünf Jahre im Besitz eines Führerscheins sind, ihr
12 Pflichtbewusstsein und ihre verkehrssichere Fahrweise unter Beweis stellen. Selbst
13 Fahrlehrer dürfen bereits mit 21 Jahren Praxisunterricht geben. Warum sollte dann
14 z.B. ein 25-Jähriger nicht eine siebzehnjährige Person begleiten dürfen, die sogar
15 schon die theoretische und praktische Fahrprüfung bestanden hat.

16 Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern daher:

17 Die Altersgrenze von 30 Jahren und die Mindestbesitzdauer der Fahrerlaubnis von fünf
18 Jahren für „BF17-Begleiter“ soll abgeschafft werden. Dafür soll bereits das
19 Absolvieren der zweijährigen Probezeit genügen, um sich als Begleitperson zu
20 qualifizieren.

21 **Sunset-Klausel:**

22 3 Jahre

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag 4 02: Indirekte Verschuldung aufdecken – Doppische Buchführung

Antragsteller*in:	KV Region Hannover (Kreisverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	4 - Wirtschaft, Finanzen & Arbeit

Der 87. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- 1 **Zusammenfassung:** *Einführung der doppischen Buchführung für öffentliche Haushalte.*
- 2 Es ist eine allzu bekannte Situation: Die SDP gibt einen großen Teil des Haushalts
3 für Soziales aus, während die Union gerne einen großen Teil des Haushalts für
4 klimaschädliche Subventionen veralteter Technologien ausgibt. Beide Seiten behaupten,
5 es würden hohe Summen zu notwendigen Investitionen, wie zum Beispiel Forschung,
6 allokiert werden. Beiden Seiten haben nicht Unrecht – es sind in der Tat hohe Summen.
7 Das grundlegende Problem ist die fehlende Relation.
- 8 Wie viel genau investiert werden sollte, kann man in individuellen Fällen nicht immer
9 wissen. Trotzdem gibt es eine Leitlinie, an der man sich orientieren sollte:
- 10 Wenn man den aktuellen Stand
- 11 1. erhalten will, sollte so viel investiert werden, wie abgeschrieben wird.
12 2. reduzieren will, sollte weniger investiert werden, als abgeschrieben wird.
13 3. steigern möchte, sollte mehr investiert werden, als abgeschrieben wird.
- 14 Leider gibt es diese Relation – Investitionen zu Abschreibungen – nicht unbedingt, da
15 öffentliche Haushalte nicht die gleiche (doppische) Buchführung wie Firmen anwenden.
16 Während Firmen durch die doppische Buchführung wissen, wie viel abgeschrieben wurde,
17 ist das bei der für öffentliche Haushalte klassischen kameralen Buchführung nicht
18 einsehbar. Dies hat zur Folge, dass der Wertverzehr und die daraus resultierende
19 implizite Verschuldung weder für Politiker, noch für die Bevölkerung transparent ist.
20 In der Konsequenz können beide Gruppen keine fundierten Entscheidungen treffen.
- 21 Die doppische Buchführung ist kein Garant für eine effiziente Haushaltsführung oder
22 mehr Investitionen. In erster Linie wird sie einen gewissen Mehraufwand bedeuten,
23 welcher auch finanziell zu erkennen sein wird. Wenn die Bevölkerung aber die Politik
24 fundiert bewerten können soll, dann ist sie notwendig. Nur mit dem Wissen, wie viel
25 in einer Periode abgeschrieben wurde, kann die Bevölkerung die Aussagen und Taten von
26 Politikern einordnen, denn
- 27 “Dieses Jahr wurden 30 Millionen Euro in Schulen investiert” und
28 “Dieses Jahr wurden 30 Millionen Euro in Schulen investiert, während bei Schulen eine
29 Abschreibung von 40 Millionen Euro stattfand”
30 sind zwei unterschiedliche Aussagen.
- 31 **Deswegen fordern wir**
- 32 • die Einführung der doppischen Buchführung für die Bundesländer, die dies noch
33 nicht gemacht haben, sowie für den Bund
- 34 • eine öffentlich zugängliche, transparente Aufführung der abgeschriebenen Summen

- 35 aufgeschlüsselt nach Sektoren gepaart mit einer analogen Aufführung der
36 jeweiligen investierten Summen
- 37 • dass die jährlichen Nettoinvestitionen des Bundes für kriegsrelevante
38 Infrastruktur bei mindestens +0,01 % liegen. Darunter fallen neben der
39 Infrastruktur der Bundeswehr auch die zum Transport von Truppen notwendige
40 Infrastruktur, wie Brücken und Schienen.
- 41 Sunset-Klausel: 5 Jahre

Begründung

mündlich

Antrag 3 01: Vielfalt statt Einheitsweg: Ausbildungs-Kollegs als Schlüssel zur Zukunft

Antragsteller*in:	LAK Bildung (Landesarbeitskreis), Jordan Harbig (KV Region Hannover), Pascal Mormann (KV Osnabrück-Land)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	3 - Bildung, Wissenschaft & Forschung

Der 87. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

1 Das deutsche Bildungssystem benötigt eine grundlegende Reform, um international
2 konkurrenzfähig zu bleiben und jungen Menschen mehr Wahlfreiheit sowie bessere
3 Anschlussmöglichkeiten an Hochschulen zu bieten. Die duale Ausbildung ist ein
4 bewährtes Modell, doch sie ist zu starr, bürokratisch und nicht optimal auf moderne
5 Anforderungen abgestimmt.

6 Wir fordern daher die Einführung spezialisierter Ausbildungs-Kollegs, die eine
7 flexible, modulare Ausbildung ermöglichen. Diese Kollegs sollen sich auf bestimmte
8 Fachrichtungen konzentrieren oder interdisziplinäre Ansätze verfolgen. Durch die
9 Einführung von international anerkannten Associate-Abschlüssen wird die Ausbildung
10 durchlässiger und attraktiver. Zusätzlich sollen die Kollegs für lebenslange
11 Weiterbildung geöffnet werden.

12 **1. Einführung von Ausbildungs-Kollegs mit mehreren** 13 **Fachrichtungen**

14 Anstelle der bisherigen Berufsschulen sollen moderne Ausbildungs-Kollegs geschaffen
15 werden. Diese können entweder auf eine spezifische Branche ausgerichtet sein oder
16 mehrere Fachrichtungen unter einem Dach vereinen.

17 **Beispiele für spezialisierte Kollegs:**

- 18 • **Technologie-Kollegs** (z. B. IT, Maschinenbau, Elektrotechnik, Robotik)
- 19 • **Wirtschafts-Kollegs** (z. B. BWL, Logistik, Finanzwesen, Marketing)
- 20 • **Gesundheits-Kollegs** (z. B. Pflege, Pharmazie, Medizinische Assistenz)
- 21 • **Kreativ-Kollegs** (z. B. Design, Medien, Kunsthandwerk)
- 22 • **Sozial- und Bildungs-Kollegs** (z. B. Erziehung, Soziale Arbeit, Psychologie)

23 **Beispiele für multidisziplinäre Kollegs:**

- 24 • **Kolleg für Technologie & Wirtschaft** (Ingenieurwesen, IT, BWL, Logistik)
- 25 • **Kolleg für Gesundheit & Soziales** (Pflege, Pharmazie, soziale Arbeit)
- 26 • **Kolleg für Medien & Kreativwirtschaft** (Design, Marketing, Filmproduktion)

27 Mehr Wahlmöglichkeiten und flexible Wechsel zwischen Disziplinen
28 Unternehmen profitieren von Absolventen mit interdisziplinären Kompetenzen
29 Schnellere Reaktion auf neue Marktanforderungen

30 **2. Universitäten können eigene Ausbildungs-Kollegs gründen**

31 Um die Durchlässigkeit zwischen dualer Ausbildung und Studium zu verbessern, sollen
32 Universitäten und Fachhochschulen die Möglichkeit haben, eigene Ausbildungs-Kollegs
33 zu gründen.

34 • Diese Kollegs wären direkt an die Hochschule angebunden und könnten Associate-
35 Abschlüsse vergeben.

36 • Studierende könnten nach ihrem Abschluss einfacher in Bachelor-Programme
37 wechseln.

38 • Praxisphasen würden weiterhin in Kooperation mit Unternehmen organisiert.

39 Mehr akademische Anschlussfähigkeit für duale Absolventen

40 Hochschulen nutzen bestehende Infrastruktur effizient

41 Möglichkeit eines verkürzten Studiums nach dem Associate-Abschluss

42 **3. Neuordnung der Kammern – Rahmgebung statt Prüfungsmonopol**

43 Die Kammern sollen weiterhin Qualitätsstandards für die Praxisphasen definieren, aber
44 keine eigenen Abschlussprüfungen mehr abnehmen. Betroffen sind:

45 • Industrie- und Handelskammern (IHK)

46

47 • Handwerkskammern (HWK)

48

49 • Landwirtschaftskammern (LK)

50

51 • Ärztekammern

52

53 • Zahnärztekammern

54

55 • Apothekerkammern

56

57 • Rechtsanwaltskammern

58

• Steuerberaterkammern

• Die Kammern legen Mindestanforderungen für Praxisanteile fest.

• Betriebe können Praxissemester oder praxisnahe Module individuell gestalten,
müssen diese aber von den Kammern genehmigen lassen.

• Abschlussprüfungen werden von den Ausbildungs-Kollegs selbst erstellt und
durchgeführt. Dabei orientieren sie sich an festgelegten Kompetenzstandards und
werden regelmäßig evaluiert, um eine hohe Ausbildungsqualität sicherzustellen.

59 Flexibilität und Innovationskraft ohne Qualitätsverlust.

60 **4. Einführung differenzierter Associate-Abschlüsse**

61 Am Ende der Ausbildung erhalten Studierende einen Associate-Abschluss, der ihre
62 Spezialisierung widerspiegelt. Dies ermöglicht eine internationale Vergleichbarkeit
63 und präzisere Einordnung der Qualifikationen:

- 64 1. **Associate of Science (A.Sc.)** – Für technisch-naturwissenschaftliche Berufe.
- 65 2. **Associate of Applied Science (A.A.Sc.)** – Für praxisorientierte Berufe mit
66 starkem Technologiebezug.
- 67 3. **Associate of Business & Management (A.B.M.)** – Für wirtschaftliche und
68 unternehmerische Berufe.
- 69 4. **Associate of Finance & Accounting (A.F.A.)** – Für kaufmännische und
70 finanzwirtschaftliche Berufe.
- 71 5. **Associate of Technology (A.T.)** – Für Berufe mit besonderem Technikbezug, z. B.
72 IT oder Ingenieurwesen.
- 73 6. **Associate of Engineering (A.Eng.)** – Für ingenieurwissenschaftliche Berufe wie
74 Kfz-Mechatronik oder Elektrotechnik.
- 75 7. **Associate of Health Sciences (A.H.Sc.)** – Für medizinische und pflegerische
76 Berufe.
- 77 8. **Associate of Social Work (A.S.W.)** – Für soziale und pädagogische Berufe.
- 78 9. **Associate of Media & Arts (A.M.A.)** – Für kreative, künstlerische und
79 medienbezogene Berufe.
- 80 10. **Associate of Public Administration (A.P.A.)** – Für Verwaltungs- und öffentliche
81 Dienstberufe.
- 82 11. **Associate of Arts (A.A.)** – Für geisteswissenschaftliche, sprachliche und
83 interdisziplinäre Studien.
- 84 12. **Associate of Fine Arts (A.F.A.)** – Für künstlerische und kreative Berufe, z. B.
85 Malerei, Musik, Theater.
- 86 13. **Associate of Liberal Arts (A.L.A.)** – Für breit angelegte interdisziplinäre
87 Studiengänge mit Schwerpunkt auf Philosophie, Geschichte, Soziologie und
88 Kulturwissenschaften.

89 Internationale Vergleichbarkeit, bessere Anerkennung und flexiblere Karrierewege.

90 **5. Öffnung der Ausbildungs-Kollegs für lebenslange Weiterbildung**

- 91 • Die Kollegs sollen für lebenslanges Lernen geöffnet werden, ähnlich wie die
92 Volkshochschulen (VHS).
- 93 • Berufstätige können später einzelne Kurse belegen, um sich weiterzubilden.
- 94 • Zusatzqualifikationen, Umschulungen und Spezialisierungen werden modular
95 angeboten.
- 96 • Unternehmen können ihre Mitarbeiter gezielt durch berufs begleitende Kurse
97 weiterqualifizieren.

98 Mehr lebenslanges Lernen und flexiblere Karrieremöglichkeiten.

99 **6. Finanzierung: Kostenlos für Studierende, nachhaltig für den**
100 **Staat**

- 101 • Steuerfinanzierung wie bei Universitäten (Umschichtung von Berufsschulbudgets).
 - 102 • Beteiligung der Unternehmen, die Praxissemester anbieten oder in einen
103 Ausbildungsfonds einzahlen.
 - 104 • Geringe Semesterbeiträge (z. B. 100-300 €) zur Deckung administrativer Kosten.
 - 105 • Einnahmen durch Weiterbildungskurse, die für Berufstätige kostenpflichtig sein
106 können.
 - 107 • EU-Fördermittel für Bildungsinnovation und berufliche Weiterbildung.
- 108 Studierende zahlen nichts oder nur einen geringen Semesterbeitrag, das System bleibt
109 nachhaltig finanzierbar.
- 110 Sunset-Klausel: 5 Jahre

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag 6 01: Fahrsicherheit statt Formularchaos – Schluss mit der Aufstiegsprüfung für A1, A2 und A!

Antragsteller*in:	KV Ems-Vechte (Kreisverband), KV Diepholz (Kreisverband), Paul Kertscher (KV Ems-Vechte), Justin Schnabl (KV Diepholz)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	6 - Umwelt, Landwirtschaft & Verkehr

Der 87. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

1 **Zusammenfassung:** Dieser Antrag fordert die Abschaffung der Aufstiegsprüfung für die
2 Führerscheinklassen A1, A2 und A, um mehr Fahrsicherheit zu fördern und die
3 bürokratischen Hürden zu beseitigen.

4 Die Jungen Liberalen sind der Überzeugung, dass die bestehende Regelung zur
5 Aufstiegsprüfung von der Führerscheinklasse A1 zur A2 sowie von A2 auf A nicht mehr
6 zeitgemäß ist. Der Umstieg auf die höhere Führerscheinklasse mit einer weiteren
7 Prüfung führt nicht nur zu unnötigem bürokratischem Aufwand, sondern belastet junge
8 Menschen auch finanziell und administrativ. Zudem könnte die Abschaffung der
9 Aufstiegsprüfung sogar positive Auswirkungen auf die Fahrsicherheit haben, da junge
10 Fahrer durch mehr praktische Erfahrung und weniger bürokratische Hürden eher zu
11 verantwortungsbewussten und sicheren Fahrern werden.

12 **Die JuLis fordern daher:**

13 Die Abschaffung der Aufstiegsprüfung von der Führerscheinklasse A1 zur A2 und von A2
14 zur Führerscheinklasse A.

15 Stattdessen soll der direkte Zugang zur nächsthöheren Führerscheinklasse nach einer
16 bestimmten Mindestfahrpraxis möglich sein, die sich an den bisherigen Voraussetzungen
17 für den Erwerb der Aufstiegsprüfung orientiert (z. B. eine Mindestfahrpraxis von 2
18 Jahren für A2 oder 3 Jahren für A).

19 Eine Vereinfachung des Prozesses, der es jungen Motorradfahrern ermöglicht, schneller
20 und kostengünstiger auf die unbeschränkten Führerscheinklassen A2 bzw. A zu wechseln.

21 **Sunset-Klausel:**

22 5 Jahre

Begründung

Erfolg mündlich.

Antrag 7 05: Zukunft sichern: Reform der Vereinten Nationen

Antragsteller*in:	Niklas Schürmann (KV Wolfsburg), Mattes Bauer (KV Göttingen), Lukas Kamm (KV Braunschweig)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	7 - Europa & Internationales

Der 87. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

1 Die Jungen Liberalen Niedersachsen erkennen die Bedeutung der Vereinten Nationen als
2 globales Forum und Organisation zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen
3 Sicherheit, der sich nahezu alle Staaten als Mitglieder freiwillig angeschlossen
4 haben, an. Trotz der herausragenden Bedeutung der Vereinten Nationen hat die
5 Organisation auch Schwächen, weswegen wir Strukturreformen als unausweichlich
6 ansehen, um die Funktionsfähigkeit der Vereinten Nationen zu verbessern und sie an
7 die sich wandelnden globalen Realitäten anzupassen.

8 Die Jungen Liberalen Niedersachsen begrüßen, dass es Reformbemühungen mittels dem im
9 September 2024 verabschiedeten sogenannten Zukunftspakt der Vereinten Nationen gibt,
10 aber halten diese angesichts der vielen (strukturellen) Herausforderungen für nicht
11 ausreichend. Wir fordern zudem eine klare Positionierung der Vereinten Nationen zu
12 Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten.

13 **1. Stärkung des Internationalen Gerichtshofs**

14 Das Ziel der Vereinten Nationen muss es sein, dafür zu sorgen, dass die
15 Rechtsstaatlichkeit schwerer wiegt, als das Recht des Stärkeren. Dazu braucht es
16 unabhängige und unparteiische Gerichte, die in zwischenstaatlichen völkerrechtlichen
17 Streitfällen für alle Parteien verbindliche und verhältnismäßige Urteile treffen
18 können. Von besonderer Bedeutung ist deshalb der Internationale Gerichtshof (IGH).
19 Aktuell ist der IGH nur befugt, über eine Rechtsstreitigkeit zu entscheiden, wenn und
20 soweit die Parteien seine Zuständigkeit anerkennen. Dies beeinträchtigt die
21 Durchsetzungsfähigkeit des Völkerrechts. Deshalb fordern wir langfristig eine Reform
22 der Charta der Vereinten Nationen, sodass der IGH zukünftig auch ohne vorherige
23 Unterwerfungserklärung der Parteien zuständig ist und über alle Aspekte einer
24 Rechtsstreitigkeit eine für alle Streitparteien verbindliche Entscheidung treffen
25 kann. Kurz- und mittelfristig fordern wir die Förderung freiwilliger
26 Unterwerfungserklärungen gemäß Art. 36 Abs. 2 UN-Charta durch gezielte Anreize wie
27 die Verknüpfung mit Entwicklungszusammenarbeit oder wirtschaftlichen Partnerschaften.
28 Des Weiteren könnte kurz- und mittelfristig die Zuständigkeit des IGH für
29 vordefinierte Rechtsstreitigkeiten in Abkommen und multilateralen Verträgen geregelt
30 werden. Die Zuständigkeit entfällt nur für Streitigkeiten aus Verträgen, für welche
31 die Zuständigkeit des IGH ausgeschlossen ist und stattdessen ein
32 Streitschlichtungsmechanismus geschaffen wurde. Zudem sollte, wenn die Zulässigkeit
33 mancher Vorbehalte umstritten ist, die Reichweite seiner Unterwerfung bzw. die
34 Zulässigkeit von Vorbehalten aus Gründen der staatlichen Souveränität weiterhin
35 möglich sein. Insbesondere sollten die Verhältnismäßigkeit und der Anti-
36 Diskriminierungsgrundsatz gewahrt bleiben. Des Weiteren sollten zwischenstaatliche
37 Organisationen, soweit sie mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestattet sind, auch
38 vor dem IGH klagen und verklagt werden können.

39 **2. Reform des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen**

40 Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ist international das einzige Organ,
41 welches das Völkerrecht mit global verbindlichen Zwangsmaßnahmen durchsetzen und so
42 einen entscheidenden Beitrag zum Weltfrieden und zur Achtung der Menschenrechte
43 leisten könnte. Leider ist der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen aufgrund des
44 Vetorechts massiv in seinen Handlungen eingeschränkt, weswegen wir die Abschaffung
45 des derzeit existierenden Vetorechts fordern. Alle Beschlüsse des Sicherheitsrats der
46 Vereinten Nationen müssen zudem vor dem IGH auf ihre Vereinbarkeit mit der Charta der
47 Vereinten Nationen überprüft werden können, wenn dies von einem Mitgliedstaat der
48 Vereinten Nationen gefordert wird. Zudem fordern die Jungen Liberalen eine Anpassung
49 der Zusammensetzung des Sicherheitsrats an die aktuellen geopolitischen Realitäten
50 hin zu einer adäquaten globalen Repräsentation. Dabei sollten Indien, ein
51 afrikanischer Staat, sowie ein lateinamerikanischer Staat einen ständigen Sitz
52 erhalten. Wir fordern zudem die Schaffung nichtständiger Sitze mit längerer Amtszeit
53 und es soll eine Wiederwahlmöglichkeit gegeben werden.

54 **3. Stärkung des Internationalen Menschenrechtsschutzes und Reform des**
55 **Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen**

56 Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern die Aufnahme der Allgemeinen Erklärung der
57 Menschenrechte (AEMR) in die Charta der Vereinten Nationen. Zudem fordern wir die
58 Schaffung eines Internationalen Gerichtshofs für Menschenrechte (IGMR), vor dem
59 natürliche und juristische Personen, sowie Staaten und zwischenstaatliche
60 Organisationen mit eigener Rechtspersönlichkeit, wegen einer Verletzung der
61 Menschenrechte, klagen können. Zudem kann neben der AEMR der IGMR auch über die
62 Einhaltung weiterer Menschenrechtskonventionen, wie den UN-Zivilpakt, UN-
63 Frauenrechtskonvention, UN-Behindertenrechtskonvention, UN-Kinderrechtskonvention,
64 Genfer Flüchtlingskonvention, UN-Rassendiskriminierungskonvention, UN-
65 Antifolterkonvention, wachen. Bis zur Schaffung des IGMR soll der Menschenrechtsrat
66 der Vereinten Nationen als Instrument des internationalen Menschenrechtsschutzes
67 dienen. Die Zuständigkeit des IGMR müsste zudem mit bestehenden regionalen
68 Menschenrechtsschutzmechanismen wie dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte
69 abgestimmt werden.

70 Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern auch die Reform des Menschenrechtsrats der
71 Vereinten Nationen. Die Wahl in den Menschenrechtsrat soll eine $\frac{2}{3}$ -Mehrheit der
72 Generalversammlung erfordern, um die Legitimität zu stärken. Der Menschenrechtsrat
73 der Vereinten Nationen soll die unangemessene und einseitige Fokussierung auf den
74 israelisch-palästinensischen Konflikt und die ungerechtfertigte, oftmals
75 antisemitisch motivierte Verurteilung Israels beenden. Die Jungen Liberalen bekennen
76 sich zur Schutzverantwortung (Responsibility to Protect), demnach jeder Staat die
77 Verpflichtung trifft, schwere Menschenrechtsverletzungen zu unterbinden. Ist ein
78 Staat nicht in der Lage diese Verpflichtung zu erfüllen oder ist er selbst
79 verantwortlich für schwere Menschenrechtsverletzungen, geht diese Pflicht auf die
80 internationale Gemeinschaft über. Dann sind als ultima ratio humanitäre
81 Interventionen gerechtfertigt, um die Achtung der Menschenrechte sicherzustellen. Das
82 Prinzip der Schutzverantwortung soll in der Charta der Vereinten Nationen verankert
83 werden. Zudem sollen Mechanismen eingeführt werden, um Staaten mit fragwürdigen
84 Menschenrechtspraktiken bzw. Staaten, die nachgewiesen Menschenrechtsverletzungen

85 begehen, entweder von der Mitgliedschaft im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen
86 oder von dessen Ratsbüro ausgeschlossen werden.

87 **4. Reform der Generalversammlung**

88 Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern eine höhere (politische und moralische)
89 Verbindlichkeit für Beschlüsse der Generalversammlung der Vereinten Nationen. Dabei
90 soll die Generalversammlung im Falle der Selbstblockierung des Sicherheitsrats auch
91 Verantwortung im Sinne der Resolution von 1950 "Uniting for Peace" für Weltfrieden
92 und internationale Sicherheit übernehmen.

93 **5. Rechenschaftsmechanismen für Referate der Vereinten Nationen**

94 Um Korruption, Intransparenz und Ineffizienz zu vermeiden, fordern wir, insbesondere
95 bei der Mittelverwendung, die Einführung von Rechenschaftsmechanismen. Zudem sollen
96 die Ethikregeln gestärkt werden, um stärkere Maßnahmen gegen Missmanagement und
97 Machtmissbrauch zu haben.

98 **6. Reform des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH)**

99 Der IStGH ist sachlich für die Verfolgung der in Art. 5 genannten Kernverbrechen
100 zuständig. Dabei fordern wir die gezielte Ermutigung durch den Dialog mit den
101 Vereinten Nationen, dass Staaten Mitglied des IStGH werden. Wir verurteilen zudem
102 scharf, jegliche Versuche, Richter und Richterinnen des IStGH einzuschüchtern.
103 Mittelfristig fordern die Jungen Liberalen eine Aufforderung zum Beitritt aller
104 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, über die Charta der Vereinten Nationen dem
105 IStGH beizutreten. In diesem Zuge verurteilen wir die ungerechtfertigte, kritische
106 und teils antisemitische Fokussierung auf Israel.

107 **7. Reformen der Friedensmissionen der Vereinten Nationen**

108 Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern Reformen der Friedensmissionen der
109 Vereinten Nationen, um die Effektivität und Legitimität zu steigern. Dabei fordern
110 wir zum einen eine klare, spezifische und realistische Mandatierung von
111 Einsatzziele, um die Erfolgskontrolle zu erleichtern, sowie eine zeitliche
112 Begrenzung und regelmäßige Überprüfungen, um Anpassungen an veränderte Situationen zu
113 ermöglichen. Des Weiteren fordern wir eine Verbesserung der Einsatzbedingungen durch
114 bessere Ausstattung und Schulung der Blauhelme, um Anforderungen moderner
115 Konfliktszenarien gerecht zu werden. Außerdem eine möglichst adäquate Repräsentation
116 der Bevölkerung mit einem entsprechenden Anteil an Frauen unter den Blauhelmsoldaten,
117 da dies die Erfolgswahrscheinlichkeiten der Missionen stärkt. Zudem soll der Schutz
118 der Zivilbevölkerung als zentrales Element in den Mandaten dienen und durch
119 entsprechende Ressourcen unterstützt werden. Es soll auch regelmäßige und
120 transparente Berichte über den Fortschritt der Missionen geben, um das Vertrauen der
121 internationalen Gemeinschaft und der betroffenen Bevölkerung zu stärken. Dabei können
122 externe Bewertungen der Missionen hilfreich sein, um objektive Analysen und
123 Verbesserungen zu ermöglichen. Langfristig kann die verstärkte Zusammenarbeit mit
124 regionalen Akteuren, also der Aufbau von lokalen Sicherheitsstrukturen, als
125 nachhaltige Lösung für Stabilität dienen. Als letztes Mittel fordern wir die
126 Ermöglichung des Einsatzes von Kampftruppen, um territoriale Integrität ihrer
127 Mitgliedstaaten und den Erhalt der Menschenrechte zu gewährleisten.

128 **8. Einbindung Kosovo, Taiwan, Hongkong und Tibet**

129 Die Jungen Liberalen Niedersachsen bekennen sich klar zur Unabhängigkeit des Kosovos,
130 Hongkongs, Taiwans und Tibets. Wir fordern die Einbindung in internationale
131 Organisationen und insbesondere auch die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen.

132 **9. Beendigung der ungerechtfertigten, oftmals antisemitisch motivierten Verurteilung**
133 **Israels innerhalb der Vereinten Nationen**

134 Die Jungen Liberalen Niedersachsen verurteilen zutiefst die antisemitische Haltung
135 großer Teile der Staatengemeinschaft. Die Vereinten Nationen haben ein massives
136 institutionelles Antisemitismus Problem. Deutschland und die EU-Mitgliedstaaten
137 müssen antisemitische und antizionistische Resolutionen in der Generalversammlung der
138 Vereinten Nationen sowie Urteile des IGH und IStGH konsequent ablehnen. Zudem fordern
139 wir eine unparteiische, unabhängige und verhältnismäßige Behandlung des Staates
140 Israels innerhalb der Vereinten Nationen, des IGH sowie des IStGH.

141 Sunset-Klausel: 5 Jahre

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag 4 01: Auch das Finanzamt braucht eine Ombudsstelle

Antragsteller*in:	KV Region Hannover (Kreisverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	4 - Wirtschaft, Finanzen & Arbeit

Der 87. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- 1 **Zusammenfassung:** Eine Ombudsstelle beim Finanzamt einführen, um Willkür zu
2 verhindern.
- 3 Bei der Steuerprüfung gibt es einen Interessenkonflikt, bei dem aufgrund der Natur
4 der Sache ein gewisses Machtungleichgewicht existiert. Da der Rechtsweg sehr
5 langwierig und kostenintensiv sein kann, kann es durchaus passieren, dass
6 Finanzbeamte darauf setzen, dass ein Unternehmen lieber einstimmt, um sich die
7 Vertretungskosten – die eine Firma unabhängig vom Ausgang eines Prozesses tragen muss
8 – zu ersparen, auch wenn sie inhaltlich davon ausgeht im Recht zu sein. Um zu
9 verhindern, dass diese Strukturen zu systematischem Missbrauch anregen, könnte eine
10 Meldestelle für solches Verhalten geschaffen werden, welche die Meldungen zuerst
11 erfasst und ggf. das Verhalten von Beamten prüft.
- 12 **Deshalb fordern wir**
- 13 • eine wie oben beschriebene Meldestelle bei den jeweiligen Finanzämtern. Dabei
14 sollte eine solche Stelle ausnahmslos menschliches Fehlverhalten behandeln und
15 nicht die Arbeit der Judikative übernehmen.
 - 16 • eine Prüfung bzgl. der Übernahme der Vertretungskosten im Falle einer zugunsten
17 der Firma ausgehenden Rechtsprechung.
- 18 Sunset-Klausel: 5 Jahre

Begründung

mündlich

Antrag 3 03: Monopol von Beck auf zugelassene Hilfsmittel brechen

Antragsteller*in:	KV Region Hannover (Kreisverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	3 - Bildung, Wissenschaft & Forschung

Der 87. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- 1 **Zusammenfassung:** *Mehr Anbieter von Gesetzessammlungen zu Prüfungen zulassen.*
- 2 Da einige Bundesländer nur die Gesetzessammlungen von Beck für Prüfungen zulassen,
- 3 kann dieser Verlag Monopolpreise verlangen, die unverhältnismäßig hoch sind. Deswegen
- 4 sollte man auch hier dieses staatlich gestützte Monopol brechen und einen freien
- 5 Markt fördern, sodass die Preise für die Betroffenen deutlich günstiger sind.
- 6 **Deshalb fordern wir,**
- 7 • dass auch die Gesetzessammlungen weiterer Anbieter zu Prüfungen zugelassen
- 8 werden.
- 9 Sunset-Klausel: 3 Jahre

Begründung

mündlich

Antrag 5 01: “200 Euro Gratismentalität, für eine echte Integration!!!” Die Einführung eines ChancenPass

Antragsteller*in:	LAK Soziales (Landesarbeitskreis), LAK Integration (Landesarbeitskreis), KV Göttingen (Kreisverband), KV Stade (Kreisverband), Niclas Deeke (KV Göttingen), Laura Petra Blümel (KV Ammerland-Oldenburg)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	5 - Gesundheit & Soziales

Der 87. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- 1 Die CoViD-19-Pandemie hat schwerwiegende Einschnitte in das Alltagsleben aller jungen
- 2 Menschen mit sich gebracht.
- 3 Diese Beeinträchtigungen umfassten viele Freizeitaktivitäten wie etwa mit den
- 4 Freunden ins Kino oder auf ein Konzert gehen oder im Verein Fußball spielen. Junge
- 5 Menschen waren gesellschaftlich isoliert, eine Zunahme psychischer Probleme wie
- 6 Vereinsamung und Depressionen waren die Folge. Inzwischen hat sich die Situation für
- 7 die meisten jungen Menschen wieder normalisiert. Dies gilt jedoch nicht für
- 8 diejenigen, die gesellschaftlich besonders marginalisierten Gruppen, wie einer sozial
- 9 schwachen Familie oder einer Familie mit Fluchterfahrung, entstammen. Sie leben noch
- 10 immer isoliert von der Gesellschaft und haben keine Möglichkeit, Freizeitaktivitäten
- 11 nachzugehen.
- 12 Der Hauptgrund ist häufig kein fehlender Wille, ihre jeweilige Situation zu ändern,
- 13 sondern die Tatsache, dass junge Menschen aus marginalisierten Gruppen sich
- 14 gesellschaftliche Teilhabe schlicht nicht leisten können. Da viele Aktivitäten des
- 15 heutigen Alltags mit hohen und immer weiter steigenden Kosten verbunden sind.
- 16 Familien mit Kindern, die oft nicht wissen, ob das Geld bis zum Monatsende reicht,
- 17 können sich kein immer teurer werdendes Kino mit den Freunden oder eine
- 18 Vereinsmitgliedschaft leisten.
- 19 Die Folgen sind gravierend, denn junge Menschen, die von der Gesellschaft isoliert
- 20 leben, ändern diese Umstände meist nicht von selbst: Menschen, die ungewollt nicht am
- 21 gesellschaftlichen Leben teilhaben können, leiden oft unter psychischen Krankheiten.
- 22 Pro Jahr leiden ein Drittel der Männer und 40 Prozent der Frauen an einer psychischen
- 23 Erkrankung. Gerade in jungen Jahren macht sich dies besonders bemerkbar: So waren im
- 24 Jahr 2021 psychische Erkrankungen die häufigste Ursache für Krankenhausbehandlungen
- 25 von 10- bis 17-Jährigen. Es geht teilweise sogar so weit, dass sie nicht mehr zur
- 26 Schule gehen möchten, weil sie sich ausgebrannt fühlen oder auch in der Schule
- 27 aufgrund ihrer Herkunft oder ihrer sozialen Situation gemobbt werden. Dies verstärkt
- 28 ihre gesellschaftliche Marginalisierung zusätzlich.
- 29 Da ihre soziale und gesellschaftliche Isolation diese armutsgefährdeten Kinder häufig
- 30 belastet, fühlen sie sich oftmals nicht imstande, in die Schule zu gehen. Des
- 31 Weiteren können sie aufgrund gesundheitlicher oder finanzieller Probleme nicht an
- 32 schulischen Aktivitäten teilnehmen. Dies wirkt sich nachhaltig negativ auf ihre
- 33 Leistungen aus, Voraussetzungen für eine klare Chancengleichheit sind somit nicht
- 34 gegeben. Die Ursachen sind dabei häufig weniger, wie begabt oder fleißig die Kinder

35 und Jugendlichen sind, sondern über welche sozialen Kontakte oder welche finanziellen
36 Mittel ihre Eltern verfügen. Im Gegensatz zu anderen in ihrem Alter sind sie oftmals
37 mit Geschehnissen konfrontiert, was andere in ihrem Alter nicht sind. Sie können sich
38 zum Teil nicht ausschließlich auf die Schule oder weitere Bildungsabschlüsse
39 konzentrieren, da sie auf eigene, frühzeitige Arbeit angewiesen sind oder innerhalb
40 der Familie gebraucht werden. Dadurch bleiben sie innerhalb ihrer sozialen Schicht
41 isoliert und eine spätere Arbeitslosigkeit oder ein prekäres Arbeitsverhältnis ist
42 häufig die Folge.

43 Für die Jungen Liberalen steht fest: Dieser Zustand darf nicht von Dauer sein und
44 muss der Vergangenheit angehören. Deshalb fordern die Jungen Liberalen die Einführung
45 eines ChancenPass für Menschen aus gesellschaftlich marginalisierten Gruppen.

46

47 **Voraussetzungen:**

48 Die Beantragung des ChancenPass soll an folgende Voraussetzungen gebunden sein:

- 49 • Die Beantragung kann bis zum 18. Lebensjahr erfolgen oder bis zum Ende der
50 Schule, Ausbildung oder des Studiums. Nach Vollendung des 18 Lebensjahres oder
51 Absolvierung der Schule, Ausbildung bzw. des Studiums ist keine Beantragung
52 möglich.
- 53 • Der Erhalt eines ChancenPass ist am Einkommen des Elternhauses festzumachen.
54 Dazu gilt die von der EU definierte Armutsgrenze, wonach Personen in Armut
55 leben, wenn sie weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Einkommens
56 verdienen. Diese lag 2023 bei einem Ehepaar mit einem Kind unter 14 Jahren bei
57 einem Einkommen von 2.365 Euro Netto.
- 58 • Asylbewerber:innen sollen die Möglichkeit haben, in den ersten 5 Jahren ihres
59 Aufenthaltes, unabhängig von der Armutsschwelle, einen ChancenPass zu
60 beantragen. Dabei besteht die Möglichkeit, auch nach diesen 5 Jahren eine
61 Verlängerung zu beantragen. Wenn innerhalb der ersten 5 Jahre jedoch keine
62 Beantragung erfolgt ist, entfällt die Möglichkeit einer Beantragung unabhängig
63 der Armutsgrenze.

64

65 **Finanzierung und Beantragung:**

66 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sollen mit dem ChancenPass pro Jahr 200 Euro
67 erhalten, hier sind im Haushalt des Landes Niedersachsen Mehrkosten in Form von etwa
68 100 Millionen Euro zu erwarten.

69 Die komplette Abwicklung über Beantragung, Antragsbearbeitung und Auszahlung soll
70 über das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung erfolgen,
71 somit wird eine klare Zuständigkeit gewährleistet. Damit dies möglichst einfach und
72 unkompliziert vonstattengeht, soll die Beantragung digitalisiert in einer App
73 ablaufen können.

74 Da die 200 Euro der Integration bzw. Reintegration von Kindern und Jugendlichen
75 dienen soll, muss die Wahrscheinlichkeit des Missbrauchs dieser Gelder von Seiten der
76 Eltern möglichst gering gehalten werden. Dazu erhält jede zulässige Organisation eine
77 entsprechende, von der Landesbehörde festgelegte, Registrierungs-/Vereins-Nummer,
78 welche dann in der App mit dem 200 Euro-Guthaben der entsprechenden Person gekoppelt

79 werden kann. Die Personen haben hierbei keinen direkten Zugriff auf die finanziellen
80 Mittel, diese werden direkt vom Amt bewilligt und an den Verein mit der
81 entsprechenden Registrierungsnummer überwiesen. Dies verläuft unbürokratisch,
82 effizient und mit nur geringem Risiko eines möglichen Missbrauchs der Gelder. Zur
83 Bestätigung der Identität und der Bewilligung des Betrags soll die Online-
84 Ausweisfunktion des Personalausweises genutzt werden. Dies kann ausschließlich
85 digital und ohne Behördengang erledigt werden.

86 Bei Asylbewerber:innen soll die Beantragung direkt an den Asylantrag oder die
87 Aufenthaltserlaubnis gekoppelt werden. Eine Bewilligung des Asylantrags/der
88 Aufenthaltserlaubnis schaltet automatisch auch die Bewilligung des ChancenPass frei.
89 Dies entlastet die Behörden und erspart den Asylbewerber:innen die bürokratischen
90 Hürden. Durch diesen Automatismus kann eine schnelle Nutzung der Gelder ermöglicht
91 und die Integration direkt von Anfang an gefördert werden.

92

93 **Verwendungsmöglichkeiten:**

94 Die Vielfalt an Vorlieben und Interessen von Kindern und Jugendlichen muss sich in
95 den Nutzungsmöglichkeiten des ChancenPass widerspiegeln. Jedoch muss auch
96 sichergestellt werden, dass der Zweck eines ChancenPass, die Förderung der
97 Integration von Kindern und Jugendlichen in die Gesellschaft, erfüllt wird. Deswegen
98 sollen folgende Qualitätsmerkmale festgelegt werden, die den Gebrauch des Passes auf
99 die folgenden Punkte beschränken:

- 100 • Kulturveranstaltungen, die aktuell bereits mit dem Kulturpass erworben werden
101 können.
 - 102 • Alle Aktivitäten von staatlichen und Glaubens-gemeinschaftlichen Organisationen
 - 103 • Mitgliedschaften und alle Aktivitäten von Vereinen mit dem Zusatz e.V. und deren
104 Vorfeldorganisationen
 - 105 • Zudem müssen Organisationen oder Vereine auf den Beinen unserer demokratischen
106 Grundordnung stehen und dürfen nicht vom Verfassungsschutz beobachtet werden.
- 107 Zur Beobachtung der möglichen positiven Folgen soll zudem die Erfassung von Daten
108 ermöglicht werden, um das Projekt bei positiven Auswirkungen auszuweiten oder bei
109 einem Scheitern beenden zu können.

110

111 **Sunset-Klausel:** 5 Jahre

Begründung

Erfolgt Mündlich

Antrag 7 02: Orbán die Grenzen aufzeigen

Antragsteller*in:	KV Region Hannover (Kreisverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	7 - Europa & Internationales

Der 87. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- 1 **Zusammenfassung:** *Das Sicherheitsrisiko von Ungarn im Schengenraum eingrenzen.*
2 Seit September 2022 müssen EU-Mitgliedsstaaten Visumsanträge russischer Staatsbürger
3 mit erhöhter Wachsamkeit prüfen und besonders gründliche Kontrollen an den EU-
4 Außengrenzen vornehmen. Jedoch lockerte Anfang Juli die Regierung von Viktor Orbán
5 für Russen und Belarussen die Einreisebestimmungen. Wer eine Arbeitsstelle samt
6 Unterkunft und Krankenversicherung nachweist, kann in Ungarn eine »Nationale Karte«
7 beantragen, mit der man zwei Jahre lang einreisen darf – und damit praktisch auch in
8 sämtliche Schengenstaaten. Selbst Familienangehörige können offenbar nachkommen.
9 Dies ist angesichts von geheimdienstlichen Aktivitäten Moskaus, deren Absichten
10 subversiv und – wie der Vorfall im Tiergarten 2019 und die Berichte zu Vorhaben bzgl.
11 Armin Papperger gezeigt haben – auch teilweise letal sind, ein nicht hinzunehmender
12 Zustand. Eine erhöhte Anzahl russischer Staatsbürger simplifiziert die Bildung
13 geheimdienstlicher Netzwerke und ist folglich eine unmittelbare Gefahr für
14 Infrastruktur und Leben.
- 15 **Folglich fordern die JuLis Nds:**
- 16 • Die Ausarbeitung eines Mechanismus, um die Mitgliedschaft im Schengen Abkommen
17 zu suspendieren.
 - 18 • Solange Punkt 1 nicht realisiert und implementiert ist, werden multinational
19 koordinierte und finanzierte Grenzkontrollen an allen Schengengrenzen Ungarns
20 eingeführt.
 - 21 • Aufgrund anhaltender Verletzungen gegen die in Art. 2 EUV genannten Werte, ein
22 Verfahren nach Art. 7 Abs. 3 EUV um die Stimmrechte Ungarns auszusetzen.
 - 23 • Die Beschränkung der Reisefreiheit von russischen Diplomaten und ihren Familien
24 auf das Gastgeberland.
- 25 Sunset-Klausel: 5 Jahre

Begründung

mündlich

Antrag 2 05: Schluss mit der Kolonialbeute: Artefakte zurück nach Hause

Antragsteller*in:	KV Region Hannover (Kreisverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	2 - Innen, Recht & Sport

Der 87. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- 1 **Zusammenfassung:** *Koloniale Raubgüter zurückgeben und so rechtmäßige*
- 2 *Eigentumsverhältnisse herbeiführen.*
- 3 Die deutsche Kolonialgeschichte, die von der Gründung der Kolonialgebiete im späten
- 4 19. Jahrhundert bis zum Ende des Ersten Weltkriegs reicht, hat viele kulturelle und
- 5 historische Spuren hinterlassen. Während der deutschen Kolonialherrschaft wurden
- 6 zahlreiche Artefakte und Kulturgüter aus den ehemaligen Kolonien wie Deutsch-
- 7 Südwestafrika, Deutsch-Ostafrika sowie Kamerun und Togo nach Deutschland verschleppt.
- 8 Diese Artefakte, die oft unter gewaltsamen oder ausbeuterischen Bedingungen erlangt
- 9 wurden, befinden sich heute in deutschen Museen und Sammlungen.
- 10 Es handelt sich dabei nicht um freiwillig überlassene oder getauschte Güter. Viele
- 11 dieser Objekte wurden unter Zwang, Täuschung und Gewalt erlangt, was den Ursprung des
- 12 Unrechts deutlich macht. Der rechtmäßige Besitz dieser Artefakte liegt bei den
- 13 betroffenen Völkern und Nationen, deren Kulturen und Identitäten durch diese
- 14 Vermögensdelikte massiv geschädigt wurden. Die Kolonialmächte, einschließlich des
- 15 deutschen Kaiserreichs, nahmen sich das kulturelle Erbe dieser Völker ohne jegliche
- 16 rechtliche oder moralische Grundlage.
- 17 **Deswegen fordern wir und erkennen an:**
- 18 Die Rückgabe soll im Kontext eines konstruktiven Dialogs zwischen Deutschland und den
- 19 Herkunftsländern der Artefakte erfolgen. Sie stellt einen Schritt zur Anerkennung der
- 20 kolonialen Ungerechtigkeiten sowie historischer Eigentumsrechte dar. Sie soll ein
- 21 Zeichen für die Bereitschaft Deutschlands sein, Verantwortung für ihre koloniale
- 22 Vergangenheit zu übernehmen und die Beziehungen zu den betroffenen Ländern zu
- 23 stärken. Bei der Rückgabe soll mit internationalen Restauratoren und Konservatoren
- 24 zusammengearbeitet werden, um zu prüfen, ob und wie die betroffenen Artefakte
- 25 übergeben werden können, um sicherzustellen, dass diese in ihrem aktuellen Zustand
- 26 übergeben werden.
- 27 Sunset-Klausel: 5 Jahre

Begründung

mündlich

Antrag 7 04: Kein Frieden, Kein Krieg – Hybrid

Antragsteller*in:	KV Region Hannover (Kreisverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	7 - Europa & Internationales

Der 87. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

1 **Zusammenfassung:** *Eine Stufe zwischen Frieden und Spannungs- bzw Verteidigungsfall im*
2 *Grundgesetz schaffen.*

3 Aus der Weimarer Republik und dem Dritten Reich wurden zur damaligen Zeit die
4 richtigen Lehren gezogen. Daraus folgte eine strikte Trennung der äußeren und inneren
5 Sicherheit. So sieht das Grundgesetz zwei getrennte Kompetenzfelder – innere
6 Sicherheit und äußere Sicherheit – vor. Dazwischen gibt es Grenzräume und solche
7 Grenzräumen sind sehr vulnerabel, da dort die Kompetenzen nicht klar geregelt sind
8 oder sich überschneiden. In diesen verletzlichen Grenzraum – zwischen innerer und
9 äußerer Sicherheit – geht man als Angreifer rein. In der Praxis zeigt sich sowas in
10 Form der hybriden Kriegsführung, also Aktivitäten wie Sabotage und Spionage. Auch in
11 Europa, auch in Deutschland können solche Aktivitäten schon beobachtet werden.

12 Es gibt aktuell drei Zustände: Frieden, Spannungsfall, Verteidigungsfall

13 Ein Aufmarsch von Truppen im Sinne der Abschreckung soll im juristischen Frieden
14 funktionieren. Die Rahmenrichtlinien zur Verteidigung mit dem Sicherstellungs- und
15 Vorsorgegesetzen gelten erst ab dem Spannungs- / Verteidigungsfall, oder mit einer
16 Mehrheit. Die Gesetze werden aber vorher benötigt, um die Aufmarschbewegung
17 sicherzustellen. Folglich ist die juristische Lage des Friedens in diesem Fall
18 hinderlich.

19 Ein Beispiel ist die Verkehrsführung. Hierbei stellt sich die Frage, ob die Polizei
20 noch in der Lage ist, Verkehrsführung durchzuführen, da die Feldjäger aktuell im
21 Frieden nur vor Kolonnen warnen, aber nicht Abfahrten sperren oder die rechte Spur
22 auf der Autobahn sperren.

23 **Deshalb fordern wir**

- 24 • eine Ergänzung des Grundgesetzes, um einen weiteren Aggregatzustand neben dem
25 Verteidigungsfall des Art. 115a GG und dem Spannungsfall des Art. 80a GG. Dieser
26 soll beschlossen werden können, wenn keine unmittelbare außenpolitische
27 Bedrohung vorliegt, aber der Zustand des Friedens durch Mittel wie der hybriden
28 Kriegsführung gestört ist. Dieser Zustand soll verhindern, dass der Spannungs-
29 oder Verteidigungsfall der Art. 80a, 115a GG ausgerufen werden muss. Der
30 grundlegende Gedanke ist effektive Abschreckung trotz feindlicher hybrider
31 Aktivitäten, um einen bewaffneten Konflikt zu verhindern.

32 Sunset-Klausel: 5 Jahre

Begründung

mündlich

Antrag 3 04: Talente lenken

Antragsteller*in:	KV Region Hannover (Kreisverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	3 - Bildung, Wissenschaft & Forschung

Der 87. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

1 **Zusammenfassung:** *Mehr Informations- und Beratungskampagnen an Schulen zu den*
2 *verschiedenen Schulformen sowie mehr Praxisbezug.*

3 Alle Schulformen haben gewisse Vorteile gegenüber den anderen. In der öffentlichen
4 Wahrnehmung sind aber einige deutlich weniger präsent als andere. Dies führt dazu,
5 dass in der Region Hannover viele Jahrgänge nicht voll besetzt werden. Eine
6 verstärkte Förderung ist wäre sinnvoll, weil

7 • **Interessen- und Talentförderung:** Schüler können sich auf Bereiche konzentrieren,
8 die sie interessieren, statt sich in nicht präferierten Fächern durch Prüfungen
9 zu quälen.

10 • **Praxisnähe und Karrierevorteile:** Der direkte Bezug zur späteren Berufswelt kann
11 den Einstieg in ein Studium oder eine Ausbildung erleichtern und kann folglich
12 die Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhöhen.

13 Durch ein verbessertes Informationsangebot können weniger bekannte Schulformen
14 gestärkt werden. Dies kann nicht nur den Schülern helfen, sondern auch langfristig
15 Fachkräfte für die Wirtschaft sichern.

16 Ziel ist es, die bestehenden Probleme bei der Auffüllung der Abiturjahrgänge zu lösen
17 und gleichzeitig eine qualitativ hochwertige schulische Ausbildung sicherzustellen.

18 **Deshalb fordern wir**

19 • **Gezielte Informationskampagnen:** Schulen, Eltern und Schüler sollten gezielter
20 über die Eigenschaften beruflicher Gymnasien informiert werden.

21 • **Finanzielle Förderung:** Mehr Mittel für moderne Ausstattung und praxisnahe
22 Projekte.

23 • **Stärkere Kooperation mit Unternehmen und Hochschulen:** Frühzeitige Informationen
24 zu Berufsfeldern zur Förderung von Praxisbezug und Studienvorbereitung.

25 • **Beratungsangebote:** An allen Schulen sollte das Arbeitsamt
26 Informationsveranstaltungen halten und Einzelgespräche führen, um Schüler
27 gezielter zu beraten. Beispielsweise könnte ein Schüler mit bestimmten
28 Interessen auf dafür ausgerichtete Schulen hingewiesen werden.

29 Sunset-Klausel: 5 Jahre

Begründung

mündlich

Antrag 8 02: (Un)Trusted Flagger abschaffen – Transparenz statt willkürlicher Zensur

Antragsteller*in:	KV Peine (Kreisverband), Leo Laufer (KV Peine)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	8 - Digitales, Medien & Kultur

Der 87. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- 1 Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern eine transparentere Umsetzung der Trusted
- 2 Flagger-Regelung im Digital Services Act (DSA), um Meinungsfreiheit und
- 3 Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten. Während effektive Mechanismen zur Bekämpfung
- 4 illegaler Inhalte notwendig sind, dürfen diese nicht zu intransparenter und
- 5 unkontrollierter Zensur durch sogenannte vertrauenswürdige Hinweisgeber (Trusted
- 6 Flagger) führen. Für uns ist klar: Nur staatliche Gerichte können entscheiden, was
- 7 von der Meinungsfreiheit gedeckt oder rechtswidrig ist und was nicht.
- 8 Wir fordern daher eine bessere nationale Umsetzung des DSA:
- 9 **Recht auf gerichtliche Überprüfung:** Nutzer, deren Inhalte von Trusted Flaggern
- 10 gemeldet wurden, sollten die Möglichkeit haben, diese Entscheidungen gerichtlich
- 11 überprüfen zu lassen, auch wenn deren Beiträge letztendlich nicht gesperrt wurden.
- 12 Zudem müssen Nutzer einheitliche und unkomplizierte Rechtsmittel innerhalb der
- 13 gesamten EU gegen ungerechtfertigte Löschungen einlegen können.
- 14 **Zeitnahe Lösch- und Prüfprozesse:** Entscheidungen über gemeldete Inhalte müssen
- 15 innerhalb einer angemessenen Frist getroffen werden, um Willkür zu vermeiden.
- 16 **Transparente Ernennung:** Öffentliche Kriterien und Offenlegung der Identität sowie
- 17 möglicher politischer Interessenkonflikte von Trusted Flaggern.
- 18 **Unabhängige Kontrolle:** Beschwerden über Trusted Flagger müssen bei einer unabhängigen
- 19 Stelle geprüft und bei Missbrauch zu Sanktionen führen können.
- 20 **Effektive Widerspruchsmöglichkeiten und Anhörung:** Nutzer müssen sich einfach und
- 21 schnell gegen Löschungen wehren können. Vor einer Meldung sollen Betroffene angehört
- 22 werden.
- 23 Sunset Klausel: 3 Jahre

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag 2 04: Extremismusklausel

Antragsteller*in:	KV Region Hannover (Kreisverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	2 - Innen, Recht & Sport

Der 87. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- 1 **Zusammenfassung:** *Beschäftigten in Landtagen, die extremistische sind, die Gehälter*
2 *nicht auszahlen.*
- 3 Schon seit einiger Zeit gibt es Berichte bezüglich Menschen, die einen rechtsextremen
4 Hintergrund haben und im Bundestag und Landtagen für die jeweiligen AfD-Fraktionen
5 arbeiten. Dabei hat der Verfassungsschutz in der Bundestagsfraktion mehr als 100
6 Mitarbeiter ermittelt, die in rechtsextremen Organisationen tätig sind.
- 7 Die Gefahr, dass Institutionen von Extremisten bzw. Staatsfeinden unterwandert werden
8 und dort signifikanten Schaden anrichten, ist in den letzten Jahren stetig gewachsen.
9 Die gestiegene Spionage Gefahr im Rahmen des russischen Angriffskrieges gegen die
10 Ukraine sowie die vielfältige Berichterstattung zu Spionageaktivitäten in Deutschland
11 hat dieses Problem ins Licht gerückt. Bei einigen Institutionen, wie der Bundeswehr
12 kann dem - aus guten Gründen - effektiv entgegengewirkt werden. Für uns, die für eine
13 wehrhafte Demokratie eintreten, ist klar, unsere Institutionen sollten alle die
14 Möglichkeit haben, sich gegen extremistisches Gedankengut in den eigenen Wänden zu
15 wehren. Nur so kann das Vertrauen in diese nachhaltig erhalten bleiben.
- 16 Dabei sind die rechtlichen Hürden hoch, denn das freie Mandat von Abgeordneten ist
17 ein hohes Gut. Zusätzlich werden die Arbeitsverträge zwischen Mitarbeitern und
18 Abgeordneten geschlossen. Jedoch werden Angestellte von Fraktion und Abgeordneten mit
19 Steuergeldern bezahlt.
- 20 Mitte letzten Jahres wurde ein Gutachten, welches im Auftrag des bayerischen Landtags
21 erstellt wurde, von Tristan Barczak, Professor für Öffentliches Recht,
22 Sicherheitsrecht und das Recht der neuen Technologien an der Universität Passau,
23 veröffentlicht. Darin wird erläutert, dass der Landtag durchaus
24 verfassungsfeindlichen und extremistischen Mitarbeitern die Auszahlung von Geldern
25 aus Steuermitteln verweigern könnte. Das Gutachten kommt zusätzlich zum Schluss, dass
26 die Extremismusklausel auch Spionageaktivitäten beinhalten kann. Für all dies müssten
27 gesetzliche Änderungen im Abgeordnetengesetz, Fraktionsgesetz und
28 Verfassungsschutzgesetz vorgenommen werden.
- 29 Das Gutachten sollte auch über die Grenzen von Bayern Beachtung finden. Insbesondere
30 der Niedersächsische Landtag könnte hier aktiv werden und sich mit dem Gutachten und
31 den enthaltenen Empfehlungen befassen und Konsequenzen ziehen.
- 32 **Wir fordern daher:**
- 33 • dass Änderungen an den jeweiligen Abgeordnetengesetzen, Fraktionsgesetzen und
34 Verfassungsschutzgesetzen auf Landes- und Bundesebene vorgenommen werden.
 - 35 • bei Anlass die Durchführung einer Sicherheitsprüfung im Rahmen einer Tätigkeit
36 im Bundestag und Landtagen durch z.B. den Verfassungsschutz.
 - 37 • bei der Feststellung von Extremismus bzw. Spionage eine Verweigerung der

38 Auszahlung von Gehältern an die jeweilige Personen.

39 Sunset-Klausel: 5 Jahre

Begründung

Mündlich

Quellen:

<https://www.br.de/nachrichten/bayern/gutachten-extremismusklausel-in-bayern-waere-moeglich,UGsOEbk>

<https://www.zeit.de/news/2024-07/29/aigner-will-gutachten-zu-extremismusklausel-vorstellen>

https://www.bayern.landtag.de/fileadmin/Internet_Dokumente/Sonstiges_A/Gutachten_Extremismusklausel_2024.pdf

Antrag 7 03: Maßnahmen: Anregen Schnellerer Zeitenwende

Antragsteller*in:	KV Region Hannover (Kreisverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	7 - Europa & Internationales

Der 87. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

1 **Zusammenfassung:** *Weniger Bürokratie bei der Beschaffung von Material bei der*
2 *Bundeswehr.*

3 Aufgrund der von den haushaltsansätzen nicht gedeckten Kostensteigerungen des
4 Kampfflugzeugs Tornado hatte der Haushaltsausschuss 1981 beschlossen, dass er
5 Ausschuss bei Beschaffungsverträgen mit einem Finanzvolumen von über 25 Millionen
6 Euro (damals 50 Millionen D-Mark) beteiligt wird. Dies führt dazu, dass, wenn die
7 Polizei ein Küstenschutzboot für 60 Millionen Euro anschafft, das Vorhaben nicht
8 durch den Haushaltsausschuss gebracht werden muss. Wenn sich allerdings die
9 Bundeswehr für 25 Millionen Euro etwas anschafft bzw. grundüberholt, dann muss eine
10 Vorlage für den Ausschuss geschrieben werden und der muss anschließend darüber
11 abstimmen.

12 Da die Bundeswehr häufig Bestellungen von hoher Quantität vornimmt, oder die Systeme
13 über hohe Qualität verfügen, fallen alle größeren Vorhaben über die 25 Millionen Euro
14 Grenze. Es folgt ein kleiner Auszug von den im Dezember 2024 genehmigten Projekten:

- 15 • **Mehrbedarf Bekleidung;** Modernisierung der Bekleidung & logistische Maßnahmen;
16 Beschaffung
- 17 • **TAURUS;** Lebensdauererlängerung & Obsoleszenzbeseitigung; Grundüberholung
- 18 • **Handgranaten Spreng/Splitter GV30;** Abruf aus Rahmenvereinbarung; Beschaffung
- 19 • **Patriot Lenkflugkörper;** Flugabwehr-Lenkflugkörper; Nachbeschaffung
- 20 • **Rechenzentrumsverbund;** Bereitstellung Rechenzentrumskapazitäten und
21 cloudbasierte Infrastruktur; Beschaffung
- 22 • **IRIS-T Lebensdauererlängerung;** Zwingender Fähigkeitserhalt; Entwicklung

23 Die Involvierung des Haushaltsausschusses bei Fragen bezüglich der Beschaffung neuer
24 Bekleidung oder weiterer Flugabwehr-Lenkflugkörper ist in Zeiten wie diesen
25 unangebracht, ein Zeichen des Misstrauens und zudem ein Hindernis auf dem Weg zu
26 einer kriegsfähigen Bundeswehr. Natürlich ist es wichtig, dass die Kosten von
27 Projekten nicht außer Kontrolle geraten, sodass bei tatsächlich größeren Projekte
28 diese Grenze bestehen bleiben sollte. Diese Grenze muss allerdings so hoch sein, dass
29 diese im Rahmen der Aufrüstung nicht regelmäßig überschritten wird.

30 **Deshalb fordern wir**

- 31 • dass der Haushaltsausschuss seinen Beschluss von 1981 anpasst und in Zukunft nur
32 noch bei Beschaffungsverträgen ab einem Finanzvolumen von 500 Millionen Euro
33 beteiligt wird.

34 Sunset-Klausel: 5 Jahre

Begründung

mündlich

Quellen:

<https://www.bmvg.de/de/aktuelles/parlament-stimmt-milliardeninvestitionen-fuer-verteidigung-zu-5871974>

Antrag 3 06: Gut gedacht – schlecht gemacht: Absage an den Bildungszentralismus

Antragsteller*in:	KV Region Hannover (Kreisverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	3 - Bildung, Wissenschaft & Forschung

Der 87. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

1 **Zusammenfassung:** *Zentrale Aufgabenpools für alle Schulabschlussprüfungen und*
2 *europäisierung der IQB-Standards, sowie Wiedereinführung des dritten*
3 *Aufgabenvorschlages für die Abiturprüfung.*

4 Keine Bildungsreformdebatte ohne die symbolpolitische Axt an den
5 Bildungsföderalismus. In Zeiten politischer und gesellschaftlicher Polarisierung und
6 der deutlichen Stärke populistischer, radikaler und extremistischer politischer
7 Kräfte zeigt und beweist sich der historische Grund für die Dezentralisierung unseres
8 Bildungssystems. Eine Machtkonzentration im zukunftsrelevantesten aller Politikfelder
9 auf eine wie-auch-immer-gearteten Bundesregierung steigert zweifellos die Effizienz,
10 aber eben auch das Risiko des Machtmissbrauchs. Die Ablehnung zentralisierter
11 Machtstrukturen ist nicht grundlos ein Kernprinzip liberaler Politik.

12 Unbestreitbarer Fakt ist jedoch auch, dass die Bundesrepublik Deutschland Nachhilfe
13 in puncto der Vergleichbarkeit seiner Schulabschlüsse zwischen den 16 Bundesländern
14 notwendig hat. Der Mythos des elitären Bayernabiturs gehört endgültig in die
15 Geschichtsbücher – allerdings nicht durch die Verlagerung schulpolitischer
16 Entscheidungen nach Berlin, also noch weiter weg vom Klassenzimmer.

17 Die Jungen Liberalen fordern konkret:

18 • **Die Schaffung eines zentralen Aufgabenpools für alle Schulabschlussprüfungen:**

19 Eine Einheitsprüfung für alle 16 Länder schwächt die Möglichkeiten der
20 Differenzierung, aber stärkt sie nicht. Die gemeinsame Erarbeitung eines
21 Aufgabenpools bietet hingegen stärkere Qualitätskontrolle und Vergleichbarkeit.
22 Die konkrete Zusammenstellung der inhaltlichen Aufgabenvorschläge soll weiterhin
23 den Bundesländern anhand ihrer jeweiligen Kerncurricula obliegen.

24 • **Die Wiedereinführung des dritten Aufgabenvorschlages für die Abiturprüfung:** Im
25 Zuge der Folgenbekämpfung der pandemiebedingten Schulschließungen stellte das
26 Niedersächsische Kultusministerium den Schulen einen zusätzlichen
27 Aufgabenvorschlag zur Verfügung. Es oblag den Fachlehrkräften zwei der drei
28 Vorschläge für die Abiturprüfung ihrer Kurse auszuwählen. Diese Möglichkeit der
29 Differenzierung anhand der Anlage des Unterrichtes hat sich bewährt und sollte
30 neuer Standard werden.

31 • **Europäisierung der IQB-Standards:** Der von der Kultusministerkonferenz
32 beschlossene Kompetenzrahmen legt bereits gemeinsame Standards für die in allen
33 Schulfächern zu fördernden Kompetenzen fest. Mit Blick auf den EU-Binnenmarkt
34 und die Freizügigkeit fordern die Jungen Liberalen die Bundesregierung und die
35 Kultusministerkonferenz der Länder dazu auf, noch in dieser EU-Legislaturperiode
36 auf die **Schaffung europäischer Kompetenzstandards in allen Fachrichtungen**

- 37 **hinzuwirken.** Der Gemeinsame Kompetenzrahmen (CEF) macht in den Fremdsprachen
38 vor, dass dies gleichermaßen möglich wie sinnvoll ist.
- 39 Sunset-Klausel: 5 Jahre

Begründung

mündlich

Antrag 6 03: Free Willy – Ruf der Freiheit

Antragsteller*in:	Lennart Jörn (KV Northeim)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	6 - Umwelt, Landwirtschaft & Verkehr

Der 87. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

- 1 Die Freiheit von Tieren sollte nur dann eingeschränkt werden, wenn es eine
- 2 Notwendigkeit dafür gibt oder es von außerordentlicher Bedeutung für den Menschen
- 3 ist. Um die Missstände in der aktuellen Praxis der Delfinhaltung zu bekämpfen,
- 4 möchten wir einen Schritt in die richtige Richtung anstreben.
- 5 **Wir fordern daher** die letzten beiden Delfinarien in Deutschland auslaufen zu lassen.
- 6 Das bedeutet, dass keine weiteren Tiere aus der Wildnis aufgenommen werden dürfen,
- 7 jegliche Zucht verboten wird und keine weiteren Delfinarien gebaut werden. Dadurch
- 8 gewähren wir den Tieren ihre individuelle Freiheit in der Natur. Darüber hinaus
- 9 setzen wir uns gleichermaßen für den Auslauf von Delfinarien auf Ebene der gesamten
- 10 Europäischen Union ein.
- 11 **Sunset-Klausel: 5 Jahre**

Begründung

Begründung:

Bereits in mehreren Ländern weltweit wurde der Neubau von Delfinarien verboten, darunter Frankreich, Kanada, Costa Rica, Indien und Chile. Diese Länder haben erkannt, dass die Haltung von Delfinen in Gefangenschaft weder den Tieren noch der Gesellschaft dient und die natürlichen Lebensräume der Tiere respektiert werden sollten.

Das Auslaufen von Delfinarien ist somit ein richtiger und notwendiger Schritt, um den Tieren ihre natürliche Freiheit zu ermöglichen und gleichzeitig das Bewusstsein für den Tierschutz zu stärken. Als Liberale ist es eine unserer Kernaufgaben die individuelle Freiheit sowohl der Menschen als auch aller anderen Lebewesen zu schützen.

„Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo die Freiheit des Anderen beginnt“, sagte der Philosoph Immanuel Kant (1724–1804). Wir empfinden grundsätzlich, dass dieses Recht auf Freiheit auch anderen Lebewesen als dem Menschen zusteht. Tiere sollten nicht zur Belustigung eingesperrt werden. Nutztiere erfüllen hingegen für den Menschen beispielsweise in der Ernährung einen Mehrwert. Hierbei ist eine Einschränkung legitim. Die Haltung von Delfinen und anderen Meeressäugetieren in Gefangenschaft ist nicht nur eine ethisch problematische Praxis, sondern auch eine Form der Freiheitsberaubung für hochintelligente, soziale Tiere. Delfine sind in der Natur weitläufige, mobile Tiere, die in komplexen sozialen Strukturen leben und weite Strecken im offenen Meer zurücklegen. Die Einschränkung ihrer natürlichen Lebensweise führt zu physischen und psychischen Belastungen, die oft mit großem Leid für die Tiere verbunden sind.

Die Gesellschaft hat in den letzten Jahren ein wachsendes Bewusstsein für den Schutz von Tieren entwickelt, insbesondere für solche, die in Gefangenschaft leben und deren Lebensbedingungen weit von ihren natürlichen Bedürfnissen entfernt sind. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse und die eindrucksvolle Dokumentation von Missständen in Delfinarien – wie die in *Blackfish* – haben die breite Öffentlichkeit sensibilisiert und den Druck auf politische Entscheidungsträger erhöht. Das Wohl der Tiere kann oftmals

in diesen Einrichtungen nicht annähernd in gleichem Maße wie in der Natur gewährleistet werden. In vielen Fällen haben Delfinarien negative Auswirkungen auf die Tiere, die zu Verhaltensauffälligkeiten, Krankheiten und vorzeitigen Todesfällen führen. Es kann so weit führen, dass die Tiere nicht ausreichend Bewegung erhalten und beispielsweise ihre Rückenflossen durch mangelnde Nutzung abknicken können. All dies kann nicht im Einklang mit unseren Idealen stehen.

Das Ziel, das Modell der Delfinarien auslaufen zu lassen, ist ein konsequenter Schritt, um das Wohl dieser Tiere zu fördern. Damit schaffen wir einen klaren Rahmen, der sich an den Prinzipien der Freiheit und des Wohlbefindens orientiert. Dies ist ein bedeutender Schritt in Richtung eines respektvolleren Umgangs mit Tieren und im Einklang mit den Grundsätzen des Tierschutzes, die auch in Artikel 20a des Grundgesetzes verankert sind.

Darüber hinaus ist die Forderung nach einer europaweiten Lösung der Problematik von Delfinarien ein notwendiger Schritt, um international eine klare Haltung zu zeigen und die Verantwortung auf europäischer Ebene zu bündeln. Ein solches Verbot trägt nicht nur zum Schutz der Tiere bei, sondern sendet auch ein klares weltweites Signal, dass wir als Gesellschaft bereit sind, Verantwortung für das Wohl aller Lebewesen zu übernehmen.

Antrag 6 02: CBAM Reform

Antragsteller*in:	KV Region Hannover (Kreisverband)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	6 - Umwelt, Landwirtschaft & Verkehr

Der 87. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

1 **Zusammenfassung:** *Eine Rückerstattung der Bepreisung von Emissionen, die bei der*
2 *Produktion von Exportgütern entstanden sind.*

3 Der Emissionshandel hat das Potenzial, die Emissionen langfristig effizient zu
4 senken. Dabei existieren allerdings Herausforderungen, wie zum Beispiel Greenwashing
5 und daraus resultierende komparative Nachteile für europäische Firmen innerhalb des
6 Binnenmarkts, sowie Carbon Leakage und komparative Nachteile auf dem Exportmarkt.

7 Ersteres ist ein durch Auflagen entstandener Vorteil für ausländische Firmen, die
8 beim Emissionshandel nicht beteiligt sind und den Ausgleichsmechanismus (CBAM)
9 mithilfe von Greenwashing mitigieren können. So bestehen für ausländische Firmen
10 gerade bei indirekten Emissionen – Strom – viele Chancen. Zum Beispiel können Firmen
11 einen Weg finden, ihre gesamte Nutzung von grüner Energie den Produkten für die EU
12 zuzuschreiben – dies kann relativ einfach mit der Nutzung von power purchase
13 agreements (PPA) geschehen. Das Ergebnis ist kaum mehr als eine Allokierung von
14 existierender grüner Energie zu Produkten für die EU, wobei die restliche fossile
15 Energie den Produkten für den nicht-EU Markt zugerechnet wird. Innerhalb der EU haben
16 Produzenten nicht die Möglichkeit diese Methode zu nutzen, um carbon pricing für
17 Exportgüter zu vermeiden, außer sie verschieben die Produktion von Exportgütern in
18 Länder außerhalb der EU.

19 Im Idealfall müsste die EU-CBAM nicht nur gleiche Wettbewerbsbedingungen für Produkte
20 schaffen, die auf dem EU-Markt verkauft werden, sondern auch für in der EU ansässige
21 Hersteller, die ihre Produkte auf Nicht-EU-Märkten verkaufen. Dies wäre möglich, wenn
22 der Schwerpunkt auf der Erhebung eines Kohlenstoffpreises nur für Produkte läge, die
23 in der EU verkauft werden, und gleichzeitig eine viel breitere Produktbasis
24 geschaffen würde, die neben den derzeit erfassten Grunderzeugnissen auch wichtige
25 komplexe nachgelagerte Produkte umfasst. Ein solcher Ansatz würde den inländischen
26 Herstellern das Recht geben, die Kohlenstoffabgaben bei der Ausfuhr eines Produkts
27 zurückzufordern. Es ist durchaus ratsam, bei künftigen Überarbeitungen und einer
28 Ausweitung der EU-CBAM-Produktbasis die Möglichkeiten zu prüfen, die sich aus der
29 Möglichkeit ergeben, die Kohlenstoffpreise auf Produktebene zu erheben, die damit
30 verbundenen Emissionen aber weiter oben zu bestimmen und die Abgaben zu erheben. So
31 funktioniert beispielsweise das „nationale deutsche Emissionshandelssystem für die
32 Verbrennung fossiler Brennstoffe für Wärme und Verkehr“, das die Gebühren auf der
33 Großhandelsebene erhebt, aber auf die nachgelagerten Emissionen abzielt.

34 **Deswegen fordern wir:**

- 35 • Eine Rückerstattung der Bepreisung von Emissionen, die bei der Produktion von
36 Exportgütern entstanden sind.

37 Sunset-Klausel: 3 Jahre

Begründung

mündlich

Quellen:

<https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S2667325823000791>

https://www.allianz-trade.com/en_global/news-insights/economic-insights/EU-CBAM-Well-intended-is-not-necessarily-well-done.html